BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Ausgabe 2/2011
5. Jahrgang

SCHWERPUNKT MEDIEN +++ KRIEG +++ SICHERHEIT

FOTOJOURNALISMUS
Krieg der Bilder

NEUE REIHE: CYBER-SECURITY
In der fünften Dimension

EINSATZERFAHRUNG
Re: Afghanistan

ISSN 1869-1684

www.adlas-magazin.de

www.sicherheitspolitik.de

BSH

Das Anwendungsgebiet von Sicherheitspolitik ist die Unsicherheit. Unsicherheit im Sinne von Bedrohung oder Zerstörung, aber auch im Sinne von Unwägbarkeit. Was genau die Zukunft bringt, ist schlicht »unsicher«. Wie überraschend Entwicklungen eintreten können, zeigt der »Arabische Frühling«, in dem Diktaturen scheinbar ohne Vorwarnung – durch Nachrichtendienste etwa – fielen oder Bürgerkriege ausbrachen. Das heißt: Ganz ohne Vorzeichen verschwanden die Autokraten von Tunis und Kairo nicht. Die Möglichkeit solcher Revolutionen war westlichen Regierungen schon vorher bekannt, nur wurden sie als extrem unwahrscheinlich eingeschätzt.

Genauso undenkbar schien vor dem 11. September 2001 die Möglichkeit, dass Passagierflugzeuge als Waffen gegen symbolische Ziele auf amerikanischem Boden eingesetzt würden. Solch extrem unwahrscheinlichen Ereignisse mit großen Auswirkungen heißen in der Zukunftsforschung »Wildcards«, Jokerkarten. Der Westen – und seine Sicherheitspolitik – wurden von so einer »Wildcard« in diesem Frühjahr wieder einmal überrascht. So ziehen sich die Umstürze in der arabischen Welt wie ein ungeplanter roter Faden durch diese gesamte Ausgabe des *ADLAS*.

Der Westen wurde schon wieder überrascht.

Medien spielen indes eine entscheidende Rolle im Umgang mit solchen Unwägbarkeiten, sind sie doch meistens die Vorboten solcher Geschichte im Werden. Bislang waren dies die Analysen von Auslandskorrespondenten und Frontreportern der traditionellen Nachrichtenkanäle – wie Urgestein Peter Scholl-Latour oder die unverwüstliche Antonia Rados. Gleichzeitig ermöglichen gerade die so genannten »neuen Medien« inzwischen, dass Ereignisse augenscheinlich noch schneller, noch unkontrollierter und damit chaotischer ablaufen. *Twitter*, *Facebook*, *Youtube*, *Flickr* und *WikiLeaks* zeigen, wie sich die Technologie und ihr Einfluss quasi verselbständigen. Die Medien müssen erst lernen, mit den Datenmengen umzugehen, die *WikiLeaks* erschließt – falls sie es überhaupt können. Aus diesem Grunde dreht sich der Schwerpunkt dieser Ausgabe um Macht und Möglichkeiten vor allem der neuen Nachrichtenmittler **(ab Seite 6)**.

Titelfoto: Reuters / Paul Conroy

Auch die Vorsilbe »Cyber-« drückt derzeit vor allem eines aus: Unsicherheit. Hackerangriffe, zerstörerische Würmer und elektronischer Datenklau verdeutlichen mittlerweile fast täglich die Gefährdung, die vom virtuellen Raum ausgeht. Mit einer neuen Reihe widmet sich der *ADLAS* diesem umfangreichen Feld **(ab Seite 37)**. Damit schließen wir uns der Arbeit des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) an, der das Thema 2011 als Schwerpunktthema mit Seminaren und einem Sammelband der Reihe »Wissenschaft und Sicherheit« angeht.

Einen ganz persönlichen Eindruck aus der verworrenen Lage in Afghanistan liefert uns ein deutscher Militärberater. Seine E-Mail »Re: Afghanistan« beschreibt eine Stimmungslage für den Einsatz am Hindukusch **(Seite 52)**. Mit einem leichten Nachdruck widmen wir uns im allgemeinen Teil der aktuellen Ausgabe auch wiederum der Zukunft: Mit Analysen zu Rohstoffsicherheit **(Seite 60)** und weltweiter Klimapolitik **(Seite 65)** beleuchtet *ADLAS* zwei große Faktoren für nachhaltige Sicherheit. Und die noch bevorstehende Rolle der atlantischen Allianz in Libyen erklärt uns Nahostexpertin Florence Gaub vom Nato Defense College in Rom **(Seite 69)**.

Unser Magazin wandelt zudem wieder einmal ein wenig sein Gesicht. Zum 25-jährigen Jubiläum im vergangenen Jahr hat sich der BSH ein neues Corporate Design geschenkt: darunter ein neues Blau und einen neuen Schriftensatz. Wir schließen uns gerne an – und bleiben experimentierfreudiges »work in progress«. <<

Michael Seibold

HERAUSGEBER

Permanente Revolution

Seit dem Frühjahr 2011 wird die arabische Welt von Massenprotesten, Aufständen und Bürgerkriegen erschüttert. Noch ist trotz des Sturzes bereits zweier Autokraten in Tunis und in Kairo der Erfolg einer Demokratisierung nicht abzusehen.

Die USA erlangen indes mit der Tötung Osama Bin Ladens historische Genugtuung für die Anschläge des 11. September 2001. Eine Auswirkung auf den Krieg in Afghanistan scheint der Tod des Terroristenführers nicht zu haben: Militärisch längst geschwächt, verlassen sich die Taliban in ihrer Taktik wieder mehr auf Bombenanschläge.
Seit Januar 2011 sind dabei sieben deutsche Soldaten umgekommen. <<

Abbottabad, Pakistan

5.300 Kilometer, circa 10 Flugstunden*

Während der unilateralen US-Kommandoaktion »Neptune Spear« wird Osama Bin Laden, Anführer der islamistischen Terrororganisation Al Quaida und Urheber der Anschläge des 11. September 2001, am 2. Mai in der Garnisonsstadt getötet. Weil unklar ist, ob und wie viel pakistanische Behörden von seinem Aufenthalt wussten, sind die Beziehungen zwischen Washington und Islamabad seither äußerst angespannt.

Ciudad Camargo, Mexiko

8.400 Kilometer, circa 16 Flugstunden*

Am Wochenende des 4./5. Juni stellt die mexikanische Armee zwei weitere gepanzerte Trucks sicher, die rivalisierende kriminelle Banden inzwischen im Eigenbau herstellen. Die Fahrzeuge sind mit zentimeterdicken Stahlplatten geschützt und können den Kugeln eines schweren Maschinengewehrs widerstehen. Der Drogenkrieg entwickelt eine Rüstungsspirale.

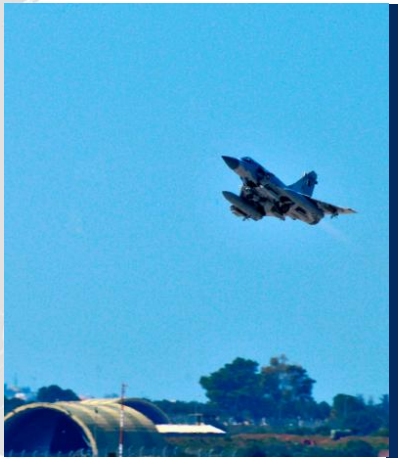


Foto: US Navy / Paul Farley

Benghazi, Libyen

2.200 Kilometer, circa 7 Flugstunden*

Am 19. März greift eine Militärkoalition, geführt von Frankreich und Großbritannien, in die Kämpfe zwischen Diktator Gaddafi und den Rebellen ein, kurz bevor Regierungssoldaten in die Aufstandshochburg eindringen können. Zwei Wochen später übernimmt die Nato den Einsatz. Der Durchsetzung der UN-Flugverbotszone haben sich Kampfjets selbst arabischer Staaten angeschlossen: aus Katar, Jordanien und den VAE.

Kairo, Ägypten

2.900 Kilometer, 4 Flugstunden*

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak tritt am 11. Februar ab. Seinem Rückzug sind wochenlange Proteste vorausgegangen. Ein Militärrat übernimmt die Regierung. Nach Tunesien sind die Bewegungen, die in der arabischen Welt seit dem Januar demonstrieren, damit auch im größten arabischen Land erfolgreich. In Bahrain, Jemen, Libyen und Syrien verlaufen die Auseinandersetzungen weiter blutig, bislang ohne dass die Regime nachgeben.

* schnellstmögliche Nonstop-, Direkt- oder Koppelverbindungen ohne Zwischenaufenthaltszeiten ab Frankfurt Airport

SCHWERPUNKT: MEDIEN +++ KRIEG +++ SICHERHEIT

Wir leben in einer konstruierten Hyperrealität, die uns mehr denn je überfordert. Übernehmen die »neuen Medien« darin die Macht? 6

FOTOJOURNALISMUS: Krieg der Bilder
Dem digitalen Zeitalter fehlt es an der nötigen Reflektion über den risikoreichen und komplexen Entstehungsprozess von Konfliktfotografien. 10

FOTOJOURNALISMUS: »Man rennt die ganze Zeit«
Bildreporter Marcel Mettelsiefen berichtet im Gespräch von seinen Erlebnissen im libyschen Bürgerkrieg. 15

PROFIL: Der ewige Frontreporter
Seit 1948 erklärt Peter Scholl-Latour die Welt. Kaum ein Kriegskorrespondent hat sich trotz polarisierender Wirkung so lange halten können. 18

PROFIL: Adrett in die Kampfzone
Mehr als 30 Jahren schon berichtet Antonia Rados über Krisen und Konflikte – und landete dieses Jahr einen neuen Scoop. 20

NEUE MEDIEN: Das digitale Ende des Staates
Der Bürger entdeckt neue Möglichkeiten, seine Gedanken und Pläne mit der Welt zu teilen. Regierungen sind ihm so hilflos ausgesetzt wie nie zuvor. 21

NEUE MEDIEN: Viel Lärm um wenig
Die Enthüllungen von *WikiLeaks* sind zum Teil deutlich überschätzt. Von den Quellen wird aber die Wissenschaft profitieren. 25

FERNSEHEN: Eine Insel der Emotion
Die Berichterstattung von *Al Jazeera*, bewusst gefühlsbetont und fromm gestaltet, verleiht dem Sender immer mehr Einfluss. 28

NOTIZ / LIVETICKER: Geld im Minutentakt 32

SOZIALE NETZWERKE: Sei mein Kamerad!
Die Vorteile von Social Media nutzen amerikanische Befehlshaber, um effektiver mit Öffentlichkeit und eigener Truppe zu kommunizieren. 33

REIHE: CYBER-SECURITY

Kriegführung begibt sich in die fünfte Dimension. Das digitale Zeitalter verwischt die Fronten vollends. Eine neue *ADLAS*-Reihe 37

GLOBALE VERNETZUNG: Die Mausfalle
Ein Gegenmittel gegen multifunktionale, wirkungsvolle digitale Waffen gibt es bislang nicht. Ein Wettrüsten im Cyberspace droht. 39

INHALT

SOFTWARE-LÖSUNGEN: Das Anti-Revolutionspaket
Die Suche nach Softwaresicherheit in der arabischen Welt bringt Behörden und Unternehmen in Erklärungsnöte. 43

NOTIZ / IT-SICHERHEIT: Schritt ins Neuland 47

STUXNET: Vom virtuellen Kriege
Wie Carl von Clausewitz helfen kann, die Spuren des zerstörerischen Computerwurms zu interpretieren. 48

DIE WELT UND DEUTSCHLAND

EINSATZERFAHRUNG: Re: Afghanistan
Ein deutscher Militärberater berichtet sehr persönlich von seinen Erlebnissen am Hindukusch. 52

NACHHALTIGE SICHERHEIT: Kreislauf statt Krieg
Ressourcen-Rückgewinnung und Global Governance sind die besten Präventive gegen drohende Rohstoffkonflikte. 60

NACHHALTIGE SICHERHEIT: In der Ökofalle?
Der »Earth Summit 2012« soll das Dilemma zwischen Armutsbekämpfung und Klimawandel auflösen. 65

NATO: »Die Allianz muss sich rechtzeitig wieder zurücknehmen«
Nahostexpertin Florence Gaub im Interview über den Einsatz des westlichen Bündnisses gegen das Gaddafi-Regime in Libyen 69

NOTIZ / ISRAEL: Feuertaufe für die Eiserne Kuppel 72

VÖLKERRECHT: Gute Spionage, böse Spionage
Die juristische Stellung von nachrichtendienstlicher Informationsgewinnung bleibt ambivalent – und wird immer komplexer. 73

KOMMENTAR / BUNDESWEHRRESERVE: Zeit für neue Ansätze
Aus Anlass der Streitkräftereform sollten die Gewerkschaft der Soldaten und die Lobby der Reservisten einen neuen, gemeinsamen Verband formen. 77

KOMMENTAR / PLAGIATSAFFÄRE: Die vielen Gesichter des vormaligen Doktors zu Guttenberg
Der Minister ist längst zurückgetreten. Rein formal ist die Sache beendet. Es bleibt die Enttäuschung. Eine Dekonstruktion 80

EDITORIAL 2

WELTADLAS 3

INHALT 4

LITERATUR 83

NEUERSCHEINUNGEN 85

IMPRESSUM 86

AUSBLICK: *ADLAS* 3/2011 86

Leben mit der Virtualität

Schlagzeilen und Seiten Eins der *Charleston Daily Mail* vom 8. Dezember 1941, der *Sun* vom 4. Mai 1982, der *New York Times* vom 12. September 2001, der *Zeit* vom 17. Dezember 2009 und das Cover des *Time Magazine* vom 20. Mai 2011.

Illustration: mmo

Realität ist medial konstruiert, heute mehr als je zuvor: So starb Osama bin Laden einen virtuellen Tod. Indes sind Zeitungen, Radio und Fernsehen mit der Nachrichtenflut aus den Konfliktregionen der Welt überlastet, *Twitter*, *WikiLeaks* und *Flickr* machen alles nur noch schlimmer. Ein *ADLAS*-Schwerpunkt

Wir leben in einer Illusion, in einer virtuellen Welt. Medientheoretisch gesprochen haben die Zeichen die Macht übernommen; die Realität ist medial konstruiert. Kann nur noch das als Wirklichkeit bezeichnet werden, was wir mit unseren Sinnen unmittelbar erfahren? Unsere erweiterte Umwelt, die wir ausschließlich über Medien wahrnehmen, ist Hyperrealität: Fernsehen, Radio, Internet, Zeitungen, Magazine vermitteln uns unser Bild von der Welt über Zeichen und Texte, Bits und Bytes. Dabei sind vor allem Bilder eben keine Wiedergabe der Wirklichkeit, sie sind höchstens Ausschnitte, wie *ADLAS*-Autor Christian Kollrich feststellt **(Seite 10)**.

Seit über zehn Jahren befinden sich die USA und der Westen im Krieg gegen den Terror. Nach dem 11. September 2001 ausgerufen, stand einer ganz oben auf der Fahndungsliste: Osama bin Laden. In diesem Fall finden wir ein bemerkenswertes Zusammenspiel von Medien, Krieg und Sicherheit. Den Tod des Terroristenführers hielten wir jahrelang für wahrscheinlich und dennoch unmöglich. War bin Laden nicht längst an einem Nierenleiden gestorben? Wie sollte er im unzugänglichen Stammesgebiet im Nordwesten Pakistans je aufgestöbert werden, falls er noch lebte? Hatte er vielleicht doch Zuflucht in Saudi-Arabien gefunden?

Die Verschwörungstheorien wucherten. Der Mann, der hinter den erschütternden Terroranschlägen des 11. September steckte, war zu einem Phantom der Hyperrealität geworden: Er existierte für uns lediglich in Videos und auf Tonbändern. Dementsprechend lebte er Tausende Leben und starb Tausende Tode im Virtuellen – in unseren Köpfen.

Einer dieser Tode wurde in einem Clip festgehalten: In einer Filmsequenz seilt sich ein schwarzgekleideter Elitesoldat in einen Raum ab, streckt den meistgesuchten Terroristen der Welt mit einem Kopfschuss nieder, setzt durch sein Funkgerät ein kurzes »Tango is down« ab und verschwindet wieder durch das Dach. Osama bin Laden ist tot. Der hier beschriebene Filmausschnitt entstammt der US-amerikanischen Cartoon-Serie »South Park«. Es ist nur ein Beispiel, einer von unzähligen Toden. Es ist das Ereignis, das der französische Philosoph und Soziologe Jean Baudrillard als Nicht-Ereignis bezeichnet, denn die Möglichkeiten waren vorher längst durchgespielt.

Ohne Nachricht kein Ereignis

So oder so ähnlich aber könnten die Bilder ausgesehen haben, die US-Präsident Barack Obama mit seinem Stab in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai 2011 in einer Liveübertragung in den »White House Situation Room« gesehen hat. Eine Fotografie von dieser Situation wurde kurz danach veröffentlicht und ging um die Welt. Darauf sind der Präsident und seine wichtigsten Mitarbeiter zu sehen, die alle gebannt auf einen Punkt außerhalb des Bildes schauen.

Das Bild selbst ist eine Konstruktion, an der nur ein einziger Aspekt hier verdeutlicht werden soll: Wir sehen die Sieger, deren tatsächliche Existenz uns durch ihre mediale Existenz wirklich erscheint. So sagt das Bild: Das Ereignis ist real. Es soll zumindest so scheinen. Denn wir haben kein Bild vom toten Al Qaida-Anführer, das uns eindeutig sagen könnte: Ja, er ist tot.

Das große Bedürfnis nach einem ultimativen Beweisbild wurde ausgerechnet in der Tatsache deutlich, dass viele internationale Medien einer wahrscheinlich mit Photoshop bearbeiteten Aufnahme eines getöteten Terroristen aufgesessen sind, die so manipuliert worden war, dass der Abgebildete bin Laden ähnelte. Schnell entpuppte sie sich als eine alte Fälschung. So müssen wir den Ergebnissen von DNA-Analyse und Fotoabgleich, die durch die Navy Seals vorgenommen wurden und die Identität des Getöteten bestätigen sollten, vertrauen.

Barna Donovan, Professor für Kommunikationswissenschaft am Jesuitenkolleg St. Peter's in New Jersey, begründet die vergangenen, aber auch künftige Verschwörungstheorien mit einem Mangel an Information: »Wenn es ein Informationsvakuum gibt, fangen die Leute an zu spekulieren.« So gehen wir alle Möglichkeiten in Gedanken durch, um den Leerraum zu füllen, und teilen anderen dann unsere Geschichten mit, indem wir sie verfilmen, niederschreiben oder anderweitig über Medien hyperreal kommunizieren. Wenn mittlerweile die höchsten US-amerikanischen Generäle soziale Netzwerke wie *Twitter* oder *Facebook* nutzen, um »die richtige Botschaft direkt von der Quelle« ans Publikum zu bringen, versuchen sie dem Vakuum aus ihrer Sicht der Dinge entgegenzuwirken. Michael Seibold beschreibt diesen bewussten Versuch, die herkömmlichen Medien und ihre klassische Mittlerfunktion zu umgehen **(Seite 33)**. >>

Doch was ist nun die Intention gerade dieses einen Bildes aus dem Lageraum des Weißen Hauses? Es sind nicht fehlende Beweise, es ist vielmehr der Informationsüberfluss, der dafür sorgt, dass sich Meldungen der staatlichen Autoritäten nicht durchsetzen können. Selbst wenn das Weiße Haus Bilder des Toten, die zu grausam seien, um veröffentlicht zu werden, für alle zugänglich machen würde – das Photoshop-Beispiel hat gezeigt, dass es nicht für bare Münze genommen werden würde. Und so kommen wir zurück zum Beweis, denn das Bild aus dem Lageraum hat eine klare Aussage und will der Erklärung Obamas »justice has been done« Geltung verschaffen: Wir, die geballte Exekutive der Vereinigten Staaten von Amerika haben die Aktion live verfolgt. Wir sind real, also ist es das Ereignis auch.

Osama war schon längst tot.

Genauso schnell wie die Meldung die Runde machte, hatten wir sie aber auch schon wieder vergessen. Dabei prägte die Angst vor dem Al-Qaida-Terror doch das gesamte vergangene Jahrzehnt. Die Anschläge vom 11. September waren gesühnt und nun geht wieder alles seinen Gang. Wo ist der Nachhall? Sollte nicht dieses Ereignis unser Sicherheitsempfinden massiv verbessert haben und uns weiter beschäftigen?

Nein, denn es war nichts weiter als ein kurzes Aufflackern in der schier unüberschaubaren Medienwelt. Obamas nüchterner Beschreibung der Vorgänge in Abbottabad folgte seine Bewertung: »The death of bin Laden marks the most significant achievement to date in our nation's effort to defeat al Qaeda.« Zehn Jahre Krieg gegen den Terror, Milliarden Dollar ausgegeben und jetzt konnte der Präsident die Genugtuung verkünden. Auf amerikanischen Straßen fanden sich spontan Menschen zusammen und feierten den Erfolg. Glaubt man dem *Time Magazine*, ist ein solches Ereignis relativ selten: Adolf Hitler, Saddam Hussein und nun Osama bin Laden – immer wenn ein großer Schurke erledigt war, gab es ein rot ausgekreuztes Portrait als Titelbild.

Doch das *Time*-Cover trügt. In der Virtualität der Welt war bin Laden ja längst gestorben. Wieder einmal wurde sein Tod vermeldet – nur dieses Mal vom Kriegsherrn Obama. Die Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der das Ereignis real wurde, ging an uns vorüber. Wir hakten es ab, so wie wir es bei

US-Präsident Barack Obama und sein Stab beobachten die Kommandoaktion »Neptune Spear«. Außenministerin Hillary Clinton verneinte später, geschockt gewesen zu sein. Sie habe einen Hustenanfall unterdrückt.

Foto: White House / Pete Souza

jeder Meldung zuvor schon gemacht hatten. Darüber hinaus verglichen wir den Nachrichtenwert von bin Ladens Tod mit anderen Ereignissen, die uns mehr beschäftigten und unsere Sicherheit nicht minder betrafen: Die Revolutionen im arabischen Raum, die Mehrfachkatastrophe in Japan, der Krieg in Libyen und die Euro-Krise haben uns in ihrer Gleichzeitigkeit vielleicht sogar überfordert.

Der schizophrene Drang zum Beweis, dem niemand glauben würde

So kristallisiert sich eine neue Rolle der Medien in Zeiten globaler Unsicherheiten heraus: Die Flut von Informationen nimmt zu, nicht aber aufgrund vermehrter Ereignisse. Die WikiLeaks-Skandale der letzten Zeit demonstrieren das besonders: Hunderttausende Dokumente stehen der Öffentlichkeit auf einen Schlag dank neuer Technologie, »neue Medien« genannt, unmittelbar zur Verfügung. Die traditionellen Medien, Vermittler wie Fernsehen, Radio, Zeitungen, tun sich indes schwer, mit der Datenflut umzugehen; obwohl es ihre vornehmste Aufgabe wäre, die Informationen zu sichten, zu filtern und aufzubereiten, wie auch Friedensforscher Otfried Nassauer befindet **(Seite 25)**.

In der kommenden Zeit wird es wohl die größte Herausforderung für beide sein, in dieser Flut, und unter enormen Konkurrenzdruck, die eigene Rolle neu zu definieren, die richtigen Methoden zu entwickeln, um ihre Mittlerfunktion für die Gesellschaft wieder erfüllen zu können. Steht damit auch die unerklärte Verfassungsaufgabe der Presse in Frage? Wie gut kann die »vierte Gewalt« noch funktionieren, wenn sie sich mit existenziellen Problemen auseinandersetzen muss?

Alldieweil muss das Individuum seine Welt aus den verfügbaren Informationen selbst konstruieren. In Ägypten und Tunesien griffen so Wirklichkeit und Hyperrealität ineinander. Darauf, dass aus den Möglichkeiten der »neuen Medien« etwas Neues entsteht, weist Dorukhan Aras hin: auf das »digitale Ende des Staates«, zumindest so wie wir ihn noch kannten **(Seite 21)**. Die nordafrikanischen Aufstände wurden zwar virtuell organisiert, aber sie waren gegen die reale Macht der Regime gerichtet und fanden auf der Straße statt. **Stefan Stahlberg**

Quellen und Links:

Bericht der *CBS News.com* vom 2. Mai 2011 über Verschwörungstheorien

Erklärung von US-Präsident Barack Obama am 1. Mai 2011 zum Tod von Osama bin Laden

Jean Baudrillard: »Die Intelligenz des Bösen«
Wien (Passagen) 2006,
196 Seiten, 22,90 Euro.

ANZEIGE

FÖRDERVEREIN
SICHERHEITSPOLITIK AN
HOCHSCHULEN

Engagement für die Sicherheitspolitik von Morgen!

Der **Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen** und seine Mitglieder stehen ein für eine Belebung der sicherheitspolitischen Kultur und Debatte in Deutschland. Der FSH e.V. fördert:

Weiterbildungen für Studierende

die Publikation der Schriftenreihe
»Wissenschaft & Sicherheit«

die sicherheitspolitische Arbeit
des Bundesverbands Sicherheitspolitik
an Hochschulen

Wenn Sie die Ziele des Vereins unterstützen wollen oder an weiteren Informationen interessiert sind:

FSH

www.fsh.sicherheitspolitik.de

FOTOJOURNALISMUS

Krieg der Bilder

von Christian Kollrich

Wir können nicht ohne sie, aber sie lassen uns komplexe Zusammenhänge kaum besser verstehen: Pressefotos aus den Konfliktzonen der Welt. Im digitalen Zeitalter ist ihr Entstehungsprozess so gefährlich und fragwürdig wie noch nie. Der vielen Einflüsse auf diesen ist sich der Konsument sehr selten bewusst. Und nur in Ausnahmefällen gewähren die Medien selbstreflektierende Einblicke.

Nach einem Terroranschlag am 17. Juli 2009 in Jakarta wird eine Leiche aus dem Hotel »JW Marriott« getragen.

Foto: Reuters / Dadang Tri

>> Ein unbewaffneter Mann, die Hände auf dem Rücken gefesselt. Sein Gegenüber hebt eine Pistole, drückt sie dem Gefesselten an die Schläfe und richtet den Gefangenen auf offener Straße hin. Zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen zu sein, brachte dem Fotografen Eddie Adams, der die Szene festhielt, den Pulitzerpreis ein und den US-Truppen in Vietnam ein weiteres PR-Desaster. Fotos können nicht die Welt verändern, sicher aber Meinungen beeinflussen. Das Bild auf Seite Eins, welches das Thema des Tages illustriert, beeinflusst, wie man das zugehörige Thema wahrnimmt.

Im Krieg sind Bilder Waffen. Adams sagte seinerzeit selbst über den von ihm fotografierten südvietnamesischen Offizier: »I killed the general with my camera.« Besonders wirksam sind Bilder in westlichen Staaten, die einerseits kaum Möglichkeiten haben, ihre Medienöffentlichkeit zu steuern, andererseits wie kaum ein Akteur im internationalen System auf Legitimität ihres Handelns angewiesen sind – unter anderem durch das strenge Achten auf die Menschenrechte. Diese Legitimität wird in Frage gestellt, wenn militärische Einsätze schief gehen oder kriegerische Er-

eignisse nicht zum nationalen Selbstbild passen. Bilder können in solchen Zusammenhängen Katalysatoren politischer Entscheidungen sein.

Viele Betrachter unterliegen dem Irrglauben, Fotografien zeigten die Welt, wie sie ist. Dabei sind Fotos nur sehr bedingt geeignet, um sich ein Bild von einem Konflikt zu machen. Fotografien zeigen Ereignisse und Gegebenheiten in Abfolgen von Momenten. Sie zeigen keine Zusammenhänge und Entwicklungen.

Man kann ein totes Kind fotografieren, aber es ist unwahrscheinlich, ein Bild mit ähnlich starker Wirkung zu produzieren und verkaufen, dass die 40.000 Kinder zeigt, die zum Beispiel jedes Jahr in Afghanistan das Säuglingsalter überlebt haben, weil sie Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Selbst wenn alle am medialen Entstehungs- und Distributionsprozess Beteiligten die besten Absichten haben und genau darauf achten, sich nicht mit einer Sache gemein zu machen, und dazu alle journalistische Sorgfalt an den Tag legen, bleibt die massive Reduktion von Komplexität, die ein Bild vornimmt. Diese Tatsache trifft auf die ganze Struktur der Medienlandschaft und des Bildermarktes zu.

Michael Laughlin, Fotograf des *Sun-Sentinel* aus Südflorida, in der Bildmitte hinter den Polizisten, nimmt haitianische Sonder-Polizei bei einem Einsatz während politischer Unruhen am 7. März 2008 in Port-au-Prince auf. Kurze Zeit später wurde er von einer Kugel, abgefeuert von einem Unbekannten, getroffen und verletzt.

Foto: Reuters / Daniel Morel

Jeder, der sich ein medial vermitteltes »Bild« von einem Konflikt macht, muss sich die Entstehungsbedingungen von professionell produzierten Bildinhalten vergegenwärtigen. Dieser Prozess umfasst drei Instanzen: Die Fotografen, die Agenturen und die Medien. Jede Instanz für sich ist spezifischen Zwängen und Anreizen ausgesetzt, die der möglichst wahrhaftigen Darstellung von Ereignissen nur bedingt zuträglich sind.

Am Anfang der Kette steht der Fotograf. Ein Foto muss gemacht werden. Der Fotograf muss sich in physischer Nähe zum Motiv befinden. Das unterscheidet den Bildjournalisten erheblich von seinen schreibenden Kollegen. Er *muss* vor Ort sein. Diese an sich banale Feststellung hat, vor allem in der Konfliktfotografie, große Auswirkungen. Die letzten prominenten Opfer dieser Tatsache waren die Fotografen Chris Hondros und Tim Hetherington, die am 20. April im libyschen Misratah umkamen. Wer Bilder vom Häuserkampf macht, Kämpfer direkt begleitet, der begibt sich in die gleiche Gefahr und stirbt unter Umständen genauso schnell. Die großen Fotoagenturen wie *Reuters*, *AFP* oder *EPA* und zunehmend auch die chinesische *Xinhua*, die als Mittler zwischen Fotoproduzenten und Medien stehen, kennen diese Gefahren.

Um dennoch an Bildmaterial zu kommen, gibt es verschiedene Wege, einer ist der über lokale »Stringer«. Das sind Freischaffende, die mehr

oder minder regelmäßig aus Konfliktgebieten berichten, in denen sie üblicherweise beheimatet sind. Sie sind keine festen Angestellten, sondern werden in der Regel nach der Zahl der ihnen abgenommenen Bilder bezahlt. Seit dem Durchbruch der digitalen Fotografie ist keine lange Ausbildung mehr notwendig, um auch unter widrigen Umständen hochwertige Bilder machen zu können, zumal das Editing, also der Beschnitt und die Bildbearbeitung, von der Agentur vorgenommen werden. Für die Agenturen hat das Vorteile: Ein einheimischer Palästinenser im Gazastreifen ist wesentlich billiger als ein namhafter Europäer oder Amerikaner. Zudem haben Stringer die Kenntnis der geografischen und sozialen Topografie auf ihrer Seite. Das schafft eine gewisse Sicherheit und bedeutet Zugang zu Akteuren und Ereignissen. »But there‘s no such thing like a free lunch«, sagt das Sprichwort. Wer in einem Konfliktgebiet lebt, ist anfällig für die Repressionen der Kriegsparteien oder ist mindestens Teil der Auseinandersetzung.

Fotos zeigen keine Entwicklungen.

Im Jahr 2006 kündigte die Bildagentur *Reuters* einem libanesischen Stringer, Adnan Hajj, als Blogger entdeckten, dass er Bilder von Kampfhandlungen zwischen Israel und der Hisbollah manipuliert hatte. Er hatte zum Beispiel das Bild eines israelischen Kampfflugzeugs, das gerade einen Leuchtspur-Täuschkörper ausstößt, dahingehend manipuliert, dass es nach dem Abschuss mehrerer Raketen aussah. Die Agentur sperrte alle Bilder Hajjs, um sie auf Manipulationen zu überprüfen.

Feste Agenturfotografen, die sogenannten »parachutists«, die wie Fallschirmspringer in ein Gebiet einfallen, sobald etwas passiert, das die »Weltöffentlichkeit« interessiert, stehen ebenfalls unter Druck. Sie müssen möglichst schnell möglichst spektakuläre Bilder produzieren. Dafür benötigen sie ebenso Zugang zum Geschehen.

Vor allem während des Irakkrieges 2003 wurde viel über den »embedded journalism« diskutiert, weil man die Unabhängigkeit der Presse in Gefahr sah – und dies nicht zu unrecht. Wer eine Zeit lang mit anderen auf dem gleichen Boden schläft, die gleichen Gefahren erlebt und vom gleichen Gegner beschossen wird, entwickelt vermutlich eine gewisse Sympathie für die Menschen um einen herum und deren Sache. Die Pointe ist, dass »Embedding« vor allem kritisch gesehen wurde, wenn es die regulären Armeen der westlichen Staaten betraf, obwohl der Effekt auch wirkt, wenn es sich um keine formale Organisation handelt. Wer in einem Gebiet wie zum Beispiel im belagerten Misratah fotografiert, ist in gewisser Weise ebenfalls »eingebettet«. Er ist auf lokale Führer angewiesen, auf Fahrer und auf Dolmetscher. Das sind im libyschen Bürgerkrieg meistens die Rebellen, die gegen die Regierungstruppen antreten.

Unterschwellige Sympathie ist das Eine, die bewusste Beeinflussung durch die lokalen Akteure das Andere. Menschen, egal wie hilflos, unschuldig oder gar »primitiv« sie auch erscheinen mögen,

Fälschung der Aufnahme einer israelischen F-16 während des Libanonkrieges 2006: Der libanesische Reuters-Stringer und Fotograf Adnan Hajj manipulierte seine Aufnahme so, dass er aus einem abgeworfenen Täuschkörper des Flugzeugs drei machte und als abgefeuerte Raketen bezeichnete.

sind nie nur passive Objekte, sie haben ihre eigene Agenda und wissen oft nur zu gut, wie der westliche Medienbetrieb arbeitet. Der Fotograf Michael Robinson Chavez brachte auf den Punkt, warum man 2006 während des Libanonkrieges so wenige Bilder von Hizbollah-Kämpfern sah: Sie wollten nicht fotografiert werden. Und wenn Fotografen in der Nähe waren, achtete die Miliz darauf, die Waffen abzulegen. Die Anwesenheit des Fotografen kann aber auch Handlungsanlass sein: Gelangweilte Jugendliche sind eher motiviert, ein paar Steine zu werfen, wenn sie glauben so ihre »15 Minutes of Fame« zu bekommen.

In Bildagenturen ist man sich solcher Mechanismen bewusst und erkennt sie als Problem, denn die eigentliche Ressource der Agenturen ist Ver-

trauen. Bilder aus Konfliktgebieten zu erhalten, ist in Zeiten von leicht verfügbaren Digital- und Handykameras nicht schwer. Sie einzuordnen und zu verifizieren hingegen schon. Die Agenturen sind die Makler, die für die Abnehmer sicherstellen sollen, dass die Bilder nicht gestellt sind, und die Bildbeschreibungen, »Captions« im Fachjargon, der Realität entsprechen. Ein Bild sagt ohne Beschreibung eben doch sehr wenig. Das Eingangsbeispiel ist hierfür eine Referenz: Das Bild des südvietnamesischen Polizeichefs Nguyen Ngoc Loan, der während der Tet-Offensive einen Gefangenen erschießt, ging um die Welt. Der Fall schien klar. Die Polizei tötet wehrlose Gefangene auf offener Straße. Die Caption »General Nguyen Ngoc Loan executing a Viet Cong prisoner in Saigon« klingt eindeutig. Dass der Gefangene einem Todesschwadron der kommunistischen Guerilla angehörte, für die Tet-Offensive eingeschleust, der vermutlich sogar Angehörige Nguyens ermordet hatte, sah man nicht. Selbst wenn der Fotograf es gewollt hätte, beide Umstände hätte er unmöglich in einem Bild zusammenbringen können.

Fotojournalisten nehmen ein Opfer von Gummigeschossen der südafrikanischen Polizei auf. Die ging am 20 Mai. 2008 in Reiger Park, unweit von Pretoria, gegen Protestierende vor.

Foto: Reuters / Siphiwe Sibeko

Bildagenturen kennzeichnen aus ihrer Sicht problematisches Material. Wenn Gaddafis Regime im gegenwärtigen Krieg Journalisten herumführt, wird darauf verwiesen, in welchem Rahmen die Bilder entstanden sind. Für die oben beschriebenen, eher informellen Abhängigkeiten, denen Fotografen im Feld ausgesetzt sind, ist dies allerdings keine hinreichende Lösung. Dieses Problem müsste vor allem bei den Nutzern, den Medien und ihren Redaktionen, behandelt werden, durch Zurückhaltung und Kontextualisierung. Doch hier wirken ganz eigene Strukturen.

In gedruckten Zeitungen hat ein Bild eine spezifische Funktion, die in der Hauptsache darin besteht, die Seite aufzulockern, Lesbarkeit herzustellen und den Leser in den Text zu ziehen, kurz: Interesse zu wecken. Gerade auf der prominenten Seite Eins spielt der letzte Aspekt eine besondere Rolle, da hier auch die Verkaufszahlen der Publikation beeinflusst werden sollen. Ein einzelnes Bild darf nicht zu sehr von den Erwartungen und Sehgewohnheiten des Lesers abweichen, um verstanden zu werden, eine Bildunterschrift aber bietet nur begrenzten Raum, um Irritationen auszugleichen. Als Folge werden in der Tendenz die immer gleichen Bilder gedruckt und verfestigen sich zu visuellen Stereotypen. Seine Verkaufsziele erreicht man mit möglichst dramatischen und emotionalisierenden Bildern: »The most dramatic picture is always taken.«

In Zeiten der digitalen Verbreitung von Bildern hat das starke Rückkopplungseffekte auf die

Produzenten. Ein Fotoredakteur muss nicht mehr mühsam Bilder zu aktuellen Ereignissen suchen – er wird davon überhäuft. Die Agenturen versorgen die Redaktionen automatisch mit aktuellem Material, ein großer Teil der Aufgabe des Redakteurs besteht im Sichten der Bilderflut.

Maß des Erfolgs sind die Klickzahlen.

Weil es heutzutage möglich ist, Fotos innerhalb von Stunden nach den abgelichteten Ereignissen den Redaktionen überall auf der Welt nahezu gleichzeitig zur Verfügung zu stellen, können diese unmittelbar vergleichen. In der Auswahl setzt so der Fotograf, der an Kampfhandlungen »am nächsten dran ist«, die Benchmark für alle anderen. Vor Ort findet sich auch immer jemand, der dieses Limit weiter hinausschiebt, in dem er noch ein Stückchen mehr riskiert. Die anderen Fotografen ziehen mit oder müssen mit weniger dramatischen Motiven Vorlieb nehmen. Die Rückkopplungseffekte wirken aber nicht nur auf die Produzenten, die sehr schnell lernen, was gewünscht wird, sondern durch Konkurrenz auch auf die Medien selbst.

Vor allem in den Onlinebereichen der traditionellen Medien zeigt sich diese Entwicklung: Jede veröffentlichte Bilderstrecke steht hier für sich selbst, das Maß des Erfolgs sind die Klickzahlen und die statistische Auswertung ist äußerst genau. Die Auswahl folgt nicht mehr rein journalistischen Maßstäben, sondern orientiert sich an Fragen wie: Welche Strecken laufen, welche nicht? Bei welchem Bild geht ein signifikanter Teil der Nutzer nicht weiter, was hätte man besser machen können?

»If your pictures are not good enough, you are not close enough« – der Ausspruch Robert Capas, der Ikone der Konfliktfotografie, entwickelt unter allen diesen Voraussetzungen neue Brisanz. Der Fotograf Marcel Mettelsiefen schildert sehr eindrücklich, wie sich diese Umstände heute in einem Konfliktgebiet auswirken: »Viele Fotografen, auch ich, gehen dieses Risiko ein. Wir versuchen, das perfekte Bild zu bekommen – und überschreiten dabei oft die Grenze des gesunden Menschenverstands.« Dass dieser Prozess jüngst ausnahmsweise so breit thematisiert wurde, lag am dramatischen Tod von Tim Hetherington und Chris Hondros. Wirksam ist er aber immer.

Wofür das alles? Um die Welt um sich herum zu verstehen, das Chaos zu ordnen, Ereignisse zu verorten, scheinen Bilder offenbar hilfreich. Es geht wörtlich darum »sich ein Bild zu machen«. Die Diskussion um die nicht veröffentlichten Aufnahmen vom getöteten Osama Bin Laden verweist darauf. Es ist nicht ohne Tragikomik, im Zeitalter von »Photoshop« ein Foto als Beweis für die Echtheit eines Ereignisses zu verlangen. Dennoch waren die Forderungen vehement.

Was aber in den unzähligen Momentaufnahmen fehlt, die Bildjournalisten täglich liefern: Fotografen lichten nur in Ausnahmefällen andere Fotografen ab. Das stört eigentlich die Wirkung, es zeigt aber, dass die Kamera kein körperloses Auge ist, sondern, samt Fotograf, Teil des Geschehens und der Dynamik. Ebenso zurückhaltend sind Medien bei der Reflektion ihrer Rolle im Prozess von Bild- und Meinungsproduktion. Das ist bedauerlich. Denn es nimmt vielen Medienkonsumenten, Lesern wie Zuschauern, die Möglichkeit, das Wissen um die Produktionsbedingungen, unter denen Medien agieren, in die eigene Bewertung der vermittelten Informationen und Meinungen einzubeziehen. Es gibt daher kaum etwas, dass schlechter geeignet ist, um komplexe Konfliktlagen zu verstehen, als Bilder. <<

Christian Kollrich *hat Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert.*

Quellen und Links:

Statistiken des »Committee to Protect Journalists« über seit 1992 getötete Reporter

Blog *FotografieundKonflikt* von Felix Koltermann, Universität Erfurt

Die *New York Times* vom 24. April 2011 über den Tod von Chris Hondros und Tim Hetherington

Die *LA Times* vom 12. August 2008 über die Bildmanipulationen Adnan Hajjs

Kommentar der Ombudsfrau der *Washington Post* Deborah Howel vom 13. August 2008

FOTOJOURNALISMUS

»Man rennt die ganze Zeit«

Interview: Carl Martin

Als Fotograf für deutsche Politikmagazine kennt Marcel Mettelsiefen viele Krisenregionen der Welt. Seit März 2011 begab er sich wiederholt mitten in den libyschen Bürgerkrieg – in dem seine Kollegen Tim Hetherington und Chris Hondros ums Leben kamen. Er berichtet von seiner Erfahrung.

Im Zentrum von Misratah: Blick auf das »Versicherungsgebäude«, in dem sich die Heckenschützen Gaddafis verstecken.

Foto: Marcel Mettelsiefen

ADLAS: *Herr Mettelsiefen, Sie waren einer der ersten Bildjournalisten, die im April ins belagerte, von Rebellen gehaltene Misratah gelangten. Wie sah die Lage in der Stadt aus?*

Marcel Mettelsiefen: Im Zentrum der Stadt tobten erbitterte Kämpfe um mehrere Hochhäuser, in denen sich Heckenschützen der Gaddafi-Truppen verschanzt hatten. Von außerhalb versuchten Regierungssoldaten über die Tripolis-Straße zu ihnen durchzudringen und bombardierten die ganze Strecke, die Rebellen verteidigten sich hinter Straßensperren. Alle fünf Minuten explodierte hier eine Splitterbombe. Es wurde von allen Seiten geschossen. In den Häusern auf der einen Seite verschanzten sich Gaddafis Soldaten, auf der anderen die Aufständischen. Die Bevölkerung war an die Seeseite der Stadt geflohen, um sich so weit wie möglich in Sicherheit zu bringen. Wir Fotografen haben sogar im Krankenhaus übernachtet, weil es für uns der einzig sichere Ort war, auch wenn es öfter von Artilleriefeuer getroffen wurde. Dort gab es zu wenige Ärzte und viele Freiwillige. Ich selbst war nur ein einziges Mal eine halbe Stunde lang in

der Tripolis-Straße. Nirgendwo war es gefährlicher als dort. Andere Kollegen hielten sich länger auf, obwohl das Risiko, getroffen zu werden, extrem hoch war. So wie bei Tim Hetherington und Chris Hondros.

Haben Sie den Tod der Kollegen selbst erlebt?

Nein, aber der spanische Fotograf Guillermo Cervera, der dabei war, hat mir erzählt, wie Tim Hetherington in seinen Armen gestorben ist. Wie schrecklich die Kopfverletzungen von Chris Hondros waren. Michael Christopher Brown, ein Amerikaner, wurde durch ein Schrappnell an der Schulter und an der Brust verletzt. Bei einem Einsatz in Benghazi hatte er sich zuvor schon einen Durchschuss der Wade zugezogen.

»Ein Journalist kann nur selten etwas bewirken.«

Was treibt einen dazu, das Risiko trotzdem einzugehen?

Das ist schwierig zu beantworten. Viele Fotografen, auch ich, gehen dieses Risiko ein. Wir versuchen, das perfekte Bild zu bekommen – und überschreiten dabei oft die Grenze des gesunden Menschenverstands. Dabei kann man als Bildjournalist nur selten etwas bewirken. Mitte April war so einer dieser wenigen Momente: Wir konnten Aufmerksamkeit für das Geschehen in der belagerten Stadt zu erzeugen. Gerade in Misratah schien mir das so, es waren nur sehr wenige Fotografen vor Ort, wir waren gerade mal zehn Kollegen. Im Unterschied dazu hielten sich in Benghazi zu der Zeit schon circa 600 Fotoreporter auf.

Was haben Sie fotografiert?

Zunächst den Alltag. Mit meinem Kollegen Jonathan Stock von *Spiegel-Online*, der geschrieben hat, haben wir eine Geschichte über Flüchtlinge gemacht. Auch wollte ich die Normalität zeigen, die es durchaus gibt. Die Menschen standen geduldig an den Schlangen vor den Bäckereien, es gab keine Plünderungen. Neben der Darstellung der Zerstörung in der Stadt war das mein Fokus in den zehn Tagen, die ich dort war.

Sie sind ja nur auf der einen Seite des Bürgerkrieges in Misratah gewesen. Wie war Ihr Verhältnis und das Ihrer Kollegen zu den Aufständischen?

Wir waren in Misratah natürlich auf die Rebellen angewiesen, die uns durch die Stadt führten. Ohne ihre Hilfe konnten wir uns gar nicht bewegen. Doch die Kämpfer, die selbst ja recht unerfahren sind, brachten uns eben auch extrem weit in die Gefahrenzone hinein – weil sie uns zeigen wollten, wo das Leid der Menschen am schlimmsten

Foto: Gläscher / Stern

Marcel Mettelsiefen

Jahrgang 1978, ist freier Fotograf und arbeitet unter anderem für den *Spiegel*, *Stern* und *zenith – Zeitschrift für den Orient*. Er ist seit 2001 immer wieder in Krisengebieten unterwegs, in den letzten drei Monaten hauptsächlich in Libyen: Mettelsiefen war im April in Misratah, davor und danach in Benghazi und im Juni in Tripolis. Vergangenes Jahr erstellte er zusammen mit Christoph Reuter die Fotoausstellung »Kunduz, 4. September 2009«.

war. Für mein Empfinden ging es in einigen Fällen zu weit, so dass ich meine Begleiter bremsen musste. Während ich als Fotograf zuerst allein in der Stadt war, fiel mir das leichter. Wenn man dagegen in einer Gruppe unterwegs ist, kann das einerseits ein Vorteil sein – andererseits aber auch ein großer Nachteil.

Es entwickelt sich eine Gruppendynamik …

Ja, denn in einer Gruppe von Fotografen gibt es immer jemanden, der sich weiter vorwagt, der das Limit pusht, der neue Grenzen austestet. Und die anderen ziehen nach. Niemand möchte zurückbleiben, sich nicht trauen. Diese Dynamik verleitet dazu, die eigenen Grenzen zu überschreiten. Und in Misratah gab es keine klare Front, der Tod konnte von überall her kommen, es konnte jeden treffen. In den acht Tagen, die ich in Misratah gearbeitet habe, gab es allein vier Situationen, in denen es genauso gut mich hätte treffen können. Viermal hätte ich sterben können.

Gibt es keine Möglichkeit, sich trotz »peer pressure« selbst zu beschränken?

Absolute Sicherheit gibt es für uns Fotografen nicht, das ist klar. Man muss sich selbst Grenzen setzen. In Misratah habe ich mich jeden Tag ein bisschen weiter vorgewagt, bis ich schließlich zehn Meter vor einem Haus stand, in dem Heckenschützen Gaddafis lauerten. Die Rebellen wollten mich unbedingt in ein Nebengebäude bringen, von dem aus man eine bessere Sicht hat. Wir rannten. Überhaupt rennt man die ganze Zeit, um den Kugeln auszuweichen. Plötzlich wurden wir von zwei Seiten beschossen. Da habe ich gedacht: Jetzt bin ich zu weit gegangen. Man fragt sich, warum man das macht, warum man in dieser Situation ist, obwohl man sich doch selbst Grenzen gesetzt hat. Und ob man am Ende den Mut hat, diese Grenzen einzuhalten und sich zurückzuziehen, wenn es zu gefährlich wird. Denn wenn man Angst bekommt, muss man umkehren.

»Wenn man Angst bekommt, muss man umkehren.«

Und danach? Wie haben Sie Ihre Eindrücke verarbeitet?

Ich war froh, als ich Misratah verlassen hatte. Man steht bei so einem Einsatz unter enormem Stress – das merkt man aber erst, wenn man aus der Situation heraus ist und die Anspannung abfällt. So wie 2004 in Haiti, da geriet ich mit einigen Kollegen in einen Hinterhalt. Ich habe gesehen, wie ein Kollege vor meinen Augen erschossen wurde. Das war ein traumatisches Erlebnis, ich war mir eigentlich sicher: So etwas mache ich nicht noch mal mit. Danach begann ich zwar ein Medizinstudium, aber mein Beruf als Fotograf lässt mich nicht los. <<

PROFIL

Der ewige Frontreporter

Seit 1948 erklärt Peter Scholl-Latour die Welt. Kaum ein Konfliktjournalist hat sich trotz seiner polarisierenden Wirkung so lange halten können. Sein Heimvorteil: die *longue durée*

Foto: Jörg Schäffer

Konservativer Kriegskenner: Peter Scholl-Latour ist Deutschlands Zeitzeuge für das Weltgeschehen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Kriegsberichterstattung hat sich im Laufe der Zeit stark verändert. Während der Fokus vor dem Ersten Weltkrieg vor allem auf Soldaten und ihren Heldentaten lag, richtet sich spätestens seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Blick nicht nur auf die Schrecken des Krieges und zunehmend auf die betroffenen Zivilisten. Auch ist Kriegführung wohl nie so stark hinterfragt worden, wie seit der Berichterstattung aus Vietnam in den 1960er und 1970er Jahren. Der Vietnamkrieg hatte offenbart, was der israelische Politologe Gil Merom 2003 in seiner Analyse: »How democracies lose small wars« beschreibt: Große Nationen verlören asymmetrische Kriege nicht mehr an der Front im Ausland, sondern in der Heimat. Militäroperationen demokratischer Staaten scheitern an den Daheimgebliebenen, die vor den Fernsehern die Geschehnisse verfolgen und von den Eindrücken erschüttert einen Einsatz nicht mehr tragen wollen. Die Kriegsberichterstatter aber, die über die Bildschirme flimmern, riskieren viel, um uns Geschichten von der Welt »da draußen« zu bringen. Das macht sie prominent. Peter Scholl-Latour hat viele solcher Geschichten zu erzählen.

Bis heute ist der Deutsch-Franzose aus Bochum das außenpolitische Autoritätsargument par excellence. Der Journalist lässt selbst gestandene Verteidigungspolitiker verzweifeln – und das nicht nur in Talkshows, sondern auch in Abwesenheit. Ein Bundestagsabgeordneter trug in seinem Wahlkreis mühsam die komplexen Zusammenhänge internationaler Beziehungen vor – bis er von einem Zuhörer unterbrochen wurde, der einwandte: »Aber Peter Scholl-Latour hat gesagt …«

Was macht gerade ihn so berühmt? Darauf gibt es wahrscheinlich keine einfache Antwort, die ihm gerecht würde. Und doch gibt es etwas, dass Scholl-Latour seinen Kollegen, die sich ebenso wie er in Krisenherde begeben, inzwischen voraus hat: seine Langlebigkeit. Fast scheint es, als wäre er schon immer »dort drüben« gewesen. Als er 1980 »Tod im Reisfeld« über den Vietnamkrieg schreibt, kann er auf jahrelange persönliche Erfahrung in Indochina zurückblicken: Er hatte bereits 1945/46 im ersten Indochinakrieg als Fallschirmjäger des »Commando Ponchardier« gekämpft. Als er 1965 bei der *ARD* arbeitete, schickte ihn sein Chefredakteur mit dem Argument wieder nach Südostasien: »Du kennst dich doch dort aus«. Als er 2001 die »Afrikanische Totenklage – Ausverkauf des Schwar-

zen Kontinents« veröffentlicht, beginnt er seine Ausführungen um den Kongo und Somalia in der Endphase der Kolonialzeit Belgisch-Kongos, die er in den 1950er Jahren bereits journalistisch begleitet hatte.

Wie Kriegsberichterstattung sich mit fortschreitender Technik oder zunehmender Rekrutierung des »embedded journalism« wandelt, lässt sich durch niemanden besser erklären als durch Peter Scholl-Latour, der seit 1956 bis ins hohe Alter von der »Front« berichtet und mit mittlerweile 87 Jahren immer noch über sie schreibt und kommentiert – auch wenn Kritiker ihm eine »übertriebene Neigung zu Militärs und Männerbünden» attestierten, wie Daniel Gerlach 2007 in der Orientzeitschrift *zenith* berichtet. Ein Blick auf Scholl-Latours Journalistenleben verrät aber, dass sich Konflikte nur im Langzeitfokus nachhaltig betrachten lassen. Neben den kurzen Momentaufnahmen, die uns *Twitter*, Liveticker und *WikiLeaks* ermöglichen, bedarf es vor allem Beobachter, die dauerhaft Entwicklungen begleiten können, statt solcher, die nur für den Augenblick an Krisenherde geschickt werden, wenn es gerade kracht.

Mit kurzweiliger Kriegsberichterstattung lassen sich kurzfristig hohe Auflagen erzielen. Sich mit Problemen zu beschäftigen, die Jahrzehnte andauern, ist mühseliger. So schreibt Scholl-Latour bereits 2004 im *Cicero*, dass, während alle Augen auf den Hindukusch gerichtet seien, eigentlich niemand nach Nordafrika schaue. Die Demokratisierungsprozesse, die er dort beobachtet, erschienen ihm von viel weitreichender Bedeutung für Europa als der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, den er 2003 in »Weltmacht im Treibsand« stark kritisierte. Der Nahostexperte, der fließend Arabisch spricht, schafft es als einer der Wenigen, den Blick weg vom Kriegsschauplatz hin zu Langzeitanalysen zu richten. Er ist als Publizist gefragt, weil er durch seine jahrelangen Aufenthalte im Nahen Osten die Region und politischen Akteure kennt wie kein Zweiter.

»Ach, ich habe es ja schon 1990 gesagt, nicht wahr?«

Auf die Frage, wie man eigentlich Frontreporter wird, hat Scholl-Latour stets eine Anekdote in petto: In den späten 1940er Jahren sei er aus Paris, seinem damaligen Studienort, für einen Besuch alter Schulkameraden in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands gereist. Seine Eindrücke über den kommunistischen Osten legt er, nach Frankreich zurückgekehrt, keiner geringeren als der renommierten *le Monde* vor, die sie prompt druckt und Scholl-Latour weitere Texte abnimmt. Dieser Erfolg sichert ihm 1948 ein Volontariat bei der *Saarbrücker Zeitung*. Schon damals schickt ihn sein verantwortlicher Redakteur für Reportagen häufig ins Ausland. Bis auf ein kurzes Intermezzo als Regierungssprecher des französischen Protektorats Saarland, noch vor dessen Beitritt zur Bundesrepublik, macht er eine nahtlos steile Karriere im Journalismus: 1963 wird der 39-Jährige Studioleiter der *ARD* in Paris, später Fernsehdirektor des *WDR*, danach Auslandskorrespondent des *ZDF* und zuletzt 1983 Herausgeber des *Stern*. Seine Publikationen über die Auslandsreisen, die er in dieser Zeit unternimmt, werden Millionenerfolge.

Mit dem Grad der Berühmtheit wächst jedoch auch die Verantwortung, die er zu tragen hat. Wer von Hunderttausenden gelesen und gehört wird, muss sicher gehen, dass alles, was er sagt, auch stimmt. 1993 veröffentlichen Islamwissenschaftler die Aufsatzsammlung: »Das Schwert der Experten: Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild«. Was ihm vorgeworfen wird: verkehrte Jahreszahlen, falsche Namen; versteckte Ressentiments. Ist es das, was von ihm übrig bleiben wird? Nein. Denn der »ewige Peter«, wie ihn die *zenith* taufte, hat nicht nur seine Reisen in den Krieg, sondern anscheinend inzwischen auch seine Kritiker überlebt. **Marie Lüders**

Quellen und Links:

Interview von *Focus-Online* mit Peter Scholl-Latour vom 4. März 2011

Peter Scholl-Latour: »Die Angst des weißen Mannes. Ein Abgesang«
Berlin (Propyläen/Ullstein) 2009,
464 Seiten, 9,95 Euro.

Rezension von *Deutschlandfunk* »Andruck« am 28. Dezember 2009

Bericht in der *Zeit* vom 23. Juli 1993 über die Kritik »Das Schwert des Experten«

PROFIL

Adrett in die Kampfzone

Mehr als 30 Jahren schon berichtet Antonia Rados über Krisen und Konflikte weltweit – und landete dieses Jahr einen neuen Scoop.

Foto: RTL / Suzy Stoeckl

Stets ist Antonia Rados dort, wo Despoten und Bomben fallen: ob beim Sturz des rumänischen Diktators Nicolae Ceaucescu 1989, der Schlacht um Bagdad 2003 oder im bürgerkriegsumkämpften Beirut, wo sie 1981 den PLO-Chef und Palästinenserführer Jassir Arafat interviewte. Den Nimbus der whisky-, wind- und wetterfesten Reporterlegenden Peter Scholl-Latour und Peter Arnett hat die österreichische Fernsehjournalistin zwar nie erreicht, sich im Lauf der Jahre aber dennoch in der Männerdomäne Kriegsjournalismus einen Namen gemacht.

Mit ihrem leichten Wiener Akzent, einer Handtasche über der Schulter und immer faltenfreier Bluse berichtet die promovierte Politologin nonchalant von somalischen Seeräubern und georgischen Freischärlern, wahlweise auch von afghanischen Taliban im pakistanischen Grenzgebiet, kurzum: von Krisen und von Konflikten weltweit, mit einem Schwerpunkt auf der für Journalisten ertragreichsten Region, dem Nahen Osten. Und das mit Erfolg. Ihre Bücher sind Bestseller, ihre TV-Reportagen wurden vielfach ausgezeichnet und die Exklusiv-Interviews der 58-Jährigen sind mittlerweile legendär.

Nach einem halbjährigen Intermezzo beim öffentlich-rechtlichen *ZDF* in Mainz kehrte sie 2009 wieder zu ihren Haus-und Hofsendern *n-tv* und *RTL* zurück und interviewte im vergangenen Jahr neben anderen Irans Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Ein ähnlicher Scoop gelang der »Reporterin mit Löwenherz«, wie sie die *Bild* einst nannte, noch kurz vor dem internationalen Militäreinsatz gegen das Regime Muammar al-Gaddafis. Irgendwo im Nirgendwo der Libyschen Wüste traf Rados den Oberst exklusiv zum Interview in seinem Zelt. In einer rosa Bluse, frisch gebügelt natürlich. **Dominik Peters**

Ihre Kriegs- und Krisenberichterstattung bringen Antonia Rados Respekt und Ehrungen ein, zuletzt im Juni dieses Jahres den Sonderpreis des Bayerischen Fernsehpreises.

Quellen und Links:

Meldung des *news aktuell*-Presseportals über das *RTL*-Exklusiv-Interview mit Muammar al-Gaddafi am 15. März 2011

Antonia Rados: »Die Fronten sind überall. Aus dem Alltag der Kriegsreportage«
Wien (Picus) 2009,
160 Seiten, 14,90 Euro.

NEUE MEDIEN

Das digitale Ende des Staates

von Dorukhan Aras

Den Diktator mit *Facebook* gestürzt? Die Massen der Protestierenden hätten im Januar und Februar ohne das soziale Netzwerk möglicherweise nie auf den Straßen Kairos zusammengefunden.

Facebook gab aber nur die Initialzündung. Schon am 29. Januar, vier Tage nach Beginn der fünfwöchigen Massenproteste in Kairo, sperrte die ägyptische Regierung den Zugang zu der Website.

Die im World Wide Web begonnenen Massen-Proteste in der arabischen Welt haben eine neue Ära der Demokratie eingeleitet. Doch birgt die Social-Media-Revolution eine nachhaltige Gefahr für das traditionelle Staatswesen. Der komfortable, filterlose und anonyme Zugang zu sozialen Netzwerken könnte durch Missbrauch der Herd künftiger soziopolitischer Krisen weltweit werden.

>> Der erste Golfkrieg war für die internationale Medienlandschaft ein Meilenstein. Die Welt klebte an den Lippen der *CNN*-Korrespondenten Bernie Shaw, Peter Arnett und John Holliman und verfolgte eifrig die Schlagzeilen aus dem Hotel El Raschid in Bagdad. Das war der Beginn einer neuen Ära der Nachrichtenwelt und schon bald entfachte in Forscher- und Analysten-Kreisen die kontroverse Diskussion um den sogenannten *CNN*-Effekt. Angeblich soll dieses Phänomen die öffentliche Aufmerksamkeit entscheidend beeinflussen, indem *CNN* seine Programminhalte nach eigenen Prioritäten strukturiert und durch dieses Agenda-Setting meinungsbildend wirkt.

Im Jahr 1994 finden wir in Ruanda ein Extrembeispiel eines ideologisch orientierten, meinungsbildenden Radiosenders, *Radio Télévision Libre des Milles Collines* (*RTLM*), auch als »Radio Machete« bekannt, welches die Tragweite eines Missbrauchs von Massenmedien demonstriert. *RTLM* betrieb nicht nur aktive Propaganda im Zuge des Völkermords an den Tutsi, sondern stellte auch noch deren persönliche Informationen wie Namen, Adressen und Fahrzeugkennzeichen der Flüchtigen zur Verfügung. Auch ein folgenreicher

Fotos: Krzysztof Urbanowicz und Sherif9282 / Wikimedia Commons / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported

Einsatz der Medien, jedoch eher im positiven Licht, ist in den nordafrikanischen Ländern zu sehen. Die als bisher für Unterhaltungszwecke und kommerzielles Marketing genutzten »sozialen Medien« entpuppen sich als Pinnwand für Revolutionen. Der rege Gedankenaustausch unter arabischen Jugendlichen über *Facebook*, der zu Beginn eine Art Brainstorming unter Gleichdenkenden war, mutierte bald schon zu einem Akt von Flüchen gegen unterdrückerische Regierungen, dann in Aufrufe zur Revolution. Eine virtuelle panarabische Jugendbewegung entstand in dieser Euphorie, die durch die Infrastrukturen von *Facebook* und *Twitter* wie ein Schneeball wuchs und jedermann, vom Handwerker zum Akademiker, flächenübergreifend zusammentrommelte.

»Wenn man eine Marke aufbaut, kann man dafür sorgen, dass die Menschen dieser Marke vertrauen.«

Die Innovation dieses Prozesses der Entwicklung und Umsetzung der politischen Idee ist, dass das ganze Thema wie ein virtuelles Marketingprojekt angegangen wurde. Wael Ghonim, Marketingleiter bei Google, der als einer der Helden der ägyptischen Revolution gefeiert wird, meint dazu: »I worked in marketing, and I knew that if you build a brand you can get people to trust the brand.« Ghonim selbst hat kaum politische Erfahrungen, doch seine Abneigung gegenüber dem autokratischen ägyptischen Regime motivierte ihn dazu, sein Wissen für diese gute Sache einzusetzen. Durch Video-Botschaften, Zeitungsartikel und Blogs verbreitete er seine Botschaft. Mitteilungen, wie »this is your country; a government official is your employee who gets his salary from your tax money, and you have your rights«, erreichten Hunderttausende von online-affinen Menschen. Wie Generäle kommandierten Ghonim und andere virtuell ihre Armee von Demonstranten, zum Beispiel welche Farbe ihre Kleidung haben oder wann und wo ein Protest stattfinden sollte. Auch kampftechnisch wurden die Demonstranten geschult: Essig und Zwiebeln gegen Tränengas oder Fahrradhelme und Tonnendeckel als Schutzschilde.

Die israelischen und amerikanischen Geheimdienste hatten noch ein paar Tage vor dem Sturz von Mubarak dessen Entthronung als unwahrscheinlich eingeschätzt und der Umsturz der Mubarak-Regierung in einer 85-Millionen-Bevölkerung hat weniger als 1.000 Menschenleben gekostet. So kann die Social-Media-Revolution fast schon als Wunder betrachtet werden. Dennoch wirft sie Fragen auf. Die Ereignisse davor, in Tunesien, konnten durch die Nachrichtendienste auch nicht vorausgesagt werden. Die zentralen Aufgaben eines Nachrichtendienstes sind die Sammlung und Auswertung von Informationen, die die Integrität, die Funktionalität und die Ordnungsverhältnisse eines Staates oder einer Region beeinflussen könnten. Haben in diesen beiden Fällen die Geheimdienste sowohl der beteiligten Staaten, als auch die effektivsten Dienste wie Mossad und CIA versagt? Wurden die Entwicklungen auf *Facebook* & Co. einfach nur übersehen, ignoriert oder unterschätzt? Oder sind politische Entwicklungen in sozialen Netzwerken von Natur aus immun gegen jegliche staatliche Intervention? Ob ein Eingeständnis der betroffenen Verteidigungsministerien über eine Fehleinschätzung der virtuellen Entwicklungen der Revolutionen in Tunesien und Ägypten vorliegt, wird wohl Geheimsache bleiben. Hosni Mubarak hat jedoch während der tunesischen Tumulte aufgepasst und alle Zugänge zum Netz in Ägypten lahmgelegt. Obwohl diese Tat aufzeigt, dass es technische Möglichkeiten für einen staatlichen Eingriff gibt, schrecken die Nebenwirkungen, wie das Einfrieren wirtschaftlicher Aktivitäten im Lande, von dieser Maßnahme ab.

Auch wenn die Tunesier und Ägypter zu beneiden sind für ihre verhältnismäßig »sauberen« Revolutionen, Beispiele wie der Kriegszustand in Libyen oder die umsonst umgekommenen iranischen Demonstranten zeigen auf, wie dieselben Vorgänge ganz andere unwillkommene Folgen haben können. Wer kann im Vorfeld schon wissen, welche Regierung wie reagieren wird, wenn selbst die erfahrensten Nachrichtendienste die Umstürze nicht vorhersehen konnten? Es bleibt offen, ob Marketingleiter und Aktivisten wie Ghonim oder Maher sich diese Frage auch gestellt hatten, und wenn sie das taten, erkannten sie, dass sie damit einen eventuellen Krieg in Kauf nahmen, der die Zukunft der gesamten Bevölkerung beeinträchti-

gen könnte? Auch wenn die Tunesier und Ägypter fortan eine demokratische Zukunft haben werden, eine Nachahmung digitaler Revolutionsversuche läuft Gefahr, zu einer Modeerscheinung zu werden und von anderen Kreisen, inklusive Anti-Demokraten, genutzt zu werden. Bei genügend Zulauf und richtiger Mobilisierung könnten unvorhersehbare Domino-Effekte ungewollte Konsequenzen provozieren.

Während David Kirkpatrick in »Der Facebook Effekt« die Emanzipation des Nutzers propagiert und anfügt, dass die Freiheit des Individuums den westlichen demokratischen Gesellschaften zu Grunde liegt und die Existenz der Sozialen Netzwerke deshalb zu begrüßen ist, weist Evgeny Morozov in seinem Buch »The Net Delusion« auf die dunkle Seite der Internet-Freiheit hin. Seiner Meinung nach sei es gefährlich, Hoffnung in die Demokratisierung durch das Internet zu setzen, da es einsetzbar sei sowohl für die Demokratie als auch gegen sie.

Im Prinzip genießen Schurken sogar einen komfortablen Vorteil, da sich die Massen sehr transparent in der virtuellen Welt bewegen, ansammeln und gefährlich viele informative Rückschlüsse zulassen. Neben politisch extremen Randgruppen, die sich nun schnell und bequem transnational organisieren können, bieten Soldaten, Politiker, Manager und Finanzdienstleister auch große Angriffsflächen, ausspioniert und erpresst zu werden. Die Größe der Online-Bevölkerung und der Durst nach Kommunikation projiziert die realen Konflikte nach und nach auf die virtuellen Plattformen, womit sich auch die Cyberkriege auf eine neue Ebene katapultieren; feindliche Geheimdienste werden dazu verführt, aus welchem Grund auch immer, Unruhen und damit Unstabilität in einem Gebiet anzustiften. Kurzum, wer das richtige Profilbild einsetzt, und sich seinem Opfer richtig annähert, wird Zugang zu persönlichen Gesprächsinhalten, privaten Informationen, wie beispielsweise über den eigenen Aufenthaltsort, und Einblick in Beziehungen zu anderen Personen erhalten können. Ohne ein einziges Hacker-Tool anzuwenden, warten also freiwillig bereitgestellte strukturierte Informationen nur darauf abgeholt zu werden. Wer sich nun diese Fallstricke in den höchsten Kreisen des Staatsapparates, des Militärs, der Wirtschaft oder auch der Finanzwelt vorstellt, wird sich der realen Risiken der virtuellen Welt bewusst.

Unweigerlich taucht die Frage auf, welche Folgen die Social-Media-Revolution haben könnte. Wie vernünftig ist der filterlose, unkontrollierte und anonyme Zugang zu solchen mächtigen Propaganda-Mitteln? Die nächste Frage, die im Raum steht, ist, ob nur autoritäre Regime gestürzt werden können oder ob der Funke auch auf demokratische Staaten überspringen kann. Da wir noch im Anfangsstadium der Social-Media-Ära stehen und die Besitzer dieser Plattformen wechseln könnten, ist die Aggressivität und Reichweite dieser Medien schwer abzuschätzen. Im Extremfall könnte eine unkontrollierte Intensivierung der digitalen Kommunikation in leicht mobilisierbaren Gesellschaften zu einer übertrieben kritischen Haltung gegenüber den Regierungen führen und bei jeder Unzufriedenheit Proteste virtueller und realer Natur auslösen, immer öfter mit Aufforderungen zu vorgezogenen Neuwahlen oder Abdankungen. Dies

David Kirkpatrick

hat viele Jahre bei der Zeitschrift *Fortune* als Redakteur für Internet- und Technologiethemen gearbeitet. Als gefragter Internetexperte und Redner schrieb er unter anderem über Apple, IBM, Intel und Microsoft.

»The Facebook Effect. The Inside Story of the Company that Is Connecting the World«

New York (Simon & Schuster) 2010,
Hardcover, 384 Seiten, circa 19,00 Euro.

Evgeny Morozov

war jahrelang Berater für das Open Society Institute von George Soros in Fragen von Demokratisierungsprozessen in autoritären Regimen. Der aus Weißrussland stammende Wissenschaftler, Blogger und Autor, unter anderem beim Magazin *Foreign Affairs*, hat jüngst in seinem Buch »The Net Delusion« über die »dunkle Seite des Internets« geschrieben.

**»The Net Delusion.
How Not to Liberate the World«**

London (Penguin/Allen Lane) 2011,
Paperback, 432 Seiten, circa 17,00 Euro.

würde einerseits einen großen Druck auf die jeweilige Staatsgewalt auslösen und andererseits bei sich wiederholenden vorgezogenen Wahlen automatisch kurzfristig denkende und handelnde Regierungen generieren. Dies würde nachhaltige Strategien in den Hintergrund drängen und auch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten könnte in Mitleidenschaft gezogen werden.

Reale Risiken der virtuellen Welt

Das Wachstum der Durchschlagskraft dieser virtuellen Plattformen geschieht auf Kosten des Staates, der diese Vorgänge als Souverän kaum noch kontrollieren kann. Dazu kommt, dass die bisherige Auffassung des Territorialprinzips obsolet wird, da die Internet-Infrastrukturen nicht nach Staatsgrenzen ausgerichtet sind und es somit in Zukunft keine physische Anwesenheit innerhalb der Staatsgrenzen mehr braucht, um kriminell aktiv zu werden.

Es ist es wert, einen Gedanken daran zu verlieren, ob die Social-Media-Revolution das Souveränitäts- und Territorialprinzip des Westfälischen Systems der Staaten bedroht. Die Technologie verbindet Menschen aus aller Welt. Erstmals kann das Individuum mit geringstem Aufwand seine innere Welt den Menschen des gesamten Planeten öffnen. Es ist vielleicht der Höhepunkt der Kommunikationsgeschichte, doch gefährdet die Natur des Menschen diesen wundersamen Fortschritt und benötigt eine Architektur, um sie vor Missbrauch zu schützen. Um sich und die nachhaltige Funktionalität der öffentlichen Verwaltung im Sinne des Westfälischen Friedens, in dem die moderne Politikforschung die Wurzeln souveräner Nationalstaaten sieht, vor den Gefahren und Missleitungen der neuen virtuellen Entwicklungen zu schützen, müssen die betroffenen Gesellschaften sich der neuen Ordnung anpassen, indem sie neue Rahmenbedingungen schaffen. Diese Maßnahmen gegen den Missbrauch von Sozialen Medien können rechtlicher Natur sein, wie zum Beispiel die Einschränkung politischer Propaganda und die Erhöhung eines zulässigen Mindestalters mit einem Verifizierungssystem.

Auch effiziente soziale Aufklärungskampagnen, die den verantwortungsvollen Umgang mit den verschiedenen Plattformen schon in Grundschulen eingehend behandeln, können vorbeugen. Gewisse Länder erneuern und erweitern auch ihr virtuelles Arsenal, um die Sicherheit jenseits des Portals zur Virtualität gewährleisten zu können. Zu guter Letzt müssen die festgelegten Rahmenbedingungen technisch begleitet und durchgesetzt werden können. Durch die Schaffung sinnvoller Schranken und Motivationen könnte eine gelungene Kohäsion zwischen Sicherheit sowohl für den Staat als auch den Benutzer Sozialer Medien entstehen und ein legitimes Mitspracherecht für alle erwirken. <<

Dorukhan I. Aras *hat an der Université de Genève und der Geneva School of Diplomacy studiert und war Jr. Prof. Fellow der United Nations University in New York.*

NEUE MEDIEN

Viel Lärm um wenig

von Otfried Nassauer

Illustration: WikiLeaks / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported

Mit der Veröffentlichung vertraulicher US-Berichte hat *WikiLeaks* für großen Wirbel gesorgt. Von Geheimnisverrat und der Gefährdung von Menschenleben war die Rede. Inzwischen hat sich die Aufregung etwas gelegt. Werden die Veröffentlichungen der Internet-Enthüllungsplattform überschätzt? Ihr konkreter Erkenntniswert wird sich erst zeigen, sobald sich Wissenschaftler, nicht Journalisten, durch den riesigen Materialfundus gearbeitet haben.

>> *WikiLeaks* hat im vergangenen Jahr Schlagzeilen gemacht. Die Internetseite hat mehr als 90.000 interne Dokumente des Pentagons über den Krieg in Afghanistan veröffentlicht – und fast 400.000 Dokumente über den Konflikt im Irak. Militärische Dokumente aus dem Kriegsalltag – mit all seiner Brutalität. Vor einem halben Jahr gelang *WikiLeaks* ein noch größerer Coup: Ausgewählten Medien wurden über 250.000 Depeschen des amerikanischen Außenministeriums zugänglich gemacht. Mehr als 100.000 waren als vertraulich eingestuft, rund 15.000 sogar als geheim. Ein Super-GAU für die Diplomaten, deren Arbeit auf dem Schutz der Vertraulichkeit beruht.

Entsprechend schlecht war Washingtons Außenministerin auf *WikiLeaks* und dessen Gründer, Julian Assange, zu sprechen: »Die Vereinigten Staaten verurteilen die illegale Veröffentlichung vertraulicher Informationen«, erklärte Hillary Clinton. »Sie bringt das Leben von Menschen in Gefahr, bedroht unsere nationale Sicherheit und unterminiert unsere Arbeit mit anderen Nationen bei der Lösung gemeinsamer Probleme.« >>

Deutlich schärfer noch urteilte der Republikaner Newt Gingrich: »Informationskriegführung ist Kriegführung – und Julian Assange betreibt Kriegführung. Informationsterrorismus, der dazu führt, dass Leute getötet werden, ist Terrorismus – und Julian Assange betreibt Terrorismus. Er sollte als feindlicher Kämpfer behandelt werden.« Für Gingrich, der im kommenden Jahr für die US-Präsidentschaft kandidiert, ist es legitim, feindliche Kämpfer zu töten. Die USA befinden sich aus seiner Sicht im Krieg. Die Regierung Obama agierte nicht ganz so hemdsärmelig, sie fuhr aber trotzdem schweres Geschütz auf: Sie strengte ein Geheimverfahren vor einem Gericht in Virginia an, um zu überprüfen, ob Assange und *WikiLeaks* wegen Spionage verurteilt werden können.

Wochenlang machten die veröffentlichten Depeschen Schlagzeilen: Arabische Regierungsmitglieder, die Washington zu einem Militärschlag gegen das iranische Nuklearprogramm ermutigen. Amerikanische Diplomaten, die an der Zuverlässigkeit des pakistanischem Geheimdienstes ISI im Kampf gegen den Terrorismus zweifelten und an der Sicherheit der pakistanischen Atomwaffen. Harsche Einschätzungen über korruptionsanfällige Regierungen wurden bekannt. Washingtons Bemühungen wurden publik, gemeinsam mit China und anderen Schwellenländern ein wirksames Abkommen zum Klimaschutz zu verhindern. Und natürlich gab es viele kleine despektierliche Äußerungen und Einschätzungen über ausländische Politiker – man erinnere sich nur an den »Alpha-Rüden« Wladimir Putin.

Echte Sensationen dagegen gab es nur wenige. Zum Beispiel die offene Aufforderung des Department of State an seine Diplomaten in New York, Paris, London oder Berlin, ihre Kollegen und Politiker aus anderen Ländern bis ins Detail auszuforschen: Kreditkartendaten, Computerpasswörter, biometrische Daten. Der überwiegende Teil der Dokumente enthält Erhellendes und Hintergründiges zu bereits bekannten Themen und Fakten: Die USA bemühen sich, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnik zu verhindern. Sie werben um zusätzliche Stationierungsrechte am Golf. Washington warnt Georgien vor dem Einmarsch in Südossetien. Polen wünscht sich von den USA eine größere militärische Präsenz auf polnischem Territorium, als Washington zu zeigen bereit ist. Russlands Streitkräfte sind nur noch begrenzt kriegstauglich.

Für Newt Gingrich betreibt Julian Assange Terrorismus.

Die Depeschen sind das Produkt der Arbeit eines professionellen diplomatischen Dienstes. Rohmaterial, das oft subjektiv ist und Informationen enthält, die als Puzzlestücke in die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik einfließen. Die Veröffentlichung des Materials kann peinlich sein, wenn despektierliche Äußerungen über Dritte enthalten sind. In manchen Fällen kann sie auch gefährlich sein, wenn Zuträger und Informanten genannt werden. Wirklich heikel ist aber nur ein sehr kleiner Teil des Materials. Der größte Teil erlaubt einen detaillierten Blick hinter die amerikanische Sicht der Welt und auf die Methoden, mit denen die Weltmacht USA ihre Interessen wahrt, durchsetzt und welche Kompromisse sie dabei eingeht. Ein Tagebuch praktischer Machtpolitik also.

Bisher haben nur etwa fünf bis sechs Prozent aller Dokumente das Licht einer breiteren Öffentlichkeit erblickt. Sie sind auf den Seiten von *WikiLeaks* nachzulesen. Rund 95 Prozent der Depeschen sind noch immer nur den Medien wie dem *Spiegel* und der *New York Times* zugänglich, die mit der Plattform kooperieren. Das ist einerseits verständlich, andererseits aber auch ärgerlich.

Den Medien fällt die Aufgabe zu, *WikiLeaks* dabei zu helfen, wirklich geheimhaltungsbedürftige und vor allem Menschen gefährdende Informationen zu schwärzen, bevor die Dokumente ins Internet gestellt werden. Das ist nachvollziehbar. Journalisten produzieren Geschichten. Darin sehen sie ihre Hauptaufgabe – ihr Ziel ist es nicht, möglichst viele der Dokumente schnell einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ins Netz gestellt wird deshalb oft nur ein Teil der vertraulichen Dokumente, auf denen eine Story beruht. Der Rest bleibt zunächst unveröffentlicht, zusammen mit Zehntausenden von Depeschen, die keine Geschichten enthalten oder problemlos veröffentlicht werden könnten, weil sie rein gar nichts Geheimes enthalten. Presseberichte aus dem Einsatzland zum Beispiel oder mehr als 1.000 Meldungen über die Verbreitung der Schweinegrippe. Auch sie sind *WikiLeaks* zugespielt worden.

Der größtmögliche Erkenntnisgewinn aus den enthüllten Dokumenten lässt deshalb noch auf sich warten. Er wird eintreten, wenn alle Dokumente zur Auswertung durch Wissenschaftler verfügbar sind. Sie erhalten durch die Depeschen erstmals viel früher Zugang zu Quellen, die normalerweise erst nach Jahrzehnten mühsam in Archiven eingesehen werden können. Profitieren wird dann zum Beispiel die wissenschaftliche Analyse zur jüngeren Geschichte der Rüstungskontrolle. Hunderte von Depeschen befassen sich mit der Entstehung der Konvention zum Verbot von Streumunition, den Verhandlungen über den neuen START-Vertrag oder den Diskussionen über die Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa – dem KSE-Regime. Ähnliches gilt auch für das Verhältnis der Nato zu Russland oder die Entscheidungsprozesse in der Nato.

Ein Tagebuch praktischer Machtpolitik

Die Berichterstattung über eine geheime Entscheidung der nordatlantischen Allianz zeigt aber auch, dass bei einer journalistischen Auswertung der Dokumente Teile des Kontextes verloren gehen können. Die WikiLeaks-Dokumente enthielten eine brisante Neuigkeit: Die Nato hat um den Jahreswechsel 2009/2010 ihre Eventualfall- und Verteidigungsplanung für Polen auf die baltischen Staaten ausgeweitet. »Eagle Guardian« lautete der Codename der Planung. Um das schwierige Verhältnis zu Russland nicht weiter zu belasten, wurde diese Entscheidung unter strikter Geheimhaltung getroffen. Breit berichteten etliche Medien über die entsprechenden Depeschen aus dem WikiLeaks-Bestand.

Ihnen entging jedoch, dass Moskau der Nato Anfang Dezember 2009 ein Abkommen »über die grundlegenden Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Nato-Russland-Rates« vorgeschlagen hatte, um zu demonstrieren, dass es an einer Wiederbelebung der Zusammenarbeit interessiert sei. Die Initiative enthielt unter anderem Vorschläge zur konventionellen Rüstungskontrolle und eine Verpflichtung, sich bei allen künftigen Krisen gegenseitig zu konsultieren, wenn ein Mitglied des Nato-Russland-Rates dies wünsche. Der Nato-Rat lehnte diesen Vorschlag ab. Eine Verpflichtung, im Krisenfall Russland zu konsultieren, dürfe es nicht geben. Das sei ausschließlich Sache der Bündnismitglieder. Zudem könne diese Initiative die Erweiterung von »Eagle Guardian« in letzter Minute torpedieren. Auch diesen Vorgang dokumentieren die Depeschen bei *WikiLeaks*. Der Zusammenarbeit mit Russland wurde also in jenen Tagen gleich zweimal eine deutliche Absage erteilt. <<

Foto: www.kopi.de

Otfried Nassauer

55, ist Friedensforscher und freier Journalist. Der studierte Theologe leitet zudem das »Berliner Informationszentrum Transatlantische Sicherheit«. Sein Beitrag ist eine Übernahme mit freundlicher Genehmigung von *NDR Info* »Streitkräfte und Strategien« aus der Sendung vom 4. Juni 2011.

Quellen und Links:

Hintergrundbericht der *Washington Post* vom 5. Mai 2011 über Bradley Manning, den US-Soldaten, der unter Verdacht steht, hunderttausende vertrauliche Dokumente illegal an *WikiLeaks* geleitet zu haben

FERNSEHEN

Eine Insel der Emotion

Sonst um Neutralität bemüht, schlug sich *Al Jazeera* während der nordafrikanischen Revolutionen auf die Seite des Volkes und hatte selbst unter staatlichen Repressionen zu leiden. Anhand der Berichterstattung über die Aufstände zeigt sich wachsende mediale Macht des katarischen Fernsehsenders. *Al Jazeera*, das in nahezu allen arabischen Haushalten gesehen wird, richtet sein Programm bewusst auf eine Zielgruppe aus: fromm und emotional.

von Mohamed Amjahid

Am nächsten dran: Was für *CNN* der Golfkrieg, war für *Al Jazeera* der »Arabische Frühling« – der internationale Durchbruch.

Quellen: http://www.aljazeera.net/portal und http://english.aljazeera.net (Abruf 19. Juni 2011)

>> Was für den Westen das Internet ist, das ist für große Teile der arabischsprachigen Bevölkerung der Welt immer noch das Fernsehen – genaugenommen der Sender *Al Jazeera*, übersetzt wörtlich »die Insel«. *Al Jazeera* ist eine Medienrevolution, die im Jahr 1996 ihren Betrieb aufgenommen hat und die nun die Chance bekommt, sich im Zuge der Umbrüche in der arabischen Welt zu beweisen. *Al Jazeera* pflegt den »Arabischen Frühling« »Arabischen Winter« zu nennen und trifft damit den Nerv ihrer Zuschauer: Auch in der arabischen Literatur, speziell in der vorislamischen Gedichtkunst ist es der Winter, indem man ohne Heizung und mit wenig Nahrung durchkommen muss. *Al Jazeera* läuft zwischen Rabat und Bagdad in fast jedem Wohnzimmer und in jedem Café. So brachte es live den Tahrir-Platz in Kairo, der vielleicht als Ort des Aufbruchs in die Geschichte eingehen wird, an den Esstisch nahezu jeder arabischen Familie.

Amerika erfuhr die Bestandsprobe seiner Fernsehrevolution Anfang der 1990er Jahre als der Nachrichtensender *CNN* die Befreiung Kuwaits von der irakischen Besatzung Saddam Husseins live und hautnah übertrug. So konnten die

Zuschauer über die Schultern ihrer GIs in das Kampffeld des zweiten Golfkrieges blicken. Was damals von Atlanta aus in die Mediengeschichte einging, reproduziert sich nun auf eine zwar andere Art, aber mit ähnlicher Auswirkung aus schlichten Flachbauten in Doha, der Hauptstadt Katars: Es findet zurzeit ein Umbruch in der (arabischen) Mediengeschichte statt.

Am 17. Dezember 2010 verbrannte sich der junge Tunesier Mohamed Bouazizi selbst, wegen Perspektivlosigkeit und staatlicher Repressalien, in der bis dahin unbekannten zentraltunesischen Kreisstadt Sidi Bouzid. Am Anfang der Unruhen war relativ deutlich, dass *Al Jazeera* sich Mühe machte, die richtigen Schwerpunkte in einer Zeit zu setzen, die alle überrascht hat. Während sich in der Berichterstattung der deutschen Medien, allen voran von *ARD* und *ZDF*, die schwachen Entscheidungsstrukturen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und der Medien allgemein in Deutschland zeigten, war der arabische Nachrichtensender aus Katar gleich präsent und konnte seine Ressourcen in der Region aktivieren. Eine ähnlich klägliche Leistung boten auch französische und britische Medien, letztere vielleicht dank der *BBC* weniger gravierend. Spätestens als am 25. Januar 2011 die Menschen auf den Kairoer »Platz der Befreiung« und an andere zentrale Orte der ägyptischen Republik zogen, sah die ganze arabische Welt zu – via *Al Jazeera*.

Irgendwann schalteten alle großen internationalen Medien im Fernsehen und online auf die Live-Berichterstattung aus Ägypten um. So auch *Euronews*, der Nachrichtensender der Europäischen Union. Dazu konnte man zu den spektakulären Bildern Off-Kommentare hören, die sich mit der Sachlage schwer getan haben. Als die deutsche Euronews-Kommentatorin sich wunderte, dass sie erst am zehnten Tag des Aufstands in Ägypten die Worte »Allahu Akbar – Gott ist groß« von der Menge skandieren hörte, hatte *Al Jazeera* schon vier Tage vorher exklusive Bilder von betenden Demonstranten gezeigt, die auf einer Brücke am Tahrir-Platz von Wasserwerfern zurück gedrängt werden sollten und am Ende mit ihrem passiven Widerstand gegen die Sicherheitskräfte siegten. Sie liefen an diesem Tag in einer Endlosschleife, mal mit und mal ohne Kommentar. So hatte *Al Jazeera* spätestens jetzt eine enorme Zielgruppe auf seiner Seite: fromme Gläubige, linke Jugend, emotionale Mütter.

Islamisierung: Der Fernseh-Imam zielt auf das Volk.

Die Zielgruppe wird bewusst beliefert: Vor allem auf die Gläubigen haben es die Macher des Nachrichtenfernsehens abgesehen. So etablierten sie ihren Haus-Imam Yusuf Al-Qaradawi als moralische Instanz der ägyptischen Revolution. Der Ägypter Al-Qaradawi ist einer der höchsten geistlichen Führer im sunnitischen Islam, lebt im Exil in Katar unter dem Schutz von Emir Hamad bin Khalifa Al Thani und unterstützt von dort aus als Präsident der »Vereinigung islamischer Rechtsgelehrter« die Muslimbruderschaft in seinem Heimatland Ägypten. Der Absolvent der Kairoer Azhar-Universität, die vielleicht am ehesten das Pendant zum katholischen Vatikan im sunnitischen Islam darstellt, wurde täglich auf *Al Jazeera* live zugeschaltet. Seine Predigten fanden jeden Freitag einen großen Platz in der Berichterstattung, seine Fatwas wurden fester Bestandteil der Kurznachrichten, die rund um die Uhr im Liveticker *Al Jazeeras* am Rand des Bildschirms durchlaufen. In diesen islamischen Verordnungen rief er zum Beispiel zum heiligen Krieg gegen den libyschen Diktator Muammar Al Gaddafi auf und predigte, dass »der verrückte Mann auf brutalste Weise ermordet werden sollte«.

Schon in der Berichterstattung zu latent aktuellen Themen, wie der Palästina-Frage, dem Afghanistan-Einsatz oder dem Irak-Krieg, machte *Al Jazeera* keinen Hehl aus seiner islamischen Prägung. So wurden beispielsweise im Vorfeld marokkanischer Massendemonstrationen bei *Al Jazeera* die Pressemitteilungen der verbotenen, aber unter König Mohammed VI. tolerierten, islamistischen Organisation »al Adl wa al Alhsan – Justiz und Wohlfahrt« über den Bildschirm gesendet. Stolz wird auch in diesem Sinne die algerisch-stämmige Moderatorin Khadija Ben Ganna in Szene gesetzt, die mit dem Anlegen ihres Kopftuchs im Jahr 2003 für Kritik, Erstaunen und Anerkennung für sich und ihren Haussender sorgte. Mit der Etablierung von Yusuf al-Qaradawi als geistlicher Instanz der Volksrevolutionen stärkt *Al Jazeera* seinen Anspruch, die Stimme der arabischen und der islamischen Welt zu sein.

Während sich am Anfang der Unruhen am Nil die großen nationalen und internationalen Informationssender wie die *BBC*, *CNN*, *France 24*, *Euro-*

news oder die *ARD* auf die Schlagzeile »Ägypten in der Krise« einigten, aktivierte *Al Jazeera* alle Design- und Marketingkräfte um seinen poetischen Slogan »Das Volk möchte …« in Szene zu setzen. In der Hochphase des Aufstands musste sich *Al Jazeera* noch nicht einmal so viele Gedanken über die Rahmung seiner Berichterstattung machen.

Der Nachrichtensender bediente sich bei der größten arabischen Gesangsikone aller Zeiten und übernahm kurzerhand einige Titel der Sängerin Umm Kulthum. »Ägypten redet für sich selbst …« erschien zwischen den Nachrichtenblocks auf den Bildschirmen. Der Slogan, der in der deutschen Sprache etwas hölzern klingt, treibt Tränen in die Augen von alten Frauen und jungen Männern in den arabischen Städten und Dörfern: Nach der europäischen Besatzungszeit, postkolonialer Dominanz des Westens und jahrzehntelangen Schreckensherrschaften von erbarmungslosen Diktatoren erheben sich die Völker und nehmen ihr Schicksal in ihre eigenen Hände.

»Ägypten redet für sich selbst …« ist eine Auskopplung aus einem berühmten nationalistischen Album, das Umm Kulthum in den 1950er Jahren für den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser aufgenommen hatte, damals noch im Kontext der arabisch-israelischen Kriege. Zu den meisten Werbespots in eigener Sache lief allerdings der Refrain eines anderen Stücks aus dem gleichen Album: »Ich bin das Volk, ich bin das Volk / das Unmögliche kenne ich nicht / und alles andere als die Unsterblichkeit / werde ich nicht akzeptieren.«

Die pixeligen und verwackelten Bilder vor allem aus Kairo und Alexandria zeigten den Menschen an den Bildschirmen ihre ägyptischen »Brüder und Schwestern«, wie sie gegen den alten Despoten Husni Mubarak aufbegehrten: junge Männer, die mit Steinen werfen, verschleierte Frauen, die den Sturz des Systems einfordern, oder Soldaten, die Süßigkeiten von Kindern annehmen. Die Kombination von Bild und Musik deutet »ich bin das Volk« aus dem Refrain in »du bist das Volk« um.

Umdeutungshoheit: Du bist das Volk.

Das »Yes, we can« des wahlkämpfenden Barack Obama hat viele in Europa verzaubert und den amerikanischen Traum der Freiheit wurde uns in nur drei kurzen Silben näher denn je. Den pathetisch anmutenden Traum für die arabische Welt transportierte *Al Jazeera* mit »du bist das Volk« und das nicht nur auf einer emotionalen Ebene. Der Sender lieferte unter verschiedenen Satellitenfrequenzen und von anderen Kanälen zur Verfügung gestellten Sendeplätzen auch praktische Dienstleistungen für die Demonstranten vor Ort: Informationsnummern, mit der man Twitter-Einträge auch ohne Internet auf sein Mobiltelefon holen konnte, oder E-Mail-Adressen von lokalen Menschenrechtsgruppen, an die Beschwerden über Übergriffe eingeschickt werden konnten.

In normalen Zeiten wirbt *Al Jazeera* mit dem Slogan »die eine und die andere Meinung« für seine Neutralität und den Anspruch, alle Seiten zu Wort kommen zu lassen. In der Berichterstattung selbst ist es immer eine Stimme, die dominiert. Nach einer Phase der Selbstfindung ging die Redaktion von *Al Jazeera* dazu über, das Volk sprechen zu lassen. Zivilisten, Demonstranten und zurückgetretene Minister bekamen das Wort. Zur gleichen Zeit konzentrierten sich die anderen internationalen Medien auf ihren Hoffnungs- und Nobelpreisträger Mohammed El Baradei, der bei *Al Jazeera* schnell in den Hintergrund geriet.

Ein weiterer Schwerpunkt im Programm ist die Beeinträchtigung der Berichterstattung von *Al Jazeera*. Seine Korrespondenten wurden festgenommen, das Sendesignal zu verschiedenen Satelliten, über die die arabischen Zuschauer hauptsächlich *Al Jazeera* empfangen, wurde gestört. In einigen Staaten wurde der Sender komplett verboten. In Ägypten erst nach Ausbruch der Revolution, in Marokko zum Beispiel schon viel früher. Der Sender geht mit diesen Zuständen konsequent um, und platziert sie ganz oben in seiner Berichterstattung.

Die Nachrichtenmoderatoren sitzen inmitten des Volkes. Hinter ihnen im Studio sieht der Zuschauer eine Szene eines Demonstrationszuges. Die Selbstvermarktung fand nicht nur in den kurzen Werbeblöcken auf dem eigenen Kanal statt, wo nur katarische Staatsunternehmen einige wenige Werbespots schalten. Auch in den redaktionellen Beiträgen wurden immer wieder und regelmäßig Dankeswünsche an *Al Jazeera* eingeblendet. So dankte eine unbekannte Frauenstimme aus Ägypten dem tunesischen Volk und *Al Jazeera* für ihre Unterstützung bei der Befreiung von Hosni Mubarak.

Eigentlich könnte man auch: »Katar ist das Volk« schreiben. Immer wenn es zu historischen Momenten kommt, wie dem offiziellen Rückzug Mubaraks, dem Ausbruch bürgerkriegsähnlicher

Zustände in Libyen oder den ersten Todesopfern in Manama, blendet *Al Jazeera* als erstes Kommuniqués aus dem Palast in Doha ein. Der Sender ist finanziell vom Emir von Katar abhängig und versucht somit seinen Dank, für die politische und finanzielle Rückendeckung zu zeigen. Der Markenname, unter dem mittlerweile auch englischsprachige Nachrichten, internationaler Sport und Kinderprogramme vermarktet werden, wird somit weiter mit dem Image des gnadenlosen, investigativen, aufklärerischen, islamischen und kritischen Fernsehens versehen. Ganz im Sinne des Auftraggebers.

Selbstvermarktung: Al Jazeera spricht für das Volk.

Al Jazeera, das bedeutet Insel. Gemeint ist damit die arabische Halbinsel. Von dort aus sendet die Stimme Arabiens, wie sich der Sender in den Köpfen der Menschen eingeprägt hat. Das Image dieser unbequemen Stimme war noch bis kurz vor den Umbrüchen in der arabischen Welt von negativen Schlagzeilen geprägt. Die brachten dem Sender Quote, so zum Beispiel die etwas in den Hintergrund geratene Enthüllungsgeschichte über die zu Lasten für die Palästinenser geführten Friedensverhandlungen mit Israel unter dem palästinensischen Chefunterhändler Saeb Erekat.

Der Durchschnittsaraber schaltet *Al Jazeera* ein, wenn er sich über »die Wahrheit« und über die Zustände in seinem Land empören möchte. Er schaltet jedoch auf das nationale Staatsfernsehen um, wenn er seinen lokalen und nationalistischen Patriotismus pflegen will. Jetzt kann *Al Jazeera* aber über etwas Positives berichten: Revolutionen, Freiheit, Menschenwürde. Die Verantwortlichen in den Informationsministerien zwischen Rabat und Bagdad haben nun einen weiteren Grund, genau auf die Berichterstattung aus den Flachbauten in Doha zu schauen. Denn *Al Jazeera* erhält und verdient sich mehr und mehr eine Medienmacht, die wir in Deutschland vom Axel-Springer-Verlag kennen, nur in ganz anderen Dimensionen. Man fragt sich deswegen zu Recht, wie der Sender mit dieser Macht umgehen wird. <<

Mohamed Amjahid *studiert Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin.*

Quellen und Links:

Website von *Al Jazeera English*

Themenseite der *New York Times* zu *Al Jazeera*

Bericht der *ARD* vom 23. Mai 2011 über die Kritik an *Al Jazeera*

Bericht der *Zeit* vom 5. Februar 2011 über *Al Jazeera English*

Bericht der *Süddeutsche Zeitung* vom 20. Januar 2011 über die Rolle des Emirs von Katar

Bericht der *Zeit* vom 6. Oktober 2006 über die strategische Planung *Al Jazeeras*

NOTIZ / LIVETICKER

Geld im Minutentakt

Viele Nachrichten-Portale setzen in ihrer Kriegs- und Krisenberichterstattung auf Live-Ticker – denn das bringt Einnahmen.

Illustration: mmo

Die Aufstände in der arabischen Welt verändern nicht nur die Machtkonstellationen im Nahen Osten, sondern auch den Journalismus weltweit – jeder kann »live« dabei sein. Weltweit tickerten alle wichtigen Nachrichten-Portale im Minutentakt über die Entwicklungen auf dem »Tahrir«-Platz in Kairo, die Operation »Odyssey Dawn« in Libyen und den Machtkampf in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa.

Diese Form der Kriegs- und Krisenberichterstattung bietet zu den Aufständen wichtige – oft genug aber auch unwichtige – Informationen in einer zuvor nie da gewesenen Dichte, vor allem aber bringt es Geld im bis dato wenig profitablen Online-Geschäft. Denn die Verlage verdienen ihr Geld mit Werbeanzeigen; die mit Steuermitteln finanzierten Programme des öffentlich-rechtlichen-Rundfunks ausgenommen. Das Prinzip dahinter ist einfach: Je mehr Klicks, desto höher die Preise, die Werbekunden bereit sind zu bezahlen. Blickt man auf die detaillierte Auflistung der »Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern« (IVW) sind sowohl der Spiegel-, als auch der Axel-Springer-Verlag die Gewinner dieses neusten Trends in der Kriegs-und Krisenberichterstattung. Konnte *bild.de* im Dezember 2010 rund 163 Millionen »visits« verbuchen, waren es im März dieses Jahres bereits rund 195 Millionen. Ähnlich sieht es bei *Spiegel Online* aus: Im vergangenen Dezember besuchten rund 139 Millionen User die Seite, im März 2011 knapp 190 Millionen.

Im letzten Jahresbericht der IVW erklärte Andreas Cohen, Vorsitzender der »International Conference on Online Media Measurement«, im Mai: »Die IVW hat es geschafft, für das Medium Internet eine valide Währung zu konzipieren.« Rechtzeitig zu den Krisen im Frühjahr: Die Live-Berichterstattung ist Geldvermehrung im Minutentakt geworden. **Dominik Peters**

Der Puls der Zeit schlägt wieder langsamer. Nach den ereignisreichen Wochen von Januar bis März 2011 haben die großen Nachrichten-Websites ihre Liveticker wieder abgestellt. Bis zur nächsten Krise.

Quellen und Links:

Bericht des Medienportals *MEEDIA* vom 14. März 2011 über den Liveticker-Boom

Ausweisung der Online-Nutzungsdaten deutscher Websites bei der IVW

Jahresbericht 2010/2011 der IVW vom 18. Mai 2011

Sei mein Kamerad!

von Michael Seibold

Heereschef George Casey traf Soldaten wie Du und ich im YouTube-Kanal der US Army.

Quelle: www.youtube.com/user/soldiersmediacenter (Abruf 8. Juni 2011)

In sozialen Netzwerken tummeln sich mittlerweile über eine halbe Milliarde Nutzer. Wie kein Medium zuvor erlauben es Plattformen wie *Facebook* und *Twitter,* aber auch *YouTube* und *Flickr*, direkt miteinander zu kommunizieren und Nachrichten zu verbreiten. Diesen Draht zapfen private Unternehmen an, zunehmend aber auch Streitkräfte. Vor allem in den USA hat eine Reihe hoher Offiziere längst die neuen Medien für sich entdeckt.

>> Auf Dienstrechnern im Internet »spielen« und sich in sozialen Netzwerken wie *Facebook* tummeln? Und das während der Dienstzeit? Bei diesen Gedanken war den US-Streitkräften lange Zeit alles andere als wohl. Im August 2009 sperrten sie kurzerhand den Zugang zum Web 2.0 – Seiten wie *Facebook*, *Twitter*, *YouTube*: soziale Netzwerke und Videoplattformen. Diese Sperrungen waren aber nicht der Versuch des US-Militärs, seinen Soldaten wieder mehr Disziplin aufzuzwingen, sondern handfesten Sicherheitsbedenken geschuldet: Zum einen beanspruchen Multimediaanwendungen Internet-Bandbreite, die für dienstliche Zwecke fehlen könnte. Zum anderen bestand – und besteht – die Gefahr, dass Nutzer unabsichtlich oder leichtfertig militärisch Relevantes preisgeben können. Das müssen nicht einmal Nachrichten wie »morgen geht es auf Patrouille« sein, die schließlich nicht nur für die Daheimgebliebenen der Soldaten interessant sind, sondern auch für den Gegner. Es reicht schon, wenn sich Nutzer mit einem Smartphone in die sozialen Netzwerke einwählen.

Dank der »Location«-Funktion kann *Facebook* beispielsweise den Standort des Nutzers anzeigen

– und damit die Dislozierung von Truppen offenbaren. Die US-Luftwaffe warnte daher im November 2010, dass der fahrlässige Umgang mit solchen Diensten »verheerende Auswirkungen« auf Operationen haben kann. Der Reiz und die Möglichkeit, der Welt per *Twitter* oder *Facebook* »live« aus dem eigenen Leben zu berichten, kann in letzter Konsequenz das Leben eigener Soldaten gefährden. Diese Sorge scheint auch andere Militärführungen zu beschäftigen: Vorgeblich solchen Geheimhaltungsbedenken Rechnung tragend, verbot jüngst Chinas Volksbefreiungsarmee ihren 2,3 Millionen Soldaten, die sozialen Medien zu benutzen.

Die traditionellen Medien umgehen

Dennoch: Im Februar 2010 hat das US-Militär seinen Angehörigen den Zugang zum Web 2.0 auf militärischen Computern wieder freigeschaltet – ausgenommen natürlich auf solchen in geschützten Netzwerken. Aus Sicht des Pentagons überwogen die Vorteile des neuen Mediums seine Nachteile, denn wie kein anderes Medium erlauben es *Facebook* & Co., einen breiten, meist jungen Adressatenkreis direkt zu erreichen. Und das sowohl innerhalb, als auch außerhalb der militärischen Strukturen – die US-Militärs nutzen die sozialen Netzwerke, um sich an die eigenen Soldaten genauso wie an die Öffentlichkeit zu wenden. In den Worten des stellvertretenden US-Verteidigungsministers William Lynn: »Social networks have become integral tools for operating and collaborating across the Defense Department and with the public.«

Nach außen sind die sozialen Netzwerke der ideale Weg, um dem Militär zu erlauben, seine Botschaften zu kommunizieren. Über *Facebook*, *Twitter* und *YouTube* erreicht es mehr Leser und Zuhörer als je zuvor. Und das, ohne auf die althergebrachten Medien – und deren kritische Haltung oder deren kommerzielle Interessen – angewiesen zu sein. Das Publikum bekomme die richtige Botschaft, direkt von der Quelle, so Generalleutnant William Caldwell, 2006 Sprecher der »Multinational Force, Iraq«. Die unter ihm eingeführte YouTube-Präsenz seiner Dienststelle habe den »gatekeeper«, mit dem er die althergebrachten Medien meint, eliminiert. »We now had the ability to help inform and present information that people might want to hear about or see in a way that was never there before.« Den Wert anderer Medien wollte Caldwell dabei gar nicht komplett bestreiten. Seiner Meinung nach erzählten sie aber nur einen Teil der Geschichte. Dank der sozialen Netzwerke könnten die Soldaten selber jetzt ihren Teil der Geschichte direkt vermitteln und der Öffentlichkeit erlauben, sich ein differenziertes Bild von militärischen Einsätzen zu machen. Caldwell forderte daher: »We must encourage our Soldiers to get onto blogs and to send their YouTube videos to their friends and family.«

Auch nach innen ist das Web 2.0 ein effektives Kommunikationsmittel. Es erlaubt der politischen und der militärischen Führung, ihre Ziele und Lagebeurteilungen direkt an alle Soldaten

Präsenz in sozialen Netzwerken
Auswahl und Vergleiche

	Facebook-Freunde	Twitter-Follower
Bundeswehr	24.154	1.635
US Army	772.419	77.427
US Marine Corps	1.624.307	45.623
British Army	534.624	8.798
Royal Navy	95.120	-
US Central Command	10.341	9.210
ISAF	80.070	8.155
Reservistenverband der Bundeswehr	2.188	-
US Veterans of Foreign Wars	147.678	1.052
Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen	68.597	54.832
US-Generalstabschef Mike Mullen	18.353	48.149
SACEUR James Stavridis	6.525	5.836
Generalleutnant Karlheinz Viereck	-	1.998
Generalinspekteur Volker Wieker	26	-
Barack Obama	21.500.272	8.536.959
CNN	2.245.050	2.170.651
Al Jazeera	1.209.106	208.592
Spiegel Online	153.962	7.293

Stand: 9. Juni 2011

weiterzugeben – vom Stabsoffizier bis hinunter zum einfachen Gefreiten. Denn schließlich müssen vor allem die Letzteren genau wissen, weshalb und für wen sie im Einsatz stehen. Dieser Gedanke wurde 1999 vom damaligen Marinekorps-Kommandanten Charles Krulak mit dem Begriff »strategic corporal« zusammengefasst. Im sogenannten »Three-Block War« können verschiedene Einsatzszenarien einander hinter jedem Häuserblock abwechseln: Humanitäre Hilfe, Peacekeeping und konventioneller Kampfeinsatz finden in unmittelbarer Nähe statt. Auch die untersten militärischen Führer müssen in der Lage sein, in diesen komplexen Situationen die richtigen Entscheidungen zu treffen, denn ihr Handeln kann strategische Auswirkungen haben: Zivile Tote sind mehr als nur »Kollateralschäden«, wenn sie die öffentliche Meinung kippen lassen.

Den Einsatzzweck direkt von oben nach unten weitergeben

Richtig handeln können die militärischen Führer aber nur dann, wenn sie den Einsatzzweck und die Einsatzprinzipien verstanden haben. Und hier besitzen die neuen Medien ihre Stärke: Der Oberbefehlshaber kann mit allen seinen Soldaten in direkten Kontakt treten und ihnen das notwendige Vorgehen erläutern.

Diese Möglichkeiten nutzen vor allem hochrangige amerikanische Stabsoffiziere, wie Admiral Michael Mullen, Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, General George W. Casey Jr., bis April Heeres-Generalstabschef, oder der Supreme Allied Commander Europe, Admiral James G. Stavridis: Über *Facebook*, *Twitter* und *YouTube* kommunizieren sie mit einer wachsenden Fangemeinde – und fordern sie auf, ihre Botschaften über die gleichen sozialen Medien weiterzugeben.

Admiral Mullen nutzt vor allem den Kurznachrichtendienst *Twitter*. Knapp 50.000 Nutzer folgen ihm inzwischen, lesen seine regelmäßigen Nachrichten. Neben kurzen Statusmeldungen – die letzte Rede, die letzte Diskussion mit Veteranen, Berichte für den Kongress – hat Mullen *Twitter* auch genutzt, um seine Position zur »Don't ask, don't tell«-Regel zum Umgang mit Homosexuellen in den Streitkräften deutlich zu machen. Er sprach sich per *Twitter* für die Abschaffung der Regel aus und löste eine Welle an Weiterleitungen, »Re-tweets«, aus.

Heereschef Casey setzte auf die Videobörse *YouTube*. In seiner Videoreihe »Chief Cam« sprach er mit Heeressoldaten im Einsatz und in der Ausbildung. Casey setzte weniger auf Information, als auf moralhebende Aktionen: Er will seinen Soldaten zeigen, dass er bei ihnen ist, ihre Situation kennt. Im Vergleich zu seinen Kollegen sind die Zugriffszahlen eher gering. Zu altbacken wirken die Videos, zu undeutlich die Botschaft.

Der US-Oberbefehlshaber für Europa Stavridis setzt besonders stark auf *Facebook*. Auf seiner Facebook-Seite – über 6.000 Nutzer haben sie abonniert – versucht er unter anderem das Nato-

Oben: CJCS Mike Mullen auf *Twitter*.
Unten: SACEUR James Stavridis auf *Facebook*.

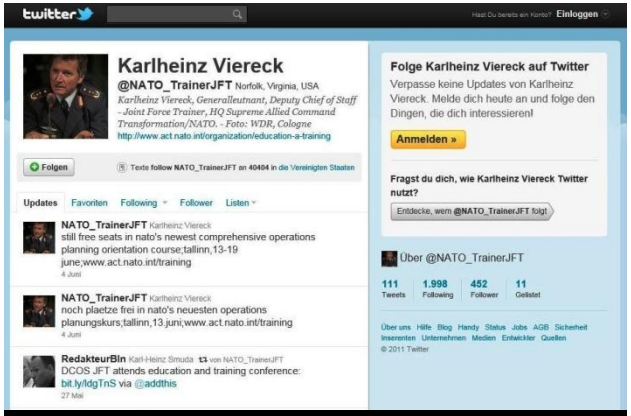
Quellen: http://twitter.com/#!/thejointstaff (Abruf 8. Juni 2011) und www.facebook.com/james.stavridis (Abruf 8. Juni 2011)

Konzept des »Comprehensive Approach« zu erläutern. Militärische Mittel reichten nicht aus, um alleine für Sicherheit und Stabilität zu sorgen; auch die Nato müsse mehr und besser mit anderen, zivilen Akteuren zusammenarbeiten. Für längere Botschaften nutzt Stavridis den separaten Blog *EUCOMversations*, wo er detailliert zu aktuellen Fragen Stellung nimmt. Lediglich an *Twitter* scheint Stavridis noch zu scheitern. Er hat zwar auch dort eine ansehnliche Gefolgschaft, wurde aber Ende 2010 vom sicherheitspolitischen Blog *Danger Room* des US-Technologie-Magazins *Wired* zum schlechtesten Twitterer der amerikanischen Streitkräfte gekürt. Zu banal, zu irrelevant seien seine Tweets.

Zu banal, zu irrelevant

In den amerikanischen Streitkräften hat insbesondere die ältere Generation – alle drei Kommandeure sind über 50 Jahre alt – den Nutzen der sozialen Netzwerke erkannt und sie in ihre Arbeit eingebunden. Auch wenn Mullen, Casey und Stavridis sich dabei nicht als vollkommene Medienprofis zeigen, gehen sie doch für die eigenen Untergebenen und auch für die Verbündeten mit gutem Beispiel voran. Denn in Europa haben die Streitkräfte zwar die Möglichkeiten der neuen Medien erkannt – die Bundeswehr hat beispielsweise einen YouTube-Kanal, einen Flickr-Fotostream und ein Facebook-Profil mit 24.000 Fans –, die Führungsebene wirkt aber deutlich verhaltener im Umgang mit dem Web 2.0. So überrascht dann nicht die Zahl der Fans von Generalinspekteur Volker Wieker bei *Facebook*: 26. Allerdings handelt es sich auch nicht um eine persönliche Seite des Generals, sondern wurde von den Autoren seines Wikipedia-eintrags erstellt.

Einen ersten Schritt machte allerdings Karlheinz Viereck, Deputy Chief of Staff Joint Force Training der Nato. Er nutzt seit Mitte April ein Twitter-Konto, um Termine anzukündigen und Bewertungen vorzunehmen. Doch für ihn ist der Einsatz dieses Mediums begrenzt: »*Twitter* eignet sich für Headlines, doch die weiterführenden Meldungen behält die Nato auf deren Webseite bereit.« Vom amerikanischen Enthusiasmus für den Nutzen der sozialen Netzwerke ist der Generalleutnant – wie seine Bundeswehrkameraden insgesamt – damit noch weit entfernt. <<



Deutsche Ausnahme:
Twitterer und Nato-General Karlheinz Viereck.

Quelle: http://twitter.com/#!/Nato_TrainerJFT (Abruf 8. Juni 2011)

Quellen und Links:

Social Media Hub des US-Verteidigungsministeriums

Meldung der *DefenseNews* vom 1. Juni 2011 zum chinesischen Facebook-Verbot für Soldaten

Blogger Sascha Stoltenow im *Bendler-Blog* vom 23. Mai 2011 über Bundeswehr und *Facebook*

Meldung der *AFP* vom 26. Februar 2011 über die Zugangserlaubnis für US-Soldaten für Social Media

Bericht der Online-Nachrichtenagentur *Globalpost* vom 16. Januar 2011

Blog *Danger Room* des US-Technologie-Magazins *Wired* vom 28. Dezember 2010 über die schlechtesten Twitterer im US-Militär

Zeit-Online vom 29. Juni 2010 über die Bundeswehr und Social Media

Studie »Military Facebook« der Kommunikationsagentur Janson Communications vom März 2010 mit Handlungsempfehlungen für das US-Militär

Bericht des *Christian Science Monitor* vom 20. Januar 2009

In der fünften Dimension

Wie sich die Hackergruppe »Anonymous« selbst sieht: Der Cyber-Widerstand, so wie sie ihn verstehen, der »Hacktivisten« manifestiert sich bisweilen in der realen Welt – mit auffälligen PR-Aktionen. Wie hier bereits am 16. März 2008 bei einer Demonstration gegen »Scientology«.

Foto: Jacob Davis / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 2.0 Generic

Neben Wasser, Land, Luft und Weltall ist der Cyberraum mittlerweile zum Austragungsort von Kriegen geworden. Virtuelle Gefechte finden hier inmitten privater und friedlicher Nutzer statt. Klare Fronten gibt es nicht mehr.

Kaum ein Tag vergeht ohne neue Meldungen über Datenklau, zerstörerische digitale Würmer, Hackerangriffe auf Banken, internationale Organisationen und Sicherheitsfirmen. Cybersicherheit, oder besser: Cyberunsicherheit, ist in aller Munde. Und das zu Recht, denn in der vernetzten Welt besitzt der virtuelle Raum enormes Potential – zum Guten und zum Schlechten.

Digital ausgelöster Schaden kann auch in der realen Welt gewaltsame Wirkung entfalten, ohne dass sich die Angreifer zeigen müssten. Die Herkunft des Stuxnet-Wurms etwa – er zerstörte vor allem Industrie- und Nuklearanlagen im Iran – kann nur vermutet werden, auch wenn viele Indizien auf zwei Staaten weisen. Im Gegensatz zum im Völkerrecht verankerten, »normalen«, Krieg tragen Hacker und deren Codes keine Uniform und keine Hoheitsabzeichen. Im Cyberraum tummeln sich Private, Regierungen, Unternehmen genauso wie Kriminelle oder Terroristen und staatliche Cyberkrieger.

Der Übergang ist fließend, wie die Gruppe der bekennenden Internetaktivisten »Anonymous« zeigt: Erst kürzlich legten sie die Website der spanischen Polizei lahm. Ihnen wird auch vorgeworfen, hinter dem großen Datendiebstahl bei Sony zu stecken. Der Name des Netzwerks ist exemplarisch: Wer der einzelne Hacker nun genau ist und wo er herkommt, lässt sich nicht sagen, er bleibt zumeist anonym. Das liegt neben technischen Tarnkünsten aber auch an fehlenden Rechtsgrundlagen für den virtuellen Kampfplatz.

Für den klassischen Krieg gibt es internationale Regeln, selbst der Krieg im Weltraum ist rechtlich normiert. Der Cyberraum hingegen nicht. Das beklagt auch US-Präsident Barack Obama – und fordert in seiner »International Strategy for the Cyberspace« zwischenstaatliche Kooperation, internationale Normen und darauf aufbauende technische Lösungen für die neuen Herausforderungen. Dazu – so die US-Strategie – muss Völkerrecht nicht komplett neu geschaffen werden. Oft greifen bereits auch existierende Regeln, sie müssten nur in den Cyberraum übertragen werden. »Portiert« würden Informatiker sagen.

Eine besondere Regel betont die US-Strategie ausdrücklich: das Recht der Staaten auf Selbstverteidigung, festgehalten unter anderem in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Ein Angriff aus dem Cyberraum wird von den USA wie ein konventioneller Angriff betrachtet. Und dagegen würden sie sich mit allen Mitteln wehren: diplomatisch, wirtschaftlich, rechtlich, politisch und eben militärisch. Ob das den Einsatz von Waffengewalt gegen Hacker bedeutet, wie die Internetzeitung *t3n* meint, ist eher ungewiss, denn es stellt sich das gleiche Problem wie bei terroristischen Angriffen: Gegen wen soll sich ein Gegenschlag richten, wenn der Angreifer unbekannt oder keinem Staat zuzuordnen ist?

Auch die deutsche Politik nimmt sich der Bedrohung aus dem Cyberraum an. Schon als Innenminister hatte Thomas de Maizière Netzsicherheit zum Chefthema gemacht. Am 23. Februar beschloss das Bundeskabinett die deutsche Cyber-Sicherheitsstrategie, um kritische Infrastrukturen und IT-Systeme zu schützen, einen Cyber-Sicherheitsrat einzusetzen und ein Cyber-Abwehrzentrum zu gründen. Diese Politik setzt auch de Maizières Amtsnachfolger Hans-Peter Friedrich fort: »Es ist nur eine Frage der Zeit, bis kriminelle Banden oder Terroristen virtuelle Bomben zur Verfügung haben«, so Friedrich Ende Mai. Im Juni stellte er das »Nationale Cyber-Abwehrzentrum« in Bonn in Dienst.

Neben dem Schutz von Netzen und Rechnern geht es auch um den Schutz persönlicher Daten. Denn nicht nur der Bundesdatenschutzbeauftragte sieht den Datenschutz bei digitalen Sicherheitsmaßnahmen in Gefahr. Nutzerdaten können durch Datenklau bei großen Firmen – wie jüngst beim Spieleanbieter Sony –, durch Auslesen aus privaten Computern genauso gewonnen werden, wie aus den sozialen Netzwerken, in die viele Nutzer persönliche, gar intime Daten freiwillig einstellen. So verwundert es dann auch nicht, dass der Facebook-Gründer Marc Zuckerberg beim G8-Gipfel ein Gespräch mit dem französischen Gastgeber Präsident Nicolas Sarkozy hatte – für so bedeutend wird sein erfolgreiches soziales Netzwerk gehalten. Ähnlich groß sind vermutlich die Missbrauchsgefahren.

Sarkozy und Zuckerberg auf Augenhöhe

Aufgrund dieser Herausforderungen und Zielkonflikte muss Cybersicherheitspolitik in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dazu will der *ADLAS* mit einer Reihe zum Thema beitragen, die das Feld Cybersicherheit aus den verschiedensten Perspektiven beleuchtet. Damit leistet der *ADLAS* seinen Beitrag zur Arbeit des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen, der das Thema 2011 als Schwerpunktthema mit Seminaren und einem Sammelband der Reihe Wissenschaft und Sicherheit angeht.

Michael Seibold

GLOBALE VERNETZUNG

Die Mausfalle

von Hartmut Hinkens

Soldaten der US Air Force halten Anti-Virus-Software im Luftwaffenstützpunkt Barksdale, Louisiana auf dem Laufenden.

Foto: US Air Force / Cecilio Ricardo

Die staatliche Nutzung digitaler Waffen nimmt zu – der Krieg per Mausklick. Der Cyberspace wird mittlerweile als eigenständiger militärischer Operationsbereich verstanden. In ihm sind moderne vernetzte Gesellschaften besonders verwundbar. Denn aufgrund der komplexen Strukturen des virtuellen Raumes bieten weder herkömmliche IT-Sicherheitsmaßnahmen noch rechtliche Regulierungen Schutz. Dementsprechend hoch ist der Anreiz, eigene Cyberkriegsfähigkeiten zu entwickeln und einzusetzen. Die Vernetzung ist zum riesigen Dilemma geworden.

>> »Krieg wird heute mit Software geführt wie mit Panzern und Flugzeugen«, erklärt Hauptmann Christian Czosseck, Wissenschaftler am Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence (CCDCOE) der Nato in Estlands Hauptstadt Tallinn. Das CCDCOE hat die Aufgabe, Cybergefahren zu analysieren, Cybersicherheit weiterzuentwickeln und den Diskurs darüber in der Nato voranzubringen. Die Nato gründete das Zentrum als Reaktion auf die 2007 massiv aufgetretenen Cyberangriffe auf Webseiten des estnischen Parlaments, diverser Medienanstalten und des Finanzsektors. Auslöser hierfür war ein Streit um das sowjetische Soldatendenkmal in Tallinn. Die eingesetzten digitalen »Waffen« waren sogenannte Distributed Denial of Service Attacken (DDOS). Nur ein Jahr später, während des Georgienkonflikts 2008, kam es erneut zu gravierenden DDOS-Attacken. Neben Webseiten war vor allem Georgiens Kommunikationsinfrastruktur betroffen. Interessanterweise fanden diese Aktionen zeitgleich mit den Operationen regulärer russischer Streitkräfte statt.

Obwohl Russland im Verdacht steht, für diese Cyberangriffe verantwortlich zu sein, ist eine Aufklärung der Vorfälle nicht gelungen. So bleibt offen, ob patriotische »Hacktivisten« oder doch der russische Staat federführend waren. Solche Verschleierungsmetoden sind charakteristisch für Cyberangriffe. Durch sie bleiben die Identität der Angreifer sowie deren Motive verborgen im Dickicht des Datendschungels. Das gilt gleichermaßen für Kriminalität, Spionage, Terrorismus oder sogar Kriegführung.

Im Vergleich zu den simplen DDOS-Angriffen bietet die Entdeckung des Computervirus Stuxnet einen Vorgeschmack auf die Zukunft staatlicher Cyberangriffe. IT-Sicherheitsspezialisten vermuten, dass sich das Programm gegen die Installationen iranischer Nuklearanlagen richtete. Andere, wie der IT-Sicherheitsforscher Sandro Gaycken, sind der Auffassung, dass es sich bei

Stuxnet um einen Probelauf handeln könnte, um zu testen, abzuschrecken und Sicherheitsstrukturen auszuloten. Dafür spricht, dass das Virus breitgestreut auch in Industrieanlagen anderer Länder aufgetreten ist. Ein Nachrichtendienst würde einen gezielten Angriff auf iranische Atomanlagen vermutlich nicht so breit streuen, um Aufmerksamkeit zu vermeiden.

Experten sind sich einig, dass die Komplexität von Stuxnet und der Kostenaufwand auf einen Staat als Urheber hindeuten. Für den Einsatz des Programms zu Sabotagezwecken spricht, dass es nur bestimmte Systeme zur Steuerung und Überwachung von Industrieanlagen angreift. Voraussetzung für einen solchen Sabotageakt ist ein detailliertes Wissen über die technischen Einzelheiten der Steuerungselemente und ein entsprechender Testaufbau. Nach Angaben der *New York Times* haben amerikanische und israelische Behörden genau solch einen Testlauf in der israelischen Nuklearanlage von Dimona durchgeführt.

Steht Amerika am Rande eines »Cybergeddon«?

Angreifer sind im Cyberspace immer im Vorteil. Dadurch wird selbst die Supermacht USA verwundbar. Täglich werden die amerikanischen Regierungsnetze unzählige Male auf die Probe gestellt. Allein zwischen Oktober 2008 bis April 2009 gab das Pentagon 100 Millionen US-Dollar zur Beseitigung der Schäden von Cyberattacken und Systemfehlern aus. Der bisher schwerwiegendste Einbruch ereignete sich 2008 und erhielt den Namen »Operation Buckshot Yankee«. Über einen infizierten USB-Stick gelang ein Computerwurm in die Netze des US-Militärs. Auf diese Weise wurden über Monate hinweg unbemerkt hochgeheime Informationen entwendet. Als Reaktion hierauf richtete Amerika 2010 das United States Cyber Command ein.

Mit zunehmender Vernetzung erhöht sich die eigene Verletzlichkeit. Während die USA Millionen Dollar für den Netzschutz ausgeben, reicht ein handelsüblicher USB-Stick aus, um enormen Schaden anzurichten. Cyberangriffe sind relativ kostengünstig und daher gerade für Regierungen mit geringen Ressourcen reizvoll. Ein Hacker kann beliebig oft Angriffsversuche starten. Der Vorteil ist auf seiner Seite. Ist auch nur ein einziger dieser Über-

Digitale Waffen

- **Würmer** verbreiten sich selbstständig über andere Systeme.
- **Logische Bomben** werden unter bestimmten Bedingungen aktiv und zerstören Dateien.
- **Backdoors** erlauben die Fernsteuerung von Rechnern, Manipulation und Spionage.
- **Viren, Würmer, Trojaner** lassen sich direkt gegen bestimme Ziele oder indirekt gegen mehrere Ziele einsetzen.
- **Kombinationen** sind möglich.
- Mit **DDOS-Attacken** (Distributed Denial of Service) werden Systeme solange mit Anfragen bombardiert, bis diese wegen Überlastung zusammenbrechen. Hervorgerufen wird diese Datenflut durch Schattennetzwerke, sogenannte Botnets, die tausende Computer umfassen können. Viele Rechner, die mit dem Internet verbunden sind, besitzen nur unzureichenden Schutz vor Schadprogrammen. Dadurch erhöht sich das Risiko, unwissentlich manipulierte Software herunterzuladen. Mit dieser kann ein Botmaster Rechner unbemerkt steuern und für illegale Zwecke missbrauchen.

griffe erfolgreich, vermag er das System des Gegners lahmzulegen. Der Verteidiger hingegen muss Unsummen investieren und erreicht damit nur ein relatives Sicherheitsniveau. Denn gängige Maßnahmen zur IT-Sicherheit wie Updates und Firewalls lassen sich durch Fehler im Programmiercode gebräuchlicher Software umgehen. Jedes Programm besitzt eine Vielzahl an Schwachstellen, die aufgrund des Zeitdrucks in der Softwareproduktion entstehen. Computer und Netzwerke als Pfeiler der Kommunikation sind dadurch besonders gefährdet.

Die amerikanischen Streitkräfte sowie andere westliche Armeen setzen zum Beispiel auf »Network Centric Warfare«. Gemeint ist die Vernetzung aller Führungs-, Informations- und Überwachungssysteme zur exakten Lagebeurteilung. Diese Vernetzung erlaubt es, in Echtzeit Informationen zu sammeln und somit Entscheidungs- und Führungsprozesse zu beschleunigen. Eine Beeinträchtigung dieser Kommunikationsfähigkeiten würde die Schlagkraft der USA erheblich verringern. Militärische Kommunikationssysteme sind damit ein attraktives Ziel für Cyberattacken. General Keith B. Alexander, Chef des United States Cyber Command, sieht die USA für einen Cyber-Krieg nicht ausreichend gewappnet. So warnt er, die Cyber-Abwehr Amerikas sei derzeitig »sehr dünn«.

Neben Schlägen gegen militärische Einrichtungen ist aber auch die kritische Infrastruktur eines Landes gefährdet, beispielsweise die Strom- und Wasserversorgung, Flugsicherheitssysteme sowie die Kommunikationsinfrastruktur. US-Sicherheitsexperte Richard A. Clarke, ehemaliges Mitglied des US National Security Council sieht die USA sogar am Rande eines »Cybergeddon«, einem Szenario, bei dem Hacker Flugzeuge zum Absturz, Kraftwerke zur Explosion und die zivilisierte Welt an den Rand des Abgrunds bringen. Viele Experten halten das allerdings für wenig realistisch.

Laut dem chinesischen General, Militärstrategen und Philosophen Sun Tzu ist die beste Form der Kriegführung, den Gegner zu besiegen, ohne sich mit ihm im Kampf messen zu müssen. Mehr denn je lässt sich dieser Grundsatz auf das digitale Zeitalter übertragen; denn dem Gegner kann, ungeachtet von Raum und Zeit, durch elektronische Signale Schaden zugefügt werden. Damit werden entscheidende Friktionsfaktoren militärischer Operationen überwunden. Militärisches Handeln im Krieg ist immer ein Akt der Gewalt, um dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen. Im Cyberspace geschieht dies jedoch durch die Beeinträchtigung von Informationen und Datensätzen. Dabei handelt es sich um eine indirekte Form der Gewaltanwendung, denn wie der Fall Stuxnet zeigt, hat die Manipulation von Informationen Auswirkungen auf unsere technisierte Welt.

Wie lässt sich der Gebrauch von Cyberwaffen regulieren? Militärische Abschreckung ist nicht auf den Cyberspace übertragbar. Diese funktioniert nur, wenn der Angriff und der Gegner frühzeitig erkannt werden. Langwierige und beschränkte forensische Identifizierungsmöglichkeiten hebeln dieses Prinzip aus.

Auch aus rechtlicher Sicht sind Cyberattacken problematisch. Denn es ist und bleibt unklar, wann so eine Attacke als bewaffneter Angriff im Sinne der UN-Charta gilt. Bisher gibt es Konsens nur darüber, dass ein kriegerischer Akt vorliegt, wenn ein Cyberangriff wie bei konventionellen Waffen physische Zerstörungen zur Folge hat. Ungeklärt bleibt, ob schon das Eindringen in ein fremdes Computernetzwerk als militärischer Angriff zu werten ist. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus dem Versuch, die Auswirkungen von digitalen Schadprogrammen mit denen von konventionellen Waffen zu vergleichen. Die Wirkungsweisen sind zu unterschiedlich, als dass sich daraus rechtlich verbindliche Grundsätze ableiten ließen. Cyberangriffe vernichten Daten oder unterbrechen Informationswege, während Waffen Schäden an Personen oder Objekten anrichten.

Digitale Angreifer lassen sich kaum identifizieren.

Selbst wenn sich ein Staat als Angreifer ermitteln lässt, stellt sich weiterhin die Frage, ab welchem Schweregrad der Gebrauch des Selbstverteidigungsrechts gemäß Artikel 51 der UN-Charta gerechtfertigt wäre. Dürfte nur im Cyberspace reagiert werden oder könnten auch konventionelle Mittel eingesetzt werden? Diese rechtlichen Fragen lassen unverhältnismäßige Reaktionen und eine Eskalationsspirale befürchten. Ferner werden Datenspuren zwar bis zu einem gewissen Grad zurückverfolgt, aber durch Manipulationen könnten falsche Fährten gelegt werden. Daher besteht bei einem Gegenschlag immer die Gefahr, die Infrastruktur Unbeteiligter zu schädigen. >>

Ein transparenter und verantwortungsbewusster Umgang mit Cyberwaffen ist notwendig, aber wenig realistisch. Russland empfahl die Einrichtung eines Rüstungskontrollregimes, allerdings sind die Effektivität und der Nutzen einer solchen Selbstbeschränkung fraglich. Kritisch ist dabei vor allem ihr Dual-Use-Charakter. Technik und Programme, die für zivile Zwecke vorgesehen sind, können auch militärisch genutzt werden. Die technischen Facetten der Proliferation sind zu komplex und vielfältig, um kontrollierbar zu sein. Virtuelle Daten lassen sich mit wenigen Mausklicks vervielfältigen, versenden und von einem beliebigen Ort herunterladen. Jeder Datenträger kann als Trägersystem für einen »digitalen Sprengsatz« verwendet werden. Die Verifikationsmethoden des Kalten Krieges – Satelliten, Inspektionen – sind dieser Vielschichtigkeit nicht gewachsen.

Cyberwar ist asymmetrisch und nicht regulierbar.

Aufgrund ihrer Komplexität sind Cyberwaffen effizient und multifunktional. Sie eignen sich sowohl zu Spionage oder Sabotage, als auch zur direkten Unterstützung militärischer Operationen. Der Angreifer ist immer im Vorteil. Er ist zudem nur schwer aufzuspüren und agiert aus sicherer Entfernung. IT-Sicherheitsvorkehrungen können das Risiko zwar begrenzen, aber ein staatlich geführter Cyberangriff ist nur schwer abzuwehren. Besorgniserregend ist vor allem, dass niemand genau weiß, welche Cyberwar-Fähigkeiten überhaupt vorhanden sind. Stuxnet lässt nur erahnen, welches Potenzial diese Bedrohung für die Zukunft birgt. Durch eine verbesserte Forensik ließe sich eine glaubwürdige Abschreckung erreichen und damit die Attraktivität von Cyberwaffen reduzieren. Allerdings wird dies durch großen Zeitaufwand, das bewusste Manipulieren und Verfälschen von Spuren verhindert. Ferner bleibt zu klären, ob Cyberangriffe auf Informationen aus völkerrechtlicher Perspektive als kriegerischer Akt zu werten sind. Auch die Idee eines Rüstungskontrollabkommens ist nicht wirksam und besitzt lediglich symbolischen Wert.

Die Vernetzung ist Fluch und Segen zugleich. Staaten könnten das Bedrohungspotenzial durch den Rückbau interner Netzwerke minimieren, jedoch ist die Informationstechnologie so stark mit unserem alltäglichen Leben verwoben, dass eine Kehrtwende der Informationsrevolution unmöglich erscheint. De facto ist zum jetzigen Zeitpunkt eine Lösungsmöglichkeit für dieses Dilemma noch nicht in Sicht. <<

Hartmut Hinkens *studiert im Masterstudiengang Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhems-Universität Münster.*

Quellen und Links:

Website des »Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence« der Nato

Themenseite »Cyber Security« des US-Verteidigungsministeriums

Bericht der *New York Times* vom 15. Januar 2011 über Israels digitale Angriffe gegen Irans Nuklearprogramm

Sandro Gaycken: »Krieg der Rechner« in der *Internationalen Politik* vom März 2011 über die Abwehr militärischer Cyberangriffe

SOFTWARE-LÖSUNGEN

Das Anti-Revolutions-paket

Arabische Staaten bauten Breitbandinternet und Zensursysteme gleichzeitig aus. In Ägypten war die Revolution stärker als staatliche IT-Gegenmaßnahmen.

Foto: Jonathan Rashad / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution 3.0 Unported

von Nils Metzger

Schon lange vor dem Ausbruch der Unruhen von Marokko bis Iran versuchten Behörden, präventiv wie reaktiv die digitale Kommunikation ihrer Bürger zu steuern. Nicht immer mit Erfolg, wie sich herausgestellt hat. Aber das Bedürfnis nach Regulation und Sicherheit ist ein Geschäft, an dem viele Unternehmen gut verdienen. Bei vermutlich noch steigender Nachfrage seitens des verbleibenden autoritären Regime der Region und anderer.

>> Es ist ein Wettrüsten mit ungleichen Mitteln: Während sich die Oppositionsbewegungen in Nordafrika während der vergangenen Monate maßgeblich via *Facebook* und Blogs organisierten, stieg das Interesse arabischer Regierungen an Soft- und Hardwarelösungen, um diese digitalen Versammlungen zu unterbinden. Aber auch unpolitische Nutzer können aus Sicht der Behörden eine Gefahr darstellen. Im Kern verfolgen sie dabei den gleichen, seitdem zigfach wiederholten Grundsatz, den Jürgen Rüttgers 1996 in der *Frankfurter Rundschau* prägte: »Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein«. Das heißt, schließen geltende Gesetze Auflagen für die freie Meinungsäußerung oder ein Pornographie- und Glücksspielverbot mit ein, so muss dies auch im Internet durchgesetzt werden.

Dabei existieren auf dem Markt unterschiedliche Produkte, die einerseits ein mittel- bis langfristiges Monitoring des Internets ermöglichen, andererseits aber auch chirurgisch präzise Programme zur gezielten Entfernung einzelner Inhalte. Ersteres schließt eine Vielzahl von Technologien mit ein und wird unter dem Fachbegriff »lawful interception – rechtmäßige Unterbindung« (LI) zusammengefasst. Darunter können sowohl eine gezielte Reduzierung der Bandbreite – wie sie im Iran betrieben wird um Videostreaming zu unterbinden – als auch umfassende Filterlisten fallen, wie sie in den meisten arabischen Staaten existieren. Die internationale Bürgerrechtsorganisation »OpenNet Initiative« begrüßt zwar beispielsweise Regierungsprogramme Jordaniens, Ägyptens und der Vereinigten Arabischen Emirate zur flächendeckenden Verbreitung von Hochgeschwindigkeitsanschlüssen, beklagt aber zugleich die umfassenden Zensurmaßnahmen in der gesamten Region. Bislang verfügten lediglich die VAE und Saudi-Arabien über ein dediziertes Internet-Gesetz, was die mangelhafte Rechtssicherheit bei Netzaktivitäten in den übrigen Staaten weiter verschärfe.

Eine Software, die laut Medienberichten in vielen Staaten, darunter auch Iran und Saudi-Arabien, ihren Einsatz findet, ist »SmartFilter« der amerika-

nischen Firma McAfee. Internetanbieter wie auch private Netzwerkbetreiber können hiermit, durch die Zwischenschaltung einer Firewall oder eines Servers, gezielt Inhalte sperren. Ob es sich dabei um Schadprogramme oder politische Inhalte handelt, kann der Administrator ohne großen Aufwand selbst festlegen, wie Isabell Unseld, PR-Mitarbeiterin von McAfee betont. »Es ist ein zweischneidiges Schwert, an autoritäre Staaten zu liefern. Trotzdem sind wir nicht dafür verantwortlich, wie unsere Software eingesetzt wird«, so Unseld. Der Iran verwende die SmartFilter-Technologie ohne Zustimmung des Konzerns – die Lizenz habe man widerrufen. Bereits 2001 verlieh der Chaos Computer Club dem SmartFilter-Entwickler Siemens einen Preis für seine Verdienste um die Internetzensur weltweit.

Eine weitere, aufwandsintensivere Methode zur Sperrung von Peer-to-Peer-Datentransfer oder Voice-over-IP-Anwendungen wie Skype ist die sogenannte Deep Packet Inspection (DPI), wobei jedes einzelne gesendete Datenpaket erfasst wird. Während in Staaten wie Ägypten und Tunesien die Sperrung von Internetseiten oder Kommunikationsdiensten mit Hilfe von Proxy-, Tor-Servern oder Virtual Private Networks relativ einfach umgangen werden kann, ist die Überwachung in Saudi-Arabien, Syrien, den VAE oder Iran oft engmaschiger. Einer der wenigen Hersteller von DPI-Technologie für Breitbandanschlüsse ist das Leipziger Unternehmen ipoque. Zu seinen Kunden zählen die Sachsen laut eigenen Angaben »einen der größten Internetprovider des Nahen Ostens« und auch auf der Messe ISS World MEA 2011 in Dubai, dem größten Treffen arabischer Sicherheitsbehörden und IT-Sicherheitsfirmen, hielten ipoque-Mitarbeiter Vorträge über LI und »Proxy Wars«.

Als positive Ausnahme gilt ausgerechnet Saudi-Arabien.

Mit Utimaco aus Aachen liefert ein weiteres deutsches Unternehmen LI-Technik zur »Überwachung aller gängigen Kommunikationsformen« in die Region. Wie viele seiner Konkurrenten greift Utimaco auf die Expertise lokaler Vertriebspartner zurück, nach eigenen Angaben in Ägypten und Saudi-Arabien. Ihr Monitoringsystem »LIMS« ist in der Lage, das Verhalten mehrerer Millionen User gleichzeitig zu erfassen.

Ein umfassendes Bild der in verschiedenen arabischen Staaten eingesetzten Technik zu zeichnen, ist praktisch unmöglich, wie der *ORF*-Journalist und IT-Experte Erich Möchel betont: »Kein Staat lässt sich nur von einem Hersteller beliefern. Gleichzeitig ist absolute Verschwiegenheit in den meisten Fällen Vertragsbedingung.« Dass sich in den vergangenen Jahren zahlreiche Normierungen in der Netzwerktechnik durchgesetzt haben, erleichtere zudem den Einsatz vieler verschiedener Technologien.

Für Möchel steht es außer Frage, dass jede Ausfuhr von IT-Sicherheitstechnologie aus Deutschland von Seiten der Behörden abgenickt wurde. »Der BND ist am Export deutscher Technologie interessiert, da man über diese Implementierungen Informationen aus den Behörden vor Ort abgreifen kann. Jahrelang konnten die Deutschen den Amerikanern ihre über angezapfte Siemens-Rechner gewonnenen Erkenntnisse aus dem Iran anbieten.« Insbesondere der Iran habe in den vergangenen Jahren jedoch eine eigene IT-Security-Expertise aufgebaut und sei heute nicht mehr auf »Entwicklungshilfe« aus dem Ausland angewiesen.

Ein IT-Sicherheitsberater aus dem Umfeld der Bundeswehr bestätigt diese These: »Viele Staaten sind inzwischen von Windows- auf Linux-Systeme umgestiegen, da die Spionagegefahr über eine Hintertür im Programmcode verringert wird.« Trotzdem bestünden enge Beziehungen zwischen den Sicherheitsbehörden: »Manche Bestellung wird direkt in Pullach in Auftrag gegeben.« Besonders zum syrischen Geheimdienst bestünden hervorragende Beziehungen, sagt er, ohne weiter ins Detail zu gehen. Aber auch die DARPA, die milliardenschwere Militärforschungsbehörde der USA, sei über eine Reihe von Partnerunternehmen in der Region aktiv. Eine Anfrage beim zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), in welchem Umfang deutsche Unternehmen IT-Sicherheitstechnologie exportieren, wurde nicht beantwortet.

Auf großes Interesse seitens arabischer Sicherheitsbehörden stößt eine in Deutschland als »Bundestrojaner« bekannte Spähsoftware. Dabei wird auf einem Computer ohne Wissen des Besitzers ein Programm installiert, das Funktionen des Geräts steuern und Daten abrufen kann. Schon in einer Präsentation des hessischen Softwareentwicklers DigiTask auf der ISS World

MEA 2008 warb das Unternehmen damit, etwa E-Mail-Konten knacken wie auch Skype-Gespräche mitschneiden zu können. Trainingsseminare zum effektiven Einsatz der Software befinden sich ebenfalls im Portfolio von DigiTask. Der italienische Hersteller HackingTeam, der sich auch auf reinen Militärmessen präsentiert, bietet seine Trojaner auch für Mobilgeräte an.

Schnell könnten die »Bausätze« zur massenhaften Programmierung solcher Schadprogramme mehrere Millionen US-Dollar kosten, erzählt ein Brancheninsider. Generell würden arabische Regierungen Unsummen für solche Entwicklungen zahlen, so seine Erfahrung. DigiTask sei dabei der wichtigste deutsche Entwickler von Trojanern auf dem internationalen Markt. »Mit Sicherheit finden ihre Entwicklungen auch bei den aktuellen Unruhen ihren Einsatz«, bekräftigt er.

Am Rande der CeBIT 2011 berichtet der CEO eines mittelständischen IT-Security-Unternehmens von nächtlichen Anrufen eines Behördenmitarbeiters aus einem der Golfstaaten: Man möge doch bitte den aufrührerischen Beitrag eines Bloggers aus dem Netz nehmen. Zwar hätte dies nicht im Rahmen seiner Möglichkeiten gelegen, jedoch verrate dieser offene Umgang mit Zensur viel über das Selbstverständnis mancher arabischer Staaten, so der Geschäftsmann. »In vielen Staaten ist es nicht mehr eine Frage der technischen Möglichkeiten, ob ein Inhalt im Netz bleibt, sondern nur noch eine Frage der Policy«, fügt er hinzu.

An der Erfassung mobiler Kommunikationsdaten sind zwei britische Unternehmen führend beteiligt: Während Creativity Software Saudi-Arabien die Erfassung von Handy-Geodaten ermöglicht, sind von Intercai die Lieferung von LI-Lösungen an die Aufsichtsbehörden Kuwaits und abermals Saudi-Arabiens bekannt. Während auch deutsches Recht Sicherheitsbehörden unter bestimmten Bedingungen Zugriff auf diese Art von Daten erlaubt, ermöglicht diese Technologie jedoch Polizeikräften in Staaten wie Syrien und Bahrain ein effektiveres Vorgehen gegen Oppositionelle, die beispielsweise über Handyortung eindeutig identifiziert und lokalisiert werden können.

Ist der Volksaufstand aber erst einmal ausgebrochen, greifen andere Mittel. Oftmals sind Regierungsstellen in diesen Situationen weniger hochtechnisierten Angriffen ausgesetzt, als vielmehr der schieren Masse missliebiger Bürger, Hacker und ausländischer Regierungen, die über Distributed Denial of Service-Attacken (DDOS) und Massenmails Internetseiten und Kommunikation ganzer Ministerien lahmzulegen versuchen – die Angriffe verschiedener »Anonymous«-Gruppen auf den Internetauftritt des Innenministeriums während der ägyptischen Revolution sind hier beispielhaft.

Sowohl deutsche Botschaften als auch Ministerien diverser arabischer Staaten sichern sich dabei mit Technik des Essener Unternehmens secunet ab. Die Netzwerkverschlüsseler der Produktreihe »SINA« erlauben den Datentransfer bis hin zu den Verschlussstufen »streng geheim« und »Nato Secret«. secunet-Pressechef Kay Rathke schätzt das Exportgeschäft in den Nahen Osten als »sehr wichtig« ein. »Vertragsabschlüsse dauern relativ lange – es ist essenziell, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Dafür ist der Bedarf ausgesprochen hoch«, so Rathke. Mehr als 95 Prozent der Kunden von Verschlüsselungstechnologie kämen aus dem öffentlichen Sektor, insbesondere aus Staaten, die über keine eigene Krypto-Industrie verfügten.

»Wir sind nicht dafür verantwortlich, wie unsere Software eingesetzt wird.«

Der saarländische secunet-Konkurrent Sirrix legt den Finger in die Wunde insbesondere amerikanischer Auslandsvertretungen – viel zu oft gelangten in den vergangenen Monaten sensible Informationen in die internationale Presse. Sirrix-CEO Ammar Alkassar sagt mit Blick darauf ganz klar: »Mit unserer Hardware hätten die WikiLeaks-Skandale nicht stattfinden können. Sobald eine Datei angelegt wird, legen unsere Server einen Schutzschild darum.« Ohne Autorisierung hätten keine Dokumente beispielsweise auf USB-Sticks übertragen werden können, so Alkassar.

Ist der GAU erst einmal eingetreten, wird beispielsweise eine Botschaft geräumt, so könnten secunet-Systeme in einen Ruhezustand versetzt werden, beschreibt Pressesprecher Rathke. Die gespeicherten Daten seien so abgesichert, dass auch im Falle der Stürmung der Botschaft keine sensiblen Informationen ausgelesen werden können. Diese Technik ist dabei in allen deutschen Vertretungen weltweit im Einsatz. >>

Das Verhalten von Millionen Usern zugleich erfassen

Ob sich die aktuelle politische Lage positiv oder negativ auf das Geschäft auswirke, kann Rathke nicht bestätigen, obwohl secunet unter anderem in Syrien, Ägypten und mehreren arabischen Golf-Staaten tätig ist. Der Vorwurf, man helfe despotischen Regimen, der Bevölkerung Informationen vorzuenthalten, mag er nicht gelten lassen: »Wir sind harmlos. Wenn ein Staat seine Behördenkommunikation absichert, so ist das ein legitimer Vorgang.« Und er ergänzt: »Was abgesichert werden soll, ist eine rein politische Entscheidung.« Nahezu prophetisch erwies sich die These, wonach »durch die neue Offenheit der arabischen Welt, vor allem gefördert durch das Internet, ein erhöhtes Schutzbedürfnis besteht«. So abgedruckt in der Ausgabe 01/2011 des Firmenmagazins *secuview*. <<

Nils Metzger *studiert Islamwissenschaften an der Freien Universität Berlin.*

Quellen und Links:

Firmenblog des russischen Security-Softwareherstellers Kaspersky Lab

Website des weltweit tätigen IT-Security-Konferenzveranstalters Black Hat Briefings

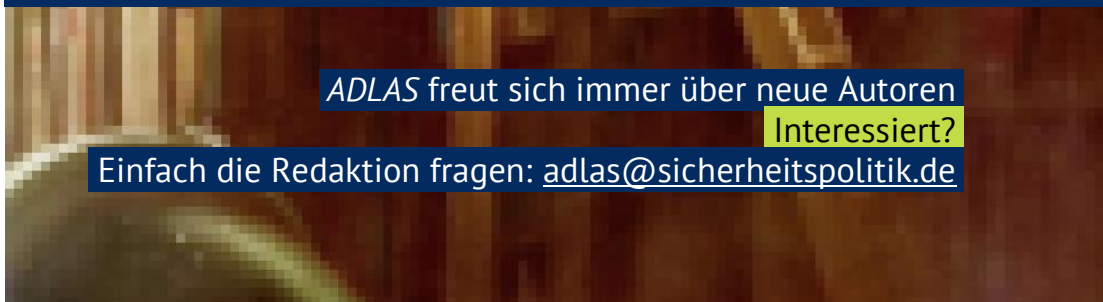
Bericht des *ORF* vom 25. März 2011 über den Export deutscher Überwachungstechnik

ANZEIGE

Damit das Studium nicht in der Studierstube bleibt.

BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik



NOTIZ / IT-SICHEREIT

Schritt ins Neuland

Deutschlands »Nationales Cyber-Abwehrzentrum« soll mit zunächst nur zehn Mitarbeitern Kompetenzen verschiedener Behörden zusammenführen.

Foto: BMI / Schaaf

Das »Nationale Cyber-Abwehrzentrum« des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), das bereits Anfang April seine Arbeit aufgenommen hatte, wurde am 16. Juni offiziell von Innenminister Hans-Peter Friedrich eröffnet. Mit der Einweihung hat das BSI zeitgleich den Bericht »Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2011« vorgelegt, der auflistet, welche Gefahren aktuell im Netz lauern: Schwachstellen in Software, manipulierte Internetseiten, »Zombie-Armeen« aus ferngesteuerten Rechnern, Identitätsdiebstahl und Angriffe gegen mobile Endgeräte.

Bereits 2008 hatte Politologe Gregor Walter in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik mehr Vernetzung der verschiedenen Behörden gefordert und empfohlen, »das BSI in seinen Kompetenzen zu stärken und seine Kooperation mit der Wirtschaft und mit internationalen Partnern auszubauen.« Eigene direkte Drähte zu ausländischen Behörden unterhalte das neue Zentrum jedoch nicht, erklärte das BSI auf *ADLAS*-Nachfrage.

In der Koordinierungsstelle, die gesammelte Daten mit betroffenen Behörden, Instituten und Firmen austauscht, arbeiten zehn feste Mitarbeiter des BSI, des Verfassungsschutzes sowie vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, dazu wirken Bundespolizei, BKA, BND, Bundeswehr und Zollkriminalamt mit.

Die Sicherheit, die hier vermittelt werden soll, könnte jedoch trügen. »Das Zentrum kann leider nicht so viel leisten, zumindest nicht das, was sein Titel verspricht, nämlich eine Abwehr«, meint der renommierte Technik- und Sicherheitsforscher Sandro Gaycken. Zwar sei die jetzt vorgenommene Vernetzung »sicherlich lobenswert«, aber wirklichen Schutz gebe es nicht. Den könne nur die Abkehr von kommerzieller Software und Investition in staatliche Betriebssysteme gewährleisten. **sts**

Neuer Untermieter: Im Bonner Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, eine Behörde mit rund 500 Mitarbeitern, sind die Kollegen des »NCAZ« untergebracht.

Quellen und Links:

Interview mit Sandro Gaycken im *Deutschlandfunk* am 16. Juni 2011

Pressemitteilung des BMI vom 16. Juni 2011

Lagebericht des BSI vom Mai 2011 zur IT-Sicherheit

SWP-Studie »Internetkriminalität. Eine Schattenseite der Globalisierung« vom Juni 2008

STUXNET

Vom virtuellen Kriege

von Sascha Knöpfel

Der Preuße und der Computerwurm: Was würde Clausewitz sagen?

Bedeutet »Stuxnet« Krieg? Sowohl eine geeignete Definition, was einen Kriegsakt im Cyberspace ausmacht, als auch stichhaltige Beweise scheinen zu fehlen. Nimmt man allerdings Clausewitz' Charakterisierung von Kriegshandlungen als Fundament und zieht die relevanten Indizien zusammen, ergibt sich ein deutliches Bild: Die Verwendung des bösartigen Computerwurms erfüllt alle Merkmale einer kriegerischen Handlung.

>> Stuxnet, ein komplexer und ausgefeilter Computerwurm, zieht seit Mitte 2010 die Aufmerksamkeit von IT-Spezialisten, Sicherheitsexperten und Staatsmännern gleichermaßen auf sich. Der Begriff »Krieg« wird dabei häufig in der internationalen Debatte über Sinn und Unsinn des Programms verwendet. Die Bezeichnung des Stuxnet-Angriffs als kriegerischer Akt bleibt aber zumeist vage und oberflächlich. Dabei scheint allzu oft vergessen, was die vor kurzem erschienene amerikanische »International Strategy for Cyberspace« deutlich ausspricht: Ob physischer Angriff oder Cyberattacke, Opfer eines Kriegsaktes haben das Recht auf Selbstverteidigung, wenn nötig mit militärischen Mitteln. Fragen, welche das Potenzial haben, über Krieg und Frieden zu entscheiden, sind daher: War die Verwendung von Stuxnet wirklich eine Kriegshandlung? Haben die USA und Israel wirklich, wie in der Debatte vielfach angedeutet, das iranische Atomprogramm angegriffen?

Um zu einer vernünftigen Antwort zu gelangen, müssen zwei Schritte gegangen werden. Einerseits muss geklärt werden, was überhaupt in dem von Stuxnet verwendetem Bereich des Cyberspace als kriegerischer Akt gelten kann. Der Cyberspace ist dabei als virtueller Bereich zu verstehen, der durch die Verwendung von Computernetzwerken geschaffen wird. Andererseits muss genau überprüft werden, inwieweit der Angriff mit Stuxnet die Kriterien einer Kriegshandlung erfüllt. Zu beachten ist dabei, dass aufgrund der Anonymität in der Welt der Bits und Bytes und der Geheimhaltung militärischer Angelegenheiten eine solche Überprüfung immer auch zu einem gewissen Grad Interpretation bleibt. Eingedenk dessen, scheint die Stuxnet-Attacke jedoch alle Elemente einer an Clausewitz angelehnte Definition von Kriegshandlungen im Cyberspace zu erfüllen.

Drei Wege stehen grundsätzlich offen, um zu einer Definition von Kriegshandlungen im Cyberspace zu gelangen: Über eine von allen Staaten beziehungsweise von mehr als zwei Staaten getragene, universale oder mul-

tilaterale Übereinkunft, oder aber durch eine unilaterale Festlegung. Allerdings liegt weder eine annähernd universale, beispielsweise durch die Vereinten Nationen verabschiedende Definition, noch eine multilaterale Vereinbarung bisher vor. Eine Anwendung der zahlreichen einzelstaatlichen Begriffsstimmungen für eine internationale Debatte nützt darüber hinaus nur wenig, da deren Legitimation schwerlich über die eigenen Territorialgrenzen hinweg reicht.

Eine sinnvolle theoretische Alternative kann in Carl von Clausewitz' »Vom Kriege« gefunden werden. Das 1832 veröffentlichte Werk beschreibt das Wesen des Kriegs selbst – und ist daher auch auf Handlungen in dem für Clausewitz unbekannten Bereich des Cyberspace anwendbar. Ferner ist die Definition des Krieges durch den preußischen Militärtheoretiker tief in der aktuellen akademischen und praktischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen Krieg verwurzelt, so dass sich eine zukünftige und international anerkannte Begriffsbestimmung nicht unwahrscheinlich an die darin identifizierten Charakteristika anlehnen könnte.

Clausewitz definiert den Krieg als »Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen«. Kriege – und Handlungen in einem solchen – weisen demnach fünf Eigenschaften auf: einen Angreifer und ein Opfer, einen politischen Willen, einen Akt der Gewalt, und – implizit – einen Interessenkonflikt, um den ein Krieg ausbrechen könnte.

Angewendet auf den konkreten Fall Stuxnet, müssen fünf Fragen positiv beantwortet werden, um den Angriff mit dem Computerwurm legitimiert als Kriegsakt bezeichnen zu können: Kam Stuxnet ein Platz inmitten eines Interessenskonflikts zu? Kann ein Opfer und ein Angreifer identifiziert werden? Wurde der Code verwendet, um einen politischen Willen zu erfüllen? Kann der Stuxnet-Code als gewaltsamer Akt gewertet werden?

Den Konflikt, in dessen Kontext Stuxnet aller Wahrscheinlichkeit eingesetzt wurde, stellt das Urananreichungsprogramm des Iran dar. Diverse Staaten wie auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben das Land bereits zur Einstellung des Programms aufgefordert, da sie vermuten, dass die islamische Republik im Rahmen dessen unrechtmäßig Nuklearwaffen entwickelt. Eine Stellungnahme Gary Samores, Experte für Massenvernichtungswaffen der US-Regierung, verdeutlicht die Haltung: »I'm glad to hear they're having troubles with their centrifuge machines, and the US and its allies are doing everything we can to make it more complicated.« Der Iran hingegen hält an seinen Plänen fest und stellte jüngst den Bau eines Kernkraftwerks in Bushehr fertig, welches potenziell auch der Urananreicherung dienen könnte.

Doch wurde versucht, den Interessenkonflikt um die iranischen Atomaktivitäten über Sanktionen und Appelle hinaus mit Stuxnet zu lösen? Erste Anzeichen für eine positive Antwort liefern technische Analysen des Wurms und politische Statements des Iran selbst.

Einen der überzeugendsten Hinweise fand Ralph Langner, Experte für Cybersecurity aus Hamburg, in einer kurzen, aber zentralen Sektion des Programmcodes von Stuxnet. Langner zufolge ziele der sogenannte »Code 417« darauf ab, Gerätegruppen mit 162 Einheiten in potential zerstörerischer Weise zu beeinflussen. Die vom Iran für den Zweck der Urananreicherung verwendeten Zentrifugen in Natanz, wo sich die zentrale Anreicherungsanlage des Landes befindet, sind interessanterweise in Gruppen, sogenannten Kaskaden, von 162 Maschinen aufgestellt. Aufgrund der exakten Übereinstimmung kommt Langner zu dem Schluss, dass Natanz das wahrscheinliche Ziel der bösartigen Software darstelle.

Der Indizienachweis scheint eindeutig.

Die These, dass das iranische Atomprogramm Stuxnet zum Opfer fiel, wird weiterhin gestützt von den statistischen Analysen der Firma Symantec. Eine von dem kalifornischen IT-Sicherheitsunternehmen angelegte Datenbank, welche den Datenverkehr zwischen infizierten Computern und dem über das Internet erreichbaren Steuerungsserver des Wurmes aufzeichnet, listet seit Start der Aufzeichnungen im September 2010 bis heute mehr als 100.000 verseuchte Computer. Über 60.000 davon im Iran.

Ferner räumten zahlreiche iranische Politiker, einschließlich Mahmud Ahmadinedschad, einen Softwareangriff auf das Anreicherungsprogramm ein. Obwohl sie bisher Stuxnet nicht konkret nannten, macht der zeitliche Zusammenhang der Äußerungen mit den Hauptinfektionszeitpunkten von Stuxnet diesen als Ursache des Ausfalls von knapp 1.000 Zentrifugen wahrscheinlich. >>

Doch wer hat den Wurm programmiert, wer ist – in Clausewitz' Terminologie – der Angreifer? Die Komplexität und Effektivität des Codes beschränken den Kreis möglicher Urheber drastisch. Insbesondere drei Indizien weisen auf eine Kooperation zwischen Israel und den USA hin.

Für realistische Erfolgschancen eines Angriffs mussten die Entwickler von Stuxnet über umfangreiche Kenntnisse der Anlagen in Natanz verfügen. Diese sind nötig, da jedes industrielle Kontrollsystem, wie es auch in der iranischen Anreicherungsanlage zur Überwachung und Einstellung der Zentrifugen verwendet wird, individuell konfiguriert werden muss. Ein solches Wissen können aber lediglich zwei Personengruppen besitzen: Die Planer der Anlage selbst und jene, welche über einen ausgeprägten Apparat zur Beschaffung von Geheiminformationen verfügen.

Die Effektivität des Codes ist zudem nur plausibel, wenn der Angreifer eine eigene, mit der Zieleinrichtung möglichst identische und betriebsbereite Testapparatur besitzt. Der, nach heutigem Wissenstand, einzige weitere Staat, welcher solche Anlagen sein eigen nennt, ist Israel. Auch bestätigten amerikanische Sicherheitsexperten, welche unter der Bedingung der Anonymität mit der *New York Times* sprachen, dass Israel seine Zentrifugen zum Test von Stuxnet verwendet habe.

Das in Natanz verwandte Programm zur Kontrolle der Zentrifugen gibt einen letzten Hinweis, um den oder die Stuxnet-Entwickler demaskieren zu können: Eine Analyse des Codes zeigt deutlich, dass mehrere zuvor nicht bekannte Schwachstellen in der von Siemens entwickelten Kontrollsoftware durch Stuxnet ausgenutzt wurden. Nur ein Jahr vor der Entdeckung des Codes kooperierte der deutsche Hersteller mit den US-Nuklearlaboren in Idaho, um derartige Verwundbarkeiten aufzudecken. Obwohl die beide Seiten die Zusammenarbeit als Routineprozess beschreiben, bot sie den USA die Chance, an Wissen über die schwerauffindbare Softwarelücken zu gelangen, welche Stuxnet später den Zugang zu der sensiblen Software ermöglichten.

Die USA und Israel scheinen darüber hinaus nicht nur die geeigneten Mittel, sondern auch den politischen Willen zur Entwicklung von Stuxnet zu besitzen. Bereits 2008 ließen sich, einem weiterem Bericht der *New York Times* zufolge, Anzeichen dafür finden, dass Israel im Bezug auf das iranische Programm nicht ausschließlich auf Sanktionen und Gespräche setzen will. Man erfragte während mehreren Treffen mit den USA so genannte

Ziel Natanz

Juni 2009
Wie eine spätere Symantec-Analyse zeigt, ereignete sich im Juni 2009 die erste Welle von Stuxnet Infektionen. Geographischer Fokus: Iran.

Februar 2010
Laut Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde wurden zwischen November 2009 und Februar 2010 circa 1.000 Anreicherungszentrifugen in Natanz lahmgelegt.

November 2010
Hochrangige iranische Regierungsmitglieder räumen eine Schädigung der Zentrifugen durch Softwarefehler ein. Sie datieren die Störung auf Mitte 2009.

Dezember 2010
IT-Experte Ralph Langner berichtet, dass die von Stuxnet beeinflusste Anzahl von Maschinen der Zentrifugen-Gruppierung in der Anlage von Natanz entspricht.

Dezember 2010
Das Washingtoner »Institute for Science and International Security« beschreibt, dass von Stuxnet anvisierte Maschinen eine Taktfrequenz besitzen, die identisch mit den Zentrifugen in Natanz ist.

Methode Stuxnet

Stuxnet ist geschrieben, um industrielle Steuerungssoftware zu infizieren. Diese dient Programmierern dazu, Maschinen, wie sie unter anderem in Gas und Kernkraftwerken verwendet werden, zu bedienen und zu überwachen. Um Änderungen vorzunehmen, interagiert die Software mit dem für die Einstellungen der Maschinen zuständigen Steuerungsmodul, der sogenannten »speicherprogrammierbaren Steuerung« (SPS). Zur Kommunikation verwendet sie dabei bestimmte Befehle oder Programmroutinen.

Stuxnet infiziert diese Routinen, indem es die Originaldateien mit einer verfälschten Kopie ersetzt. Die Möglichkeit, unerkannt auf die Kommunikation Einfluss zu nehmen, nutzt der Wurm, um Datenblocks auf der SPS zu modifizieren und seine Änderungen zu verheimlichen. Zwei unterschiedliche Routinen lassen sich im Stuxnet auffinden, bezeichnet in Bezug auf den jeweils anvisierten SPS Prozessortyp als »Code 315« beziehungsweise »Code 417«. Diese Routinen mit zerstörerischen Auswirkungen können als »Gefechtskopf« von Stuxnet gelten.

»bunker-busters«, schwere Lenkbomben mit der Fähigkeit unterirdische Ziele – wie die Zentrifugen in Natanz – zu zerstören. Des Weiteren bat Israel die amerikanische Regierung um Ausrüstung zu Wiederbetankung von Flugzeugen, sowie das Recht, den irakischen Luftraum zu durchqueren. Die USA lehnten allerdings zwei der drei Forderungen ab und stellten lediglich die Betankungsausrüstung zur Verfügung. Im Juni 2008 wurden diese schließlich von Israel für einen Testflug über dem Mittelmeer verwendet. Die zurückgelegte Entfernung des Manövers entsprach dabei annähernd exakt der von Israel zum iranischen Anreicherungsstandort Natanz.

Gewaltsame, politisch gewollte Absichten

Auf Seiten der USA legt eine Initiative, die von Präsident George W. Bush zur gleichen Zeit autorisiert wurde, den Willen zur Programmierung von Stuxnet nah: Das als geheim eingestufte Projekt zielte darauf ab, die Elektro- und Computersysteme rund um das iranische Natanz zu schwächen. Die Ähnlichkeit der von Präsident Barack Obama noch beschleunigten Initiative zu den Zielen von Stuxnet lässt den Schluss zu, dass der bösartige Code im Rahmen dieses Unterfangens zumindest mit entwickelt worden ist.

Um der vorgeschlagenen Definition von Clausewitz für Kriegshandlungen im Cyberspace gerecht zu werden, muss Stuxnet letztlich »gewaltsame« Eigenschaften aufweisen. Der Wurm wurde programmiert, um industrielle Kontrollsysteme in Kraftwerken zu beeinflussen. Dieses Ziel erreicht Stuxnet durch Modifikation der von den Systemen verwendeten Steuerungsmodule, welche ihrerseits die angegliederten Maschinen kontrollieren. Auf diese Weise kann der Code den operativen Arbeitsprozess der Geräte nach Belieben beeinflussen – sehr wahrscheinlich zu einem Verhalten jenseits ihrer regulären Bestimmungen. Konkret modifiziert Stuxnet die Taktfrequenz der betroffenen Maschinen, was beispielsweise zu ihrer Überhitzung und mithin Zerstörung führen kann. Besonders die für diese Veränderung verantwortlichen Code-Abschnitte klassifizieren Stuxnet als gewaltsam und machen seinen Einsatz zu einem gewaltsamen Akt.

Werden die hier gesammelten Indizien zusammengezogen, kann schließlich eine stichhaltige Antwort auf die Frage gegeben werden, ob Stuxnet legitim als Kriegshandlung gelten kann. Mit Blick auf Clausewitz‘ Definition erfüllt der Stuxnet-Angriff alle Anforderungen eines Kriegsaktes. Der Code scheint im Kontext des iranischen Urananreichungsprogramms (Interessenskonflikt) in Kooperation zwischen den USA und Israel (Angreifer) entwickelt worden zu sein, um das Vorhaben des Iran und dessen Zentrifugen zur Anreicherung in Natanz (Opfer) zu beeinträchtigen. Mittels potenziell zerstörerischer Modifizierung der dort verwendeten Steuerungssoftware (gewaltsamer Akt) sollte der Code scheinbar das Anreicherungsprogramm stören (politischer Wille). Der Programmcode von Stuxnet in Kombination mit dem realen Kontext, in dem er eingebettet ist, rechtfertigt somit die Bezeichnung des Angriffs als Kriegshandlung.

Die Analyse von Cyberattacken entlang Clausewitz‘ Kriegsverständnis bietet derzeit eines der geeignetsten Mittel, um Angriffe wie Stuxnet einzuordnen. Eine Bezeichnung als »Kriegshandlung« ist dennoch mit Vorsicht zu genießen. Diese vorgeschlagene Charakterisierung von Stuxnet ist lediglich im theoretischen Bereich legitim. Um realpolitische Erwartungssicherheit zu schaffen, muss ein länderübergreifender Konsens darüber gefunden werden, was eine kriegerische Handlung in der Dimension des Cyberspace ausmacht. <<

Sascha Knöpfel *graduiert in International Security an der Universität Birmingham.*

Quellen und Links:

Dossier der IT-Sicherheitsfirma Symantec vom Februar 2011 über Stuxnet

IT-Sicherheitsexperte Ralph Langner am 10. Januar 2011 über das Szenario Stuxnet

Bericht des »Institute for Science and International Security« vom Dezember 2010, aktualisiert im Februar 2011

Bericht der *New York Times* vom 15. Januar 2011 über die Entwicklung von Stuxnet

Re: Afghanistan

Ein deutscher Soldat aus Feyzabad überwacht das Geschehen in der Kleinstadt Baharak.

Foto: Bundeswehr / Dana Kazda

Sieben Monate lang hat der deutsche Reserveoffizier Paul A. als Militärberater mit afghanischen Soldaten zusammengearbeitet. Nach seiner Rückkehr in die Heimat hat er seinen Freunden und Bekannten von seinen Erfahrungen berichtet. Ein Einblick in den Bundeswehr-Einsatz am Hindukusch, den er auch dem *ADLAS* gewährt.

Liebe Freunde,

seit nun gut einer Woche und nach 200 Einsatztagen bin ich wieder zurück in Deutschland. Nachdem ich viel zu selten dazu gekommen bin, Feldpost oder Mails zu schreiben, melde ich mich jetzt erst einmal bei Euch zurück. Ich habe viele liebe Nachrichten von Euch bekommen. Dafür möchte ich mich schon jetzt bedanken – es hat mir viel bedeutet.

Um es gleich vorweg zu sagen, es geht mir gut. Körper und Geist sind gesund und obwohl ich mich viel an den Orten bewegt habe, von denen Ihr im Fernsehen gehört habt, bin ich von dem wirklichen Grauen verschont geblieben. Ich hatte einen großen Schutzengel.

Sieben Monate habe ich ein Infanteriebataillon der afghanischen Armee (ANA), ein »Kandak« von 500 Mann, vom »Central Fielding Center« in Kabul bis in den Einsatzraum der Provinzen Baghlan, Kunduz und Takhar begleitet. Ich habe auf Zug-, Kompanie- und Kandakebene gearbeitet, die Soldaten selber ausgebildet, die Feldwebel und Offiziere in ihren Funktionen beraten, unterstützt – und oft auch angetrieben.

Dabei ging es um grundlegende militärische Fähigkeiten, wie zum Beispiel den Umgang mit der Waffe, Sanitätsausbildung und das Meistern einfacher taktischer Lagen – immer mit dem Ziel, die afghanischen Führer zur Selbstständigkeit zu befähigen. Wann immer erforderlich haben wir gemeinsam mit den afghanischen Partnern die Befehle für den Einsatz und die Operationsplanung erstellt – soweit dies die kurzen Vorlaufzeiten zuließen. Und wann immer notwendig haben

Foto: Bundeswehr / Martin Stollberg

Die »German Armed Forces Technical Advisory Group« in Kabul unterstützt mit Mentoren die Ausbildung der afghanischen Logistik-Truppe. Aufgrund von Platzmangel findet der Unterricht teilweise in Zelten statt.

»Das McSpar-Menü aus der Kabul-Franchise-Filiale des industriellen Krieges«

wir auch die Operationen vor Ort und aus dem Gefechtsstand mit Combat Enablern – Luftunterstützung, Artillerie, Kampf- und Medevac-Hubschrauber et cetera – unterstützt.

Die Männer wurden die ersten zwei Monate im Schnellverfahren in Kabul an den Krieg nach westlichem Muster gewöhnt – sozusagen das McSpar-Menü aus der Kabul-Franchise-Filiale des industriellen Krieges. Den Rest der Zeit haben wir versucht, die Lücken in der Ausbildung zu schließen und das Beste aus den Aufträgen zu machen, die das Kandak ereilt haben: Konvoischutz, statische Raumsicherung in Combat Outposts, Blocking Positions, kleinere Patrouillen und Checkpoints. Leider sind wir nicht dazu gekommen, in unseren lange vorbereiteten, eigentlichen Einsatzraum mit einzufließen und dort die Verantwortung zu übernehmen.

Trotzdem bin ich sehr schnell in eine ganz andere Lebenswelt eingetaucht und habe den Puls des Einsatzes zu spüren bekommen. Lieber als das Ganze chronologisch durchzugehen, sende ich Euch hier ein paar mentale »Snapshots» aus dem Einsatz.

Ich habe die Hochglanzpräsentationen der Amerikaner am Counter Insurgency Training Center (CTC) in Afghanistan erlebt und die Menschenfabrik des Central Fielding Centers (CFC), wo die Zahlen in den Präsentationen erfüllt werden. Und ich habe meinen Teil dazu beigetragen.

Ich habe monatelang mit sieben Mann in einem staubigen Zelt geschlafen, das jede Nacht vom Rotorwash der Black Hawk- und Chinook-Hubschrauber gezittert hat, die amerikanische und manchmal auch deutsche Soldaten in das

Foto: Bundeswehr / Andrea Bienert

Flug im Helikopter Sikorsky CH-53G über dem Einsatzland.

»Afghanistan ist kein Ort für Idealisten.«

Gefecht trugen – und die Verwundeten zurück. Als ich dann in meinem neuen Wohncontainer lag, konnte ich vor Stille nicht einschlafen.

Ich habe den afghanischen Sternenhimmel betrachtet, bei dem man sich nie sicher ist, ob man nun gerade einen Sternenregen oder eine Garbe Leuchtspur beobachtet – bis das leise Rattern einer Waffe in der Ferne das Rätsel auflöst.

Ich stand auf dem Dach des »Russian Officers Club« – komplett mit Pool und Special Forces-Bar – mit Blick über Kabul, über dem mehr und mehr Fesselballons zur Aufklärung der Raketenstellungen auf bis zu 1.000 Meter aufsteigen. Sie leuchten wie seltsam nahe Satelliten.

Auf dem Salang-Pass zwischen Kabul und den Nordprovinzen ist unser Kraftfahrer wegen Schlaf- und Sauerstoffmangel eingeschlafen und hätte uns beinahe mitsamt unseres »Dingos« in die Tiefe gerissen. Auf der anderen Seite des Passes blieb der 140 Fahrzeuge lange Konvoi auf einmal mitten auf der Straße in einem hoch gefährdeten Gebiet stehen. Dem vordersten ANA-Fahrzeug war der Sprit ausgegangen und der Fahrer ging die Kolonne nach hinten durch, um von den anderen Fahrzeugen welchen zu erbetteln.

Ich habe deutsche, ungarische und amerikanische Feldlager kennen gelernt – jedes mit seinem eigenen Rhythmus, seinen eigenen Formularen und Gedankenuniversum. Je größer das Lager, desto mehr beschäftigt es sich mit sich selbst. Es ist nur für Wenige Krieg in Afghanistan.

Nur einmal habe ich die Durchsage gehört: »Achtung! Achtung! Das Feldlager wird angegriffen! Es befinden sich feindliche Kräfte im Lager!« – Rennen zur Ausrüstung, Sichern des eigenen

Foto: privat

Von Aufständischen zerstörte Fahrzeuge auf der »LOC Pluto«,
Nato-Codename für die Hauptverbindungsstraße von Kabul nach Norden.

»Wenn in Pakistan die LKWs brannten, gab es kein Obst und Zucker mehr.«

Bereiches – Warten – der Schweiß rinnt unter der Nachtsichtbrille … Patrouillen entlang der Wege – wer kann das befohlene Erkennungszeichen vorweisen? Und … Fehlalarm.

Ich habe das Rauschen von Artilleriegranaten über meinem Kopf gehört, die Landschaft im Flackern der Beleuchtungsmunition gesehen und die dumpfen Einschläge der 107-Millimeter-Raketen der Taliban gespürt. Als ich das erste Mal den Raketenstart der Drohne »KZO« gehört habe, fiel mir die Cola-Dose aus der Hand und ich bin zu meiner Schutzweste gesprintet. Heute fehlt mir jeden Abend etwas …

Wenn wir rausgefahren sind, dann nur mit angelegtem Helm, Schutzweste, Handschuhen, Gehörschutz und Schutzbrille. Die Waffen fertig geladen, alles verzurrt. Nichts darf brennbar sein. Es ist heiß, die Ausrüstung zwickt und drückt, die Welt ist von der Brille abgedunkelt, die Geräusche sind gedämpft und wie hinter einem Schleier. Einige Soldaten im Einsatz erleben das Land und die Menschen »outside the wire« nur so. Viele sehen es gar nicht.

Ich habe zehn (!) verschiedene Waffen zu meiner Verfügung gehabt – musste mir die Landessprache aber komplett selbst mit privat beschafftem Material aneignen. Dreimal dürft Ihr raten, was ich mehr gebraucht habe. Dreimal dürft Ihr raten, was eher den Konflikt löst.

In einer Nacht fand im Outpost OP North in der Baghlan-Provinz, nur ein paar hundert Meter von mir entfernt, ein furchtbarer Schießunfall mit Todesfolge statt. Ich habe davon am nächsten Morgen im Fernsehen erfahren. So verbreiten sich Informationen über Zeit und Raum. >>

Foto: Bundeswehr / Dana Kazda

Nächtliches Gewitter über dem Feldlager Feyzabad.

»Viele im Einsatz sehen das Land und die Menschen gar nicht.«

Ich stand während der Operation »Halmazag« im Tactical Operations Center (TOC) in Kunduz und habe die Kriegsmaschinerie in voller Aktion erlebt, als die Fallschirmjäger mit den Panzergrenadieren und der ANA den zurückgelassenen »Dingo« vom Karfreitagsgefecht 2010 zurückeroberten. Funkspruch eines Grenadierzuges im Gefecht an den Gefechtsstand der Fallschirmjäger, die Stimme außer Atem, die Sätze zerrissen vom Hämmern der 20-Millimeter-Kanone im Hintergrund: »Hier Demokrat Drei Null. Treten zum Gegenstoß Richtung Westen auf angreifenden Feind an. Kommen.« – Antwort aus dem TOC: »Glück ab! Ende!«

Obwohl ich oft Menschen in meinem Fadenkreuz hatte, musste ich auf niemanden schießen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Ich habe einem verwundeten Kameraden im Lazarett den Arm verbunden – er wird ihn wohl nie wieder so benutzen können wie früher.

Weihnachten habe ich auf dem Weihnachtsmarkt im Feldlager Kunduz bei Glühwein, Jazzmusik, Flugzeugdröhnen und outgoing Artilleriefeuer verbracht.

Bei den Deutschen gab es Hausmannskost. Wenn in Pakistan die LKWs brannten, gab es kein Obst und Zucker mehr. Bei den Amerikanern habe ich jeden Freitag so viel Hummer gegessen, wie ich vertragen konnte. Und mehr. Die Special Forces bekommen ihre Steaks per Airdrop. Wenn die Schirme nieder gehen, werden zwei Dörfer mit Seide versorgt. Aber am liebsten habe ich mit den Afghanen aus dem großen Topf gegessen. Im Schneidersitz, von der Wachsdecke und mit den Händen. Palau-e-Kabuli, Do-Piasa, Salat mit To-

Foto: Bundeswehr / Martin Stollberg

Sandkastenunterricht in Kabul über das Fahren im Konvoi.

Karfreitagsgefecht und Operation »Halmazag«

Im so genannten »Karfreitagsgefecht« am 2. April 2010 geriet eine Patrouille deutscher Fallschirmjäger im Bezirk Char Dareh, circa zehn Kilometer östlich des Bundeswehr-Stützpunkts in der Provinz Kunduz, beim Dorf Isa Khel in einen Hinterhalt. Drei Deutsche fielen, mehrere wurden schwer verwundet. Während des taktischen Rückzugs wurde ein gepanzertes Fahrzeug von einem Sprengsatz der Aufständischen schwer beschädigt und musste aufgegeben werden. Vor dem zerstörten »Dingo« posierten Taliban als siegreich auf dem Schlachtfeld – Videoaufnahmen davon wurden verbreitet. Mit der deutsch-amerikanisch-afghanischen »Clear and Hold«-Operation »Halmazag« stellten Truppen der ISAF sieben Monate später wieder ihre Kontrolle über den Bezirk Char Dareh her.

maten, Zwiebeln und Chilli, frischer Koriander, Joghurt und Naan – herrlich! Ein Befehl aus dem Sanitätsamt der Bundeswehr verbietet jede Nahrungsaufnahme außerhalb Nato-geprüfter Versorgungswege. Gelächter.

Für die Amerikaner tanzen Cheerleader. Für mich hat Paul Kalkbrenner aufgelegt, und ein Tadschike hat für mich auf dem Tambour gespielt. Und ich habe dazu getanzt.

Ich habe selten so niedliche Kinder gesehen wie dort. Insbesondere die Mädchen, die immer neugierig aus den Hauseingängen hervor gelaufen kamen. Mit bunten Kleidchen, vom Spiel zerzaustem Haar und wilden Augen ... was wohl die Burka daraus macht?

Meine Welt war braun vom Staub und ich habe mich nur zwischen haushohen Maschinen, Fahrzeugen und Panzern bewegt. Trotzdem ist das Grün Deutschlands schon am Abend meiner Rückkehr wieder vertraut.

Was den Sinn angeht – sind wir dem Frieden näher? Afghanistan wird immer ein hartes Land bleiben. Ich sehe eine Perspektive für einen funktionierenden Staat, aber ich bin nicht optimistisch. Wir werden dort unseren Sieg verkünden, aber ich denke, Afghanistan ist kein Ort für Idealisten. Eher für Zyniker.

Dennoch gehe ich davon aus, dass wir auch in Zukunft solche operativen Umfelder für uns günstig gestalten werden müssen: vielleicht Somalia, Jemen, Nigeria ... Deshalb müssen wir lernen, was funktioniert und was nicht. Ich habe dazu viele Beobachtungen und Gedanken machen können, und insofern war dieser Einsatz für mich persönlich sinnvoll und gewinnbringend. Ich ha-

Foto: Bundeswehr / Walter Wayman

An einem deutsch-afghanischen Checkpoint im Raum Kunduz.

»Wir müssen lernen, was funktioniert und was nicht.«

be aber auch wieder gemerkt, dass Gutes eher im Kleinen getan wird.

Speaking of which, ich bin Euch immer noch Rechenschaft schuldig: Auf meiner Abschiedsparty sind insgesamt 1.000 Euro für die Kinderhilfe Afghanistan gespendet worden. 1.000 Euro sind noch einmal von einer Stiftung dazu gekommen. Diese Summe wurde zum größten Teil für die Ausstattung einer Schule im Süden von Afghanistan aufgewendet; ich konnte sie leider nicht persönlich besuchen. Der Rest ging in den Pool der Kinderhilfe-Stiftung. Auch nach meiner Tour denke ich, wir können den Menschen dort kein größeres Geschenk machen. Danke dafür!

Zu guter Letzt, auch wenn das vielleicht nur ein geringer Trost ist: Ich habe wesentlich öfter an Euch gedacht, als geschrieben. In jedem Falle freue ich mich, wieder hier zu sein, und hoffe auf ein baldiges Wiedersehen!

Ganz herzliche Grüße

Euer Paul

P.S.: Zwei Wochen nach meiner Rückkehr dreht sich einer der Afghanen aus »meiner« ANA-Kompanie am OP North um – und erschießt drei deutsche Kameraden. Fragen, Frust, Zweifel.

P.P.S.: Vier Wochen nach meiner Rückkehr ruft mich ein Personalbearbeiter aus einem der Ämter der Bundeswehr an, um mir mitzuteilen, dass meine Bewerbung für den ISAF-Einsatz vom März 2010 (sic!) abgelehnt wurde. <<

Foto: privat

Paul A. auf Patrouille mit afghanischen Kameraden.

Paul A.

arbeitet als Berater für die Firma Control Risks in London. Er hält einen B.A. in Philosophie und Wirtschaftswissenschaften sowie einen M.A. in International Relations. Als Mitglied eines 30 Mann starken »Operational Mentoring and Liaison Teams« bei der ANA war er vom Juni 2010 bis Februar 2011 in Afghanistan, sein zweiter Auslandseinsatz als Reserveoffizier.

Kreislauf statt Krieg

von Jost Wübbeke

Die Zinkschmelze von Hobart in Tasmanien. Australien ist mit rund 1,3 Millionen Tonnen pro Jahr der drittgrößte Zinkproduzent der Welt, die Schmelze der Firma Nyrstar produziert davon allein 250.000 Tonnen.

Foto: JJ Harrison / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported

Die globalen Preise für Rohstoffe steigen, wichtige Quellen drohen zu erschöpfen. Doch alarmistische Stimmen, die erbitterte Konflikte um die verbleibenden Ressourcen prognostizieren, sind verfrüht: Recycling und eine effektive globale Rohstoff-Governance können die wesentlichen Herausforderungen bewältigen.

>> Seit dem Jahr 2000 sind die Rohstoffpreise um das Dreifache gestiegen, Metalle verteuerten sich um das Vierfache. Am Vorabend der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise standen die Preise zwischenzeitlich auf einem noch höheren Niveau. Selbst die lange Zeit stabilen Agrarpreise steigen inzwischen erheblich. Die Produktion scheint mit der rapide anwachsenden Nachfrage nicht nachzukommen. Einige Ressourcen werden in absehbarer Zukunft aufgebraucht sein: Insbesondere die Erschöpfung der globalen Erdölreserven steht im Mittelpunkt öffentlicher und wissenschaftlicher Diskussion. Das »Hubbert'sche Fördermaximum«, benannt nach dem US-amerikanischen Geologen Marion King Hubbert, erwartet ein rapides Abfallen der globalen Ölproduktion nach Erreichen eines Spitzenniveaus und wurde von der Internationalen Energiebehörde (IEA) für das Jahr 2020 prognostiziert. Ende 2010 erklärte die IEA in ihrem Jahresbericht, das Fördermaximum für Öl aus bereits produzierenden Ölfeldern liege bereits hinter uns.

Schon jetzt wird der Zugang zu billiger Energie immer schwieriger. Viele mittelfristige Problemlagen erschweren die Rohstofflieferungen: mangelnde Investitionen in Infrastruktur, die politische Destabilisierung des Nahen Ostens, terroristische Angriffe, Bürgerkriege in Afrika. Nicht zuletzt die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko 2010 und die Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima-I in diesem Frühjahr zeigen die Grenzen des Machbaren auf.

Bei den nicht-energetischen Rohstoffen, vornehmlich Metallen, sieht die Situation ähnlich prekär aus. Die statische Reichweite, das heißt die Zeitspanne bis zum Aufbrauch einer Ressource bei konstantem Verbrauch, für Zinn und Zink etwa liegt bei knapp über 20 Jahren – dann sind die Vorkommen erschöpft. Bei Kupfer und Nickel sind es 32 und 44 Jahre. Die Welt-Bleireserven könnten noch für 21 Jahre ausreichen. Stahlveredler wie Mangan und Wolfram haben ebenfalls Reichweiten von circa 40 Jahren. Die Reserven geben – nach Marktlage und Technologiestand – jene Vorkommen an, die sich gegenwärtig wirtschaftlich fördern lassen. Durch steigende Preise, Innovationen oder weitere Erschließungen werden diese Rohstoffreserven quasi künstlich wieder ansteigen: Diese Reserven, also jene Vor-

kommen, die bei gegenwärtiger Marktlage und Technologiestand sich wirtschaftlich fördern lassen, dürften bei steigenden Marktpreisen noch einmal ansteigen. Die Produktion von Rohstoffen wird jedoch schwieriger und kostspieliger werden, weil diese zukünftigen Lagerstätten schwerer zugänglich sind.

Vor allem aber die Seltenen Erden, eine Gruppe von 17 Metallen, haben in den vergangenen Monaten Tagespolitik und öffentliche Debatten im Westen erreicht: Ihre Preise sind in enorm angestiegen seit China, das 97 Prozent der Seltenen Erden produziert, eine weitere drastische Reduzierung der Exportquoten umgesetzt hat. Erst Ende März hat das chinesische Finanzministerium die Rohstoffsteuer für Seltene Erden von 0,4 bis 3 Yuan auf 30 Yuan für leichte bis 60 Yuan für schwere Seltene Erden pro Tonne angehoben. Zudem verschärft Peking massiv die Umweltregulierung in diesem Sektor.

Angespannter Markt, geforderte Politik

Dem entgegengesetzt steigt die weltweite Nachfrage nach Seltenen Erden kräftig. In Hochtechnologien und erneuerbaren Energien werden die Metalle hauptsächlich eingesetzt. Effiziente Windkraftanlagen und Hybridfahrzeuge etwa nutzen leistungsstarke Permanentmagnete, in denen das Seltenerdelement Neodym enthalten ist. Von einer neuen, entscheidenden und le-

Ausgewählte »kritische« Rohstoffe

Tantal.

Tantal wird zu einem Großteil, etwa 70 Prozent, von der Elektronikindustrie gebraucht. Der Mobilfunk-Boom Anfang des Jahrtausends hat die Nachfrage nach dem Stoff enorm ansteigen lassen. Brasilien ist mit 26 Prozent der weltweit größte Produzent. Der Abbau von Coltan-Erzen im Kongo, die große Mengen Tantal enthalten, hatte während des kongolesischen Bürgerkriegs eine besondere Brisanz. Auch heute noch gewinnen Zwangsarbeiter unter erbärmlichen Bedingungen das Material in den kongolesischen Minen.

Antimon wird vor allem als Flammhemmer in Gummi- und Plastikprodukten verwendet. Es kommt in Bleiakkus vor und wird als gelbes Farbpigment genutzt. China befriedigt derzeit 88 Prozent der weltweiten Nachfrage. Die EU stuft Antimon als risikoreiches Mineral ein, weil es als Flammhemmer nur schwer ersetzt werden kann, China die Produktion dominiert und sein Recycling schwierig ist. Die Volksrepublik hat inzwischen auch Exportrestriktionen auf Antimon verhängt. Außerdem beträgt die globale statische Reichweite von Antimon nur noch 13 Jahre.

Phosphor ist einer der kritischsten Rohstoffe: Als Pflanzennährstoff sind Phosphate, die Salze der Phosphorsäure, in der Land- und Ernährungswirtschaft von enormer Bedeutung und nicht substituierbar. Etwa 90 Prozent des weltweiten Phosphorverbrauchs ist auf Verarbeitung in Düngern zurückzuführen. Die statische Reichweite für Phosphate liegt etwa bei 100 Jahren. Ungefähr 50 Prozent des global produzierten Phosphors gehen jedoch im Rohstoffkreislauf verloren. Obwohl die Nachfrage in Europa sinkt, steigt die globale Nachfrage mit derzeit zwei Prozent jährlich deutlich an.

Definition der »Critical Raw Materials for the EU« der Europäischen Kommission

Foto: Heinrich Pniok / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Unported

benswichtigen Ressource für die Technologien der Zukunft ist die Rede. China verfügt zwar über circa die Hälfte der weltweiten Seltenerd-Reserven und dazu fast ein Fördermonopol, andere Länder haben jedoch auch bislang ungenutzte oder stillgelegte Lagerstätten: darunter laut dem »United States Geological Survey 2011« des amerikanischen Innenministeriums die GUS-Region rund 17 Prozent der geschätzten Weltreserven, die USA 12 Prozent. Daher treiben amerikanische, kanadische und australische Firmen Projekte zur Produktion von Seltenen Erden inzwischen stark voran. Bis dort ein signifikantes Produktionsniveau erreicht werden kann, werden vermutlich noch einige Jahre vergehen.

Einige Stimmen schlagen vor diesen Hintergründen alarmistische Töne an: So sagt US-Analyst und Friedensforscher Michael T. Klare ein Zeitalter von »Ressourcenkriegen« voraus. *Spiegel*-Autor Erich Follath sieht einen »neuen Kalten Krieg« um Rohstoffe heraufziehen. Es komme »das Zeitalter dramatischer Verteilungskämpfe um die immer knapper werdenden, aber gleichzeitig in immer größeren Mengen benötigten Ressourcen«. In einigen Fachkreisen ist die Rede vom »Great Game« um die fossilen Energieressourcen in Zentralasien: Rohstoffe würden zentraler Gegenstand großer Konflikte der Zukunft oder zumindest strategisches Objekt von Großmachtpolitik.

Es stimmt, dass der Zugang zu Rohstoffen eine zunehmende Rolle spielen wird, doch die Warnung vor »Verteilungskämpfen« ist überzogen. Die internationale Rohstoffpolitik ist kein Nullsummenspiel egoistischer Staaten. Im Gegenteil, deutet vieles darauf hin, dass Materialeffizienz und Rückgewinnung den Druck auf die Rohstoffmärkte mindern und die Staaten ihre Rohstoffversorgung international gemeinsam koordinieren können.

In Deutschland hat die Politik neuerdings Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung mit Rohmaterialen ergriffen: Die Bundesregierung legte 2010 erstmals eine »Rohstoffstrategie« vor und richtete die »Deutsche Rohstoffagentur« bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ein. Die Europäische Union versucht seit 2007 verstärkt, eine »Energieaußenpolitik« umzusetzen, und hat Anfang des Jahres neue strategische Leitlinien für die europäische Rohstoffversorgung vorgestellt.

Mangel, Monopole, Abhängigkeiten – bei steigender Nachfrage

Die EU hat die Versorgung und Wichtigkeit von 14 Rohstoffen, ausgenommen energetische Rohstoffe, als besonders »kritisch« eingestuft (siehe Infobox). Ähnlich eine Klassifizierung im »Risiko-Index« der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft: Unter »kritische«, also versorgungswichtige, Rohstoffe fallen unter anderem Tantal, Antimon und Seltene Erden. Außerdem ist eine gesicherte Versorgung mit dem Nährstoff Phosphor ausgesprochen wichtig.

Für die unter anderem von der EU definierten kritischen Rohstoffe sind vier Aspekte charakteristisch: **1.** Ihre Produktion ist auf wenige Länder oder Unternehmen konzentriert: Rohstoffriesen sind vor allem Australien, China und einige afrikanische Staaten wie zum Beispiel die Demokratische Republik Kongo. Der Westen und vor allem Europa selbst produzieren kaum Erze und Industriemineralien. Die EU ist mit wenigen Ausnahmen zu über 90 Prozent auf Importe angewiesen. **2.** Viele Rohstoffe stammen aus instabilen Regionen oder Ländern, die ihren Export zum Teil politisch motiviert begrenzen. Das trägt zu einer Knappheit der Ressourcen bei, obwohl einige mittelfristig nicht erschöpft werden. **3.** Rohstoffe können häufig nur unter erheblichen Leistungsverlusten substituiert werden. So existieren beispielsweise Alternativen zu den Neodym-Magneten, diese sind aber bei gleicher Leistung wesentlich schwerer. Das wiederum vermindert die Effizienz der Zielprodukte wie Windkraftanlagen. **4.** Die steigende Nachfrage nach kritischen Rohstoffen kommt vor allem aus dem Hochtechnologiebereich. Die digitale Revolution hat neue Abhängigkeiten in der Versorgungssicherheit geschaffen.

Um die Versorgung mit Rohstoffen zu garantieren, steht eine Reihe von Optionen offen. Mexiko, die EU und die USA beispielsweise haben auf der handelsrechtlichen Ebene ein Verfahren der Welthandelsorganisation (WTO) gegen chinesische Exportrestriktionen bei einigen Materialen angestrengt, darunter Antimon, Fluorspar, Magnesium und Wolfram. Überhaupt wird die Rohstoffzufuhr zunehmend zum Gegenstand der Politik. Außen- und Entwicklungspolitik etwa, so

Ein »Walzenschrämlader« in einem Steinkohlebergwerk.
Die industrielle Förderung von Rohstoffen wird immer aufwendiger – und teurer.

Foto: Gebr. Eickhoff Maschinenfabrik und Eisengießerei / lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported

besagt die deutsche Rohstoffstrategie, sollen durch Partnerschaften zunehmend in die Rohstoffversorgung eingespannt werden. Auch die heimische Produktion und Substitution treten stärker in den Fokus. Während jeder dieser Ansätze Teil einer Lösung sein kann, sind vor allem zwei von Interesse für eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft: Kreislaufwirtschaft und eine globale Ressourcen-Governance.

Das Prinzip der Kreislaufwirtschaft geht von der Endlichkeit nicht-erneuerbarer Ressourcen aus. Durch die Rückführung von bereits genutzten Rohstoffen in den Produktionsprozess durch Mülltrennungs- und Sammelsysteme, Rückgewinnung und Materialeffizienz optimiert es deren Nutzung – in Deutschland geregelt durch das »Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz« von 1994. Die Versorgungslage von Rohstoffen kann durch die effiziente Nutzung und Wiederverwendung von Rohstoffen oftmals wesentlich verbessert werden. Ein Indikator für die Rohstoffeffizienz ist die Ressourcenproduktivität einer Gesellschaft. Die gibt das Verhältnis zwischen Input und Output an: zwischen Ressourcenverbrauch und Bruttoinlandsprodukt. Die deutsche Ressourcenproduktivität konnte sich in den letzten Jahren stetig verbessern. Der Noch-Exportweltmeister will bis 2020 seine Effizienz gegenüber 1994 verdoppeln. Die Bundesrepublik ist damit Vorreiter bei der konkreten Benennung eines solchen Ziels – die derzeitige Tendenz lässt das Erreichen des Ziels aber noch fraglich erscheinen. Dabei befindet sich die Recyclingquote in Deutschland teilweise auf einem sehr hohen Niveau: Papier und Glas werden schon zu 80 Prozent wiederverwertet. Bei Aluminium sind es 70 Prozent und bei Kunststoffen 60 Prozent. Für das immer teurer werdende Kupfer liegt die Quote bei über 50 Prozent, gegenüber dem Weltdurchschnitt von 13 Prozent. Viele kritische Rohstoffe weisen allerdings eine deutlich niedrigere Recyclingquote auf. Bei Tantal und Antimon sind es 20 Prozent. Und bei den Seltenen Erden wird nur 1 Prozent rückgewonnen.

Die Preissteigerung für Rohstoffe ist daher eine große Chance für eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft. Steigende Marktpreise machen das Recycling wirtschaftlich wesentlich attraktiver. Während aber bei vielen Rohstoffen großes Ausbaupotential vorhanden ist, ist bei einigen weniger Optimismus angebracht. Aufgrund der geringen eingesetzten Mengen von Seltenen Erden in den Endprodukten ist ihre Rückgewinnung ein aufwendiger und kostspieliger Prozess. Außerdem

haben die Anwendungen von Seltenen Erden eine häufig lange Gebrauchsdauer. So können etwa Windkraftanlagen erst nach Ende einer durchschnittlich 20-jährigen Lebensspanne als Rohstoffquelle in der Sekundärproduktion dienen. Laut Harald Elsner, Experte der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, gehen optimistische Schätzungen von einer Recyclingquote von 10 Prozent für Seltene Erden in den nächsten fünf Jahren aus. 90 Prozent müssten immer noch auf konventionellen Wegen beschafft werden.

Der globale Kreislauf bietet die beste strategische Versorgungssicherheit.

Verbesserungswürdig ist vor allem das Recycling von Elektronikschrott, der viele der kritischen Rohstoffe enthält. Die EU will bis 2019 dessen Recyclingquote von derzeit durchschnittlich 30 Prozent auf bis 65 Prozent steigern. Im Gesetzentwurf für die Neuauflage des Kreislaufwirtschaftsgesetzes soll die Steigerung durch die »Wertstofftonne« realisiert werden, in der neben Plastik auch Elektrogeräte entsorgt werden können.

Aus Sicht der Versorgungssicherheit ist die globale Kooperation zwischen Produzenten und Konsumenten von Rohstoffen unerlässlich. Gerade der Nachfragezuwachs in Schwellenländern wie China und Indien könnte durch eine höhere Nachhaltigkeit abgefedert werden. Diese Länder müssen eingebunden werden, um eine globale Kreislaufwirtschaft aufzubauen.

Im Mittelpunkt einer internationalen Rohstoff-Governance müssen daher die nachhaltige Rohstoffproduktion und -Nutzung sowie Transparenz stehen. Global gültige Umweltstandards müssen den Abbau der Rohstoffe so gestalten, dass ihre Gewinnung zu Lasten der Umwelt in den Schwellen- und Entwicklungsländern vermieden wird. Im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) bestehen bereits einige solche Initiativen, wie etwa die Arbeit der UNEP-Unterabteilung »Sustainable Consumption and Production Branch«. Durch das UNEP wurde 2007 auch das »International Panel on Sustainable Resource Management« (IPSRM) nach Vorbild des Weltklimarates eingerichtet. Es soll wesentliche Wissensdefizite ausräumen, die die nachhaltige Nutzung von Rohstoffen und die Umweltauswirkungen während ihres gesamten Lebenszyklus‘ angehen, und untersuchen, wie Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung voneinander entkoppelt werden können.

Anders als eine Durchsetzung von Freihandelsprinzipien gegen Exportrestriktionen, die eine billige Rohstoffzufuhr handelsrechtlich erzwingen will – wie im angestrengten WTO-Verfahren Mexikos, der EU und den USA gegen China im Falle der Seltenen Erden –, öffnen Kreislaufwirtschaft und globale Rohstoff-Governance eine neue Form des Wirtschaftens. Wenngleich beide Ansätze Exportabhängigkeit vielfach nicht auflösen können und Rohstoffknappheit bestehen bleiben wird, können sie doch globale Konkurrenzen entschärfen und Schreckensszenarien von »Rohstoff-Kriegen« unwahrscheinlich machen. Sie sind langfristig die vielversprechendsten Lösungswege für eine nachhaltige globale Rohstoffwirtschaft und könnten damit zentrale Elemente der Versorgungssicherheit werden. Sie sind die großen Hoffnungsträger für die Rohstoffpolitik der Zukunft. <<

Jost Wübbeke *befindet sich im Promotionsstudium am Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin.*

Quellen und Links:

Webpräsenz der »Deutschen Rohstoffagentur«

Michael T Klare über »The Collapse of the Old Oil Order« in *The Nation* vom 3. März 2011

Erklärung der Europäischen Kommission zur Rohstoffversorgung vom 18. Februar 2011

Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom Oktober 2010

Studie des Öko-Instituts e.V. zu Seltenen Erden vom Januar 2011

Themenseite von *Spiegel-Online* zu Seltenen Erden

Paper »Elemente einer Ressourcenpolitik für ein nachhaltiges Phosphormanagement« des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie vom Dezember 2010

In der Ökofalle?

von Erik Poppe

Eines der berühmtesten Fotos der Geschichte machte die Welt kleiner, und wertvoller: »Blue Marble«, aufgenommen während der NASA-Mission »Apollo 17« im Dezember 1972, wurde zu einem Symbol der Umweltbewegung.

Foto: NASA

Die vielen Umweltgipfel seit 1992 schenkten der Armutsbekämpfung nicht die Bedeutung, die ihr zukommt; »nachhaltige Entwicklung« ist bislang eine inhaltslose Formel. Dabei liegt gerade dort ein Schlüssel für erfolgreichen Umweltschutz und erweiterte Sicherheit im 21. Jahrhundert. Der kommende »Earth Summit« muss die soziale Frage und das Klimaproblem parallel angehen. Die Probleme will er mit »Global Governance« lösen und könnte Lücken mit »Good Governance« schließen.

>> Nach 20 Jahren Umweltolympiade trifft sich die Weltgesellschaft 2012 erneut in Rio. Anders als die ohnehin schon übergroßen »normalen« Klimagipfel, handelt es sich diesmal wieder um einen »Earth Summit«, der sich nicht mehr nur mit Umweltpolitik beschäftigen will. Die »Stakeholder« der Welt sollen sich auf die Suche nach einem neuen Paradigma machen, das grün, sozial gerecht und wirtschaftlich sinnvoll ist. Es geht um nichts weniger, als das Schlagwort »nachhaltige Entwicklung« endlich mit Inhalt zu füllen.

Das klingt nach einer aufgeblähten Agenda, neuen Modewörtern und sehr viel Lippenbekenntnissen. Und dennoch, eine solche Konferenz ist längst überfällig, zeigen uns doch gerade die vergangenen Jahre, wie widersprüchlich eine isolierte Klimapolitik sein kann. Wer beispielsweise sein Auto in einer guten Absicht mit Biosprit tankt, fördert unter Umständen das Abholzen von Urwald und kann den Maispreis in die Höhe treiben. Der Mangel an Kohärenz erscheint paradox: Lebensmittel des Südens erfahren in Verbrennungsmotoren des Nordens ihre neue

Bestimmung, und nebenbei hungert ein Siebtel der Weltbevölkerung. Dabei war es bereits 1996 das erklärte Ziel des Welternährungsgipfels, die Weltarmut innerhalb von 19 Jahren zu halbieren. Nicht nur die bisherige Verwirklichung ist ein Flop – folgt man dem Vergleich des Philosophen und Armutsforschers Thomas Pogge, herrscht hier auch ein gravierender Mangel an Ehrgeiz: »Stellen Sie sich vor, Franklin Roosevelt hätte 1942 verkündet, dass das Morden der Nazis so schlimm sei, dass man es bis 1961 halbieren müsse!«, stellte er 2009 fest.

Die bisherige Klimapolitik widmete sich vor allem zukünftiger Energiesicherheit, der Erhaltung von einzigartigen Naturreservaten und biologischer Vielfalt. Dass der Mensch selber, auch ohne Umweltschutz eine bedrohte Spezies ist, trat dabei häufig in den Hintergrund. Auf dem ersten »Earth Summit«, der ersten »United Nations Conference on Environment and Development«, im Jahr 1992 wurde in Rio de Janeiro ein wegweisendes Papier verabschiedet, das diese Lücke eindrucksvoll beweist: In der 359 Seiten langen und technokratischen »Agenda 21« kommt in den 2.500 Vorschlägen zwar oft das Wort »Mensch« vor, aber gerade zweimal das Wort »Menschenrecht«.

Schon damals war klar: Nur in einer lebensfreundlichen Umwelt kann der Mensch existieren. Um die Zukunft kommender Generationen vor Klimakatastrophen zu sichern, müsse man deshalb präventiv arbeiten, besagt die Agenda. Nachhaltige Entwicklung hieß deshalb primär, den Klimawandel stoppen. Die bisherigen Konferenzen zu diesem Thema waren schon sehr bescheiden in ihren Forderungen, noch bescheidener in der tatsächlichen Umsetzung – untragbar jedoch mit ihrem Beitrag zur Armutsbekämpfung. So fanden die Delegierten aus Nord und Süd erst 2010 in Cancún eine offizielle Regelung, die sicher stellt, dass zukünftige Hilfsgelder für Umweltschutz nicht zu einem Mittelabfluss von anderen sozialen Projekten führt. Was nützt einem das neue Windrad, wenn dafür die Schule geschlossen werden muss? Auf dem nun kommenden Klimagipfel sollen die drei Säulen nachhaltiger Entwicklung – soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklung, Umweltschutz – deshalb endlich ins richtige Gleichgewicht gebracht werden.

Herrschaftsverhältnisse werden systematisch ausgeblendet.

Dass diese drei Zieldimensionen sich wechselseitig bedingen und auch in einem hohen Maße voneinander abhängig sind, ist dabei nichts Neues. Schon der wegweisende Brundtland-Report der »United Nations World Commission on Environment and Development« von 1987 und auch die Agenda 21 des ersten »Earth Summit« von 1992 konstatieren dieses Verhältnis. Allerdings zeigt sich schon hier eine unterschiedliche Gewichtung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Komponente. War dem Brundtland-Bericht noch die soziale Dimension am wichtigsten – gab die Rio-Konferenz von 1992 der wirtschaftlichen Komponente einen Vorrang. Glaubt man den Selbstbekundungen des ehemaligen brasilianischen Präsidenten und Initiators des »Earth Summit« Lula da Silva, soll auf den sozialen Aspekten nun endlich wieder ein stärkerer Fokus liegen. Auf einer UN-Vollversammlung im September 2007 brachte er dies schon zum Ausdruck: »Social equity is our best weapon against the planet‘s degradation.«

Was mit sozialer Fairness und Gerechtigkeit gemeint ist, wird dabei wieder Auslegungssache der einzelnen Lager sein. Fakt ist: Strategien nachhaltiger Entwicklung wirken sich unterschiedlich auf Menschen aus. Gut gemeinte Klimapolitik kann oft genug negative Auswirkungen haben. So braucht man zum Beispiel zwar langfristig Alternativen zu fossilen Brennstoffen, heute aber ist der eine oder andere Verbrennungsmotor immer noch existentiell für die Strom- und Wasserversorgung in den ärmsten Regionen der Welt, den Ländern der »untersten Milliarde«.

Ein neuer »Green Deal« sollte es daher möglichst vermeiden, wieder in einer »ökologischen Falle« zu landen. Der Linke Christoph Spehr, der Vorreiter für einen emanzipatorischen Naturbegriff, erklärte die »Ökofalle« bereits 1996 als »Natur und Herrschaft getrennt voneinander zu sehen; die ökologischen Verhältnisse von den Herrschaftsverhältnissen abzuspalten«. Entwicklungskonferenzen dürfen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht mehr systemisch ausblenden, schließlich handelt es sich nicht nur um technokratische Fragen, sondern im Kern um politische

Probleme. Damit einhergehend sollte man sich schließlich auch endgültig von der Illusion lösen, dass Ökologie immer etwas Positives meint. Zusammengenommen entstehen in der Folge sonst Programme, die nicht umgesetzt werden oder zumindest fragwürdig sind. Der chinesische Drei-Schluchten-Staudamm ist seit 2008 zwar eine gigantische regenerative Energiequelle – die sozialen Kosten der Zwangsumsiedlung von zwei Millionen Menschen und der massive Eingriff in die Natur lassen diesen Gigantismus aber äußerst zweifelhaft erscheinen. Aber auch Demokratien wie Japan tappen in die Ökofalle: Atomkraft ist zwar CO2-neutral – kann in Erdbebenzonen und in der Umsetzung von privaten Unternehmen zu dramatischem Leid führen. In den falschen Händen kann Umweltschutz asozial sein.

Obwohl verschiedene politische Systeme mehr oder weniger unter den gleichen Folgen des Klimawandels leiden, gibt es einige unter ihnen, die gleicher sind als andere. Demokratien sind im Durchschnitt nicht nur reicher, sie sozialisieren öffentliches Risiko auch besser als autoritäre Regime und können intern die eigenen Maßstäbe für soziale Gerechtigkeit aushandeln. Der Klimawandel kommt – und auch wenn der Zug noch nicht komplett abgefahren ist, ist es kaum noch möglich aufzuholen. Die Lösungsformel »Global Governance«, welche vor fast 20 Jahren auf dem ersten »Earth Summit« in Mode kam, muss auf dem kommenden Gipfel deshalb substantiell mit »Good Governance«, mit guter Regierungsführung, gefüllt werden. Um nachhaltiger Entwicklung ein menschliches Antlitz zu verleihen, sollte es im Kern schließlich darum gehen, eine Zivilisation zu schaffen, die mit dem Klimawandel umgehen kann.

In den falschen Händen kann Umweltschutz asozial sein.

Der Armutsbekämpfung kommt hier eine entscheidende Rolle zu. Armut ist nicht nur Ursache, sondern auch eine Folge des Klimawandels. In der Argumentation von Entwicklungsländern heißt es deshalb öfters: erst Wohlstand, dann Umweltschutz. In der Praxis aber zeigt sich, dass wirtschaftliches Wachstum von alleine noch lange nicht Armut beseitigt. In Libyen, einem der reichsten Länder Afrikas, mit Pro-Kopf-Einkommen, das Polen vergleichbar ist, sorgte bislang ein korruptes Netzwerk von Klientelismus und Patronage seit Jahrzehnten für Stagnation. Gleiches in Ägypten: 1960 war das Land noch Selbstversorger; ein halbes Jahrhundert später sieht es sich als größter Weizenimporteur weltweit. Die Erfahrung zeigt, dass der Weg zu einer klimafreundlichen Zivilisation von funktionierenden und verantwortlichen Institutionen geebnet werden muss. Nur in politischen Systemen, wo ein Anreiz für das Gemeinwohl vorhanden ist, befördert Wachstum Menschen aus der Armut und legt so die strukturelle Basis um den Herausforderungen des Klimawandels gewachsen zu sein.

Bisher zeigten die Industriestaaten jedoch mehr Interesse an nationaler Wohlfahrtsmehrung als an globaler Armutsbekämpfung. So wird zum Preis einer echten Entwicklungschance für Entwicklungsländer, und gegen jede ökonomische Vernunft, innerhalb der EU sowie den USA krampfhaft an Agrarsubventionen zum Schutz der eigenen Landwirtschaft festgehalten. Gleichzeitig sollen sich Entwicklungsländer aber den Regeln des freien Marktes unterwerfen. Es verwundert darüber hinaus auch nicht, dass die wenig ehrgeizigen Ziele des Erdgipfels von 1992 und seiner Folgekonferenzen nur halbherzig erfüllt werden. Der Klimawandel kann dies aber ändern, da er die Unterscheidung von »national« und »global« transzendiert. »To ignore global environmental security is to sacrifice national environmental security«, folgert der amerikanische Politologe Vincent Ferraro.

Arme Staaten und »failed states« können oft nicht anders, als ihre Schwächen zu globalisieren: Entwaldung, Überfischung, Misswirtschaft mit knappen Ressourcen wie Wasser, Verwüstung und Hungerkatastrophen verstärken in der Regel Flüchtlingsströme, die letzten Endes zum Problem für Industrieländer werden. In Somalia, das seine Teilnahme am »Earth Summit« bereits angekündigt hat, zeigt sich auf besondere Weise, wie Piraterie zur Notwehr gegen Armut werden kann.

Schon 2002 beschwor der damalige Weltbank-Präsident James Wolfensohn in einer vielbeachteten Rede einen »new war on global poverty« als Kernstrategie für zukünftige nationale und internationale Sicherheitspolitik: »We will not win the peace until we have the political will to redefine the war. Today we fight a different kind of war in a

different kind of world. A world where violence does not stop at borders; a world where communications sheds welcome light on global inequities: Where what happens in one part of the world affects another«, sagte er als Reaktion auf den, nach den Anschlägen des 11. September 2001, beginnenden »Krieg gegen den Terror«. »Inclusion, a sense of equity, empowerment, anti-corruption – these must be our weapons of the future.«

»We will not win the peace until we have the political will to redefine the war.«

Großzügige Zugeständnisse in der Entwicklungszusammenarbeit waren zwar nicht die Folge beziehungsweise werden diese immer noch verhandelt – die Grundintention des, damals von Wolfensohn benutzten, erweiterten Sicherheitsbegriffs wird aber zunehmend Schwarz auf Weiß in nationalen und supranationalen Sicherheitsstrategien verankert. Der kommende »Earth Summit« will so auch keine neuen Beschlüsse verabschieden und keine bestehenden Abkommen abschaffen. Erklärtes Ziel ist es dennoch, mit einem Schulterschluss neue Fakten zu schaffen.

Der kommende gigantische Gipfel täte gut daran, Umweltschutz nicht gegen Armutsprävention auszuspielen. Dazu gehört nicht nur die stärkere Selbstbindung von Geberländern sondern auch die Förderung von »Good Governance«. Denn obwohl es theoretisch nicht mehr die Trennung von Umweltschutz und wirtschaftlichem Wachstum gibt, kann sie in der Praxis nur durch Institutionen überwunden werden, die sich mehr für langfristige Ziele einsetzen, als für kurzfristige Gewinne. »Good Governance« erhöht die Effektivität der Armutsbekämpfung, schafft Kapazität für Umweltschutz und könnte nachhaltiger Entwicklung vor allem einen normativen Kern geben – einen Kern, der von Selbstbestimmung und Freiheit handelt. Die Industrieländer sollten hieran ein vitales Interesse haben, denn wenn die Reichen ihren Reichtum nicht mit den Armen teilen – teilen die Armen ihre Armut mit den Reichen. <<

Erik Poppe *studiert im Masterstudium Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin.*

Quellen und Links:

Offizielle Webseite des »Earth Summit 2012«, unterhalten von der britischen UNEP-Unterorganisation »Stakeholder Forum«

Annia Ciezadlo: »Let Them Eat Bread. How Food Subsidies Prevent (and Provoke) Revolutions in the Middle East« in der *Foreign Affairs* vom 23. März.2011

Pressemitteilung der Weltbank vom 6. März 2002

»Die Allianz muss sich rechtzeitig zurücknehmen«

Interview: Marcus Mohr

Militärsoziologin Florence Gaub vom Nato Defense College in Rom spricht mit *ADLAS* über die Interpretation des UN-Flugverbots gegen das Gaddafi-Regime, die Rolle der ägyptischen Streitkräfte und die Zukunft des westlichen Bündnisses in Libyen. Für sie ist das richtige Timing der Allianz wichtig, die rechtzeitig zu einem Ende der Herrschaft Gaddafis die Militäraktion einstellen muss, um nicht das fragile Vertrauen zu ihr in der arabischen Welt wieder aufs Spiel zu setzen. Wann das aber sein wird, bleibt unklar – gerade aufgrund der komplexen Lage am Boden.

Neue Bündnispartner: Kampfjets der katarischen Luftwaffe auf dem Runway der Nato-Basis »Suda Bay« auf Kreta.

Foto: Nato

ADLAS: *Frau Gaub, seit dem 31. März führt die Nato das Kommando über den internationalen Militäreinsatz zur Durchsetzung der Weltsicherheitsratsresolution 1973 gegen das Regime Muammar al-Gaddafis in Libyen. Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat am 1. Juni erklärt, die Nato habe beschlossen, ihre Kampfmission zunächst bis zum September zu verlängern. Franzosen und Briten eskalieren das Geschehen mit dem Einsatz von Kampfhubschraubern seit dem 4. Juni. Wie lange wird die Operation »Unified Protector« noch dauern?*

Florence Gaub: Im März hatte die Nato noch mit einem schnellen Abgang des libyschen Machthabers gerechnet. Ich war da bereits etwas skeptischer. Wie lange der Einsatz tatsächlich noch dauern wird, ist nicht klar, aber das Wunschziel ist ein Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes von innen. Und obwohl die UN-Resolution einen Regimewechsel nicht zum Ziel hat, bedeutet

»Schutz der Zivilbevölkerung« für den G8-Gipfel, dass das unter dem gegenwärtigen Regime in Tripolis ein Widerspruch wäre, und das sehen auch in der Nato viele so.

Immer wieder laufen Offiziere und Offizielle des libyschen Regimes zu den Rebellen über. Wieso brechen die Herrschaft Gaddafis und seine Armee nicht in sich zusammen?

Ich bin selbst ein wenig davon überrascht: Die Loyalität der Streitkräfte zu Gaddafi und damit ihre Moral ist immer noch ziemlich groß. Dem Diktator ist es gelungen, so viele persönliche Beziehungen aufzubauen, dass viele an ihn gebunden bleiben. Aber die Lage in Libyen ist wirklich extrem konfus. Da ist es schwer, ein klares Urteil zu fällen.

»Wunschziel ist ein Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes von innen.«

Die libyschen Streitkräfte wurden doch vom Diktator schon immer sehr kurzgehalten. US-Experten wie Anthony Cordesman zufolge soll es kaum höhere Führungsstrukturen geben, mit der »Volksmiliz« hat Gaddafi eine konkurrierende Parallelorganisation zu der regulären Armee geschaffen. Wieso kann sich die Truppe so lange halten?

Verglichen mit westlichen Streitkräften mag zwar die Kampfkraft der libyschen Truppen nicht sehr hoch sein, sie sind den Rebellen aber weit überlegen, die ja weitgehend unausgebildet sind und noch nicht einmal über ein halbwegs funktionierendes Befehls- und Führungssystem verfügen. Trotz der kurzen Leine haben Gaddafis Streitkräfte das schon. Und es reicht einfach nicht aus, den Aufständischen mehr und modernere Waffen an die Hand zu geben. Gaddafi dagegen hat für seine Armee nun die Magazine geöffnet. Über viele, viele Jahre hat er aus Paranoia Waffen gekauft, jetzt sind für seine Soldaten immer noch mehr als genug vorhanden.

Welche Folgen hat der anhaltende Konflikt für das Verhältnis der Nordatlantikallianz zur arabischen Welt? Ist der Einsatz gegen das Gaddafi-Regime eine Gelegenheit für das Bündnis, sein Image in Nahost zu verbessern?

Zunächst ja, aber das Image kann sich auch verschlechtern. Je länger die Operation dauert, desto größer ist die Gefahr, dass die Stimmung kippt, wenn bei Nato-Angriffen unbeabsichtigte zivile Opfer zu beklagen sind. Und sobald sich ein klarer Erfolg gegen das Regime einstellt, muss sich die Allianz auch rechtzeitig wieder zurücknehmen, damit sie nicht so erscheint, als wolle sie die folgenden Ereignisse dominieren.

Florence Gaub

arbeitet am Nato Defense College in Rom. Die Militärsoziologin promovierte nach einem Studium in München und Paris an der Humboldt-Universität zu Berlin. Schwerpunkte ihrer Forschung sind die Arabische Welt, die Konfliktaufarbeitung in Nachkriegsgesellschaften und die interkulturelle Kommunikation.

Wie funktioniert die Kooperation der Nato mit den Luftwaffeneinheiten Jordaniens, Katars und der Vereinigten Arabischen Emirate?

Jordanien ist mit der Nato über den »Mittelmeerdialog« verbunden, Katar und die VAE sind seit 2005 Partner der Allianz im Rahmen der »Istanbuler Kooperationsinitiative«, welche sich an die Mitgliedsstaaten des Golf-Kooperationsrates richtet: neben Katar und den VAE sind das noch Kuwait und Bahrain. In diesem Rahmen findet bereits ein reger Austausch statt und man kennt sich auch über gemeinsame Übungen. Und immerhin sind die Luftwaffen der an »Unified Protector« beteiligten arabischen Staaten mit westlichen Flugzeugen ausgerüstet: Die Kataris fliegen die französische Mirage 2000, die Jordanier die amerikanische F-16 und die Emiratis beide

Modelle. Das erleichtert die technische und taktische Zusammenarbeit.

Im Kosovokrieg 1999 gab der Diktator Milosevic trotz wochenlanger Luftangriffe auf Serbien erst nach, als die Nato an den Grenzen des Landes massiv aufmarschierte. Wird, es ähnlich wie damals, angesichts des Stillstands der Fronten bei Misratah und am Golf von Sirte notwendig werden, dem Gaddafi-Regime mit dem Einsatz von Bodentruppen zu drohen?

Wenn man sicher gehen will, dass der Diktator schnell vertrieben und der Bürgerkrieg beendet wird, dann ja. Die Mitglieder der Nato sind dazu aber nicht bereit; man ist der Ansicht, dass, wenn Bodentruppen nötig werden, arabische Staaten diese Aufgabe übernehmen müssen.

Die haben dazu noch überhaupt keine Bereitschaft angezeigt …

Das stimmt. Doch vor allem die unmittelbaren Nachbarn Tunesien und Ägypten haben eigentlich ein vitales Interesse daran, dass die Lage in Libyen sich nicht verschlimmert oder über längere Zeit so schlecht bleibt.

Tunesiens Militär ist ja verhältnismäßig schwach, aber wie sieht es mit Ägypten aus? Dessen Streitkräfte sind sehr groß und gut ausgestattet. Bereits seit den 1980er Jahren üben sie regelmäßig gemeinsam mit Truppen von Nato-Mitgliedern. Welche Rolle spielen die ägyptischen Streitkräfte für die Nato und den Einsatz in Libyen?

Keine wesentliche. Als der UN-Sicherheitsrat sich zur Resolution 1973 entschloss, und sich die »Koalition der Willigen« fand, an der ja auch Katar und die VAE teilnehmen, gab es kaum diplomatischen Druck auf Ägypten, sich anzuschließen. Die Nato hat auch so schnell gehandelt, handeln müssen, dass hierfür kaum Zeit blieb. Es ist bedauerlich, dass in dieser Richtung bis heute nichts stattfindet. Andererseits hat der ägyptische Militärrat aber auch angezeigt, dass man an einer Teilnahme an der Aktion gegen das Regime Gaddafis kein Interesse hat. Ägyptens Streitkräfte sind einfach zu sehr mit sich selbst und der Entwicklung im eigenen Land beschäftigt. Wie nach einem Putsch will man die innere Lage stabilisieren und nicht noch eine weitere »Baustelle aufmachen«.

»Das Beste, was die Nato Libyen anbieten kann«

Noch ein Blick in die Zukunft: Wie wird sich die Allianz nach einem eventuellen Abgang Gaddafis zu einem Sieg der Rebellen verhalten?

Wenn in Libyen ein klarer Demokratisierungsprozess einsetzt, kann die Nato Reformen im Sicherheitssektor aktiv unterstützen. Das ist das Beste, was sie einem neuen Libyen anbieten kann. Wir haben mit dem Wiederaufbau der irakischen Armee bereits viele und gute Erfahrungen gesammelt. <<

Quellen und Links:

Research Paper »The Nato Training Mission – Iraq« des Nato Defense College vom April 2011

Report »Nato in Libya« des Nato Defense College vom März 2011

Florence Gaub: »Die Südente will sich hinlegen« in der *Internationalen Politik* vom September 2010 über interkulturelle Kommunikation

Feuertaufe für die Eiserne Kuppel

Die ersten Einsätze von Israels Raketenabwehr »Iron Dome« gegen Terrorangriffe waren erfolgreich. Jedenfalls offiziell.

Foto: IDF / Michael Shvadron

Tausende Katjuscha- und Kassamraketen haben die libanesische Hizbullah und die palästinensische Hamas seit 2006 auf Israels Grenzregionen abgefeuert. Um des Problems Herr zu werden, gab die israelische Luftwaffe 2007 eine Hightech-Waffe beim Raketenbauer »Rafael« in Auftrag. Der hat in Zusammenarbeit mit dem Radarhersteller »ELTA« und der Softwareschmiede »mPrest« das Raketenabwehrsystem »Iron Dome« entwickelt. Am 27. März 2011 wurde es in Dienst gestellt. Seit seinem ersten »scharfen« Abschuss Anfang April habe der »Iron Dome« acht Kassams aus dem Gaza-Streifen abschießen können, heißt es offiziell, was angeblich einer Trefferquote von bis zu 90 Prozent entspreche.

Eine Batterie des Systems, auf LKW-Trailern transportabel, besteht aus einem Radar, einer Kontrollstation und drei Abschusscontainern mit je 20 »Tamir«-Raketen. Das System hat als Schutzzone markiertes israelisches Territorium eingespeichert. Meldet das »Multi Mission Radar« feindliche Geschosse, die diese Zone treffen könnten, aktiviert die »Eiserne Kuppel« die Abwehrraketen. Detailliertere Informationen sind kaum an die Öffentlichkeit durchgedrungen: Die Reichweite ist offiziell nicht bekannt gegeben worden, allerdings könne »Iron Dome« Flugkörper mit einem Aktionsradius von über 5 bis zu 70 Kilometern abfangen. Rund 20 Anlagen dieses Typs müssten Armeeangaben zufolge errichtet werden, um einen nahezu flächendeckenden Schutz an den Grenzen zum Libanon und zum Gaza-Streifen gewährleisten zu können. Bisher wurden zwei »Iron Dome«-Batterien gekauft und installiert.

Im Mai erklärte der Generaldirektor im Verteidigungsministerium Udi Shani, man wolle knapp eine Milliarde US-Dollar für zehn bis fünfzehn Batterien ausgeben. Shani rechnet dabei mit US-Hilfe in Höhe von rund 200 Millionen Dollar. Das Projekt hat viele Kritiker, unter anderem den renommierten israelischen Militäranalysten Reuven Pedatzur. Er behauptet, das System könne auf Projektile mit einer Schussweite von weniger als 16 Kilometern gar nicht schnell genug reagieren. **Dominik Peters**

Teuer erkaufte Sicherheit? Die »Tamir«-Raketen des »Iron Dome« kosten nach unterschiedlichen Effektivitätsberechnungen bis zu 50.000 US-Dollar. In Verteidigungskreisen Israels sagt man, diese Summe sei lediglich der Exportpreis.

Quellen und Links:

Bericht der *Ha'aretz* vom 9. Mai 2011

Hintergrundbericht von *SpiegelOnline* vom 9. März 2011

Meldung der *Jerusalem Post* vom 9. Mai 2010

Gute Spionage, böse Spionage

von Wolfgang Alschner und Michael Seibold

Foto: US Marshalls Service

Anna Vasilyevna Chapman, 1982 geborene Kushchyenko, lebte von 2006 bis 2010 in New York. Ihr warf das FBI bei ihrer Verhaftung »langfristige Unterwanderungsaufgaben« in den USA vor.

Staaten stehen einem Dilemma gegenüber: Einerseits wollen sie sich vor Bespitzelung schützen, andererseits betreiben sie sie selbst. Weil auch das Völkerrecht diese Ambivalenz widerspiegelt, wird Nachrichtengewinnung international zwar begrenzt, aber nicht geächtet. Auch zwanzig Jahre nach Ende des Kalten Krieges hat sich an dieser juristischen Beurteilung des Einsatzes von Geheimagenten nichts geändert. Und das Internet macht die Lage nun noch komplizierter.

>> Der Fall machte internationale Schlagzeilen und man fühlte sich in längst vergangen geglaubte Zeiten versetzt: Am 9. Juli tauschten die USA und Russland gefangen genommene Spione aus, die teils als Schläfer sich seit Jahren in dem jeweils anderen Land unerkannt aufgehalten hatten. Nur zwei Wochen zuvor hatte das FBI elf Personen verhaftet, die im Auftrag des russischen Auslandsnachrichtendiensts gearbeitet hatten – unter ihnen Anna Chapman, eine Russin mit britischem Pass.

Was wie eine Episode aus dem Kalten Krieg wirkt, ist keine Ausnahme, sondern eigentlich immer noch die Regel. Denn Staaten handeln nicht gerne blind – besonders in Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Sie informieren sich zu ihrer eigenen Sicherheit über internationale Akteure, über andere Staaten und internationale Organisationen. Dazu nutzen sie verschiedene Quellen: offene Informationen, diplomatische Missionen, aber auch nachrichtendienstliche Erkenntnisse. Gleichzeitig versuchen sie sich vor der Neugier anderer Akteure

zu schützen. Denn Wissen ist in den internationalen Beziehungen allemal Macht.

Staaten nutzen also Nachrichtendienste und versuchen gleichzeitig, nachrichtendienstliche Tätigkeit gegen sich selbst zu verhindern oder wenigstens zu begrenzen. Die wissenschaftliche Literatur nutzt für solche geheim- und nachrichtendienstliche Arbeit den im Englischen geläufigen Begriff »Intelligence«. Die verantwortlichen Organisationen sammeln Informationen, werten sie aus und geben die Ergebnisse weiter an die politische und militärische Führung. Je nach Informationsquelle wird zwischen »Signals Intelligence« (SIGINT), »Human Intelligence« (HUMINT) und »Imagery Intelligence« (IMINT) unterschieden: Bei HUMINT sammeln Menschen – Agenten, Spione – Informationen. SIGINT basiert auf elektronischen Signalen, wie etwa Funkverkehr oder Radarsignale. Bei IMINT dagegen sind es Satelliten, Flugzeuge oder Drohnen, die relevante Objekte fotografieren.

Klare Regeln nur im Kriegsfall

Dieses Sammeln von Informationen kann problematisch sein. Schließlich besteht große Wahrscheinlichkeit, mit solchen Aktivitäten in die Hoheitsrechte anderer Staaten einzugreifen. Damit hat Intelligence auch eine völkerrechtliche Dimension, eigentlich sogar zwei: Eine für den Krieg, eine für den Frieden.

In bewaffneten Konflikten erlaubt das Kriegsrecht den beteiligten Staaten selbstverständlich, Aufklärung zu betreiben. Doch komplett freie Hand haben sie nicht. Das humanitäre Völkerrecht – es stellt Regeln auf für die Kriegführung und den Umgang mit schützenswerten Gruppen – liefert nämlich einen Einblick in das Intelligence-Dilemma, das auch in Kriegszeiten gilt: Einerseits verbietet es Staaten nicht, Spionage einzusetzen und Agenten verdeckt in feindliches Territorium zu entsenden. Andererseits erlaubt es Staaten gleichzeitig, gefasste Spione hart zu bestrafen. Letztendlich ist aber nur der Versuch der Spionage bestrafbar: Sobald nämlich der Späher seine Mission erfolgreich beendet und zu den eigenen Linien zurückkehrt, darf er – sollte er später gefangengenommen werden – nicht mehr für seine Spionagemission bestraft werden. Er ist dann als normaler Kriegsgefangener zu behandeln.

Diese Klausel wurde erstmals während des amerikanischen Bürgerkriegs verfasst. Der »Lieber Code« von 1863 legt diesen Doppelstandard ausdrücklich fest: Sollte jemand gefasst werden, der heimlich oder in Verkleidung versucht, Informationen für den Feind zu gewinnen, so kann er mit dem Tode durch Erhängen bestraft werden, »egal, ob es ihm gelingt, die Informationen dem Feind auch zuzuspielen oder nicht«. Es heißt aber auch: »Ein erfolgreicher Spion, der gefangengenommen wird, nachdem er seine eigenen Linien wieder erreicht hat, darf nicht für seine Handlungen als Spion bestraft werden.« Diese Regelungen wurden in die Haager Konvention von 1907 übernommen, die nach wie vor die Regeln für die Gebräuche des Krieges vorgibt. Zuletzt tauchen sie im 1. Zusatzprotokoll von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 auf. Dieses Zusatzprotokoll soll den Umgang mit an Kampfhandlungen beteiligten Personen besser regeln. Es stellt in Artikel 46 fest, dass eine Person, die »bei Ausübung von Spionage in die Gewalt einer gegnerischen Partei gerät, keinen Anspruch auf den Status eines Kriegsgefangenen« habe: Sie kann also als Spion behandelt werden. Den Anspruch auf Kriegsgefangenenstatus verliert diese Person aber nur dann, wenn sie »gefangen genommen wird, bevor er zu den Streitkräften, zu denen sie gehört, zurückgekehrt ist«.

Das Vergehen besteht darin, erwischt zu werden.

Während bewaffneter Konflikte ist der Einsatz von Intelligence also geregelt. Komplizierter gestaltet sich die Situation allerdings in Friedenszeiten. Dann sind alle Staaten an Artikel 2, Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen gebunden. Dieser schreibt ihnen vor, die territoriale Souveränität anderer Staaten zu achten. Überflüge über fremdes Territorium – mit Aufklärungsflugzeugen etwa – sind darin nicht vorgesehen. Einzige Ausnahme von dieser Regel ist der 2002 in Kraft getretene »Open Skies«-Vertrag. Als vertrauensbildende Maßnahme zwischen den Staaten der Nato und des ehemaligen Warschauer

Pakts abgeschlossen, erlaubt das Dokument unbewaffnete Überwachungsflüge über dem gesamten Hoheitsgebiet der Unterzeichnerstaaten mit zuvor genehmigten Sensoren. Ähnliches gilt auch zur See: Die Hoheitsgewässer anderer Staaten dürfen zwar für friedliche Zwecke durchquert werden, aber das Seerechtsübereinkommen von 1982 verbietet in Artikel 19 »Handlungen, die auf das Sammeln von Informationen zum Schaden der Verteidigung« gerichtet sind.

Der Einsatz von »Spionageschiffen« und »Spionageflugzeugen« kann daher immer wieder Verstimmungen oder Krisen zwischen Staaten auslösen. So geschehen beim Hainan-Zwischenfall im Jahr 2001, als ein chinesischer Abfangjäger mit einem amerikanischen SIGINT-Aufklärungsflugzeug vom Typ EP-3 über dem Südchinesischen Meer zusammenstieß.

Die regelmäßigen Aufklärungsflüge hatten schon länger in der sogenannten »ausschließlichen Wirtschaftszone« Chinas stattgefunden. Die US-Regierung dagegen fand, dass solche Wirtschaftszonen sehr wohl auch von militärischen Kräften durchquert werden dürfen, was auch Aufklärungsflüge einschließt. Nach Ansicht der chinesischen Regierung seien militärische Einsätze – zu denen auch das SIGINT-Sammeln gehöre – in der Zone nicht erlaubt. Die beiden Positionen kollidierten im wahrsten Sinne des Wortes, und die Krise beendete erst eine schriftliche Entschuldigung der Regierung Bush junior.

Das Intelligence-Dilemma in Friedenszeiten wird auch deutlich im Diplomatenrecht. Das ist seit 1961 im Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen geregelt. Diplomatische Vertretungen haben laut Artikel 3 dieses Übereinkommens unter anderen die Aufgabe, Verhältnisse und Entwicklungen im Gastland herauszufinden und darüber zu unterrichten. Allerdings dürfen sie das nur mit »rechtmäßigen Mitteln« tun. Auch dürfen die Räumlichkeiten der Botschaft nicht »in einer Weise benutzt werden, die unvereinbar ist mit den Aufgaben der Mission, wie sie in diesem Übereinkommen niedergelegt sind.« Das schließt das Sammeln nachrichtendienstlicher Informationen aus.

Intelligence ist relativ.

Gleichzeitig erlaubt das Übereinkommen aber ausdrücklich, dass den diplomatischen Vertretungen auch Angehörige des Militärs beigeordnet werden. Und eine der Hauptbeschäftigungen solcher Militärattachés ist es, Informationen über die Streitkräfte des Gastlandes zu sammeln. In der Staatenpraxis werden darüber hinaus auch Angehörige von Nachrichtendiensten geduldet, die sich als Angehörige des diplomatischen Corps – gerne als Kulturattachés – tarnen. Das Diplomatenrecht erkennt also implizit an, dass auch die Diplomatie vertrauliche Daten und Informationen sammelt. Es versucht aber nichtsdestotrotz, das Ausmaß solcher Intelligence-Aktivität einzuschränken.

Das zeigte sich auch im Jahr 1971: Britische Behörden hatten festgestellt, dass sich mittlerweile mehr als ein Fünftel des Personals der 550-köpfigen sowjetischen Botschaft in London mit Spionage beschäftigte. Das war zu viel des Guten. Die damalige Tory-Regierung ließ die die Diplomaten-Spione zwar nicht verhaften – was aufgrund diplomatischer Immunität sowieso schwierig gewesen wäre –, aber sie forderte den Kreml auf, insgesamt 105 Botschaftsangehörige abzuziehen: Sie hätten durch Spionage das ihnen gewährte Gastrecht missbraucht.

In manchen Fällen ist das Sammeln von Intelligence aber ausdrücklich gewollt: Bei Abrüstungsabkommen zum Beispiel. Dann geht es nämlich darum, das Vertrauen der Gegenseite zu gewinnen und aufrecht zu erhalten. Nicht Kontrolle statt Vertrauen, sondern Vertrauen durch Kontrolle bestimmt solche Abkommen; der »Open Skies«-Vertrag ist nur ein Beispiel hierfür. Der Grundsatz wurde auch in den Strategic Arms Limitation Talks (SALT) umgesetzt, die 1974 in ersten Rüstungsbegrenzungsabkommen zwischen den USA und der UdSSR mündeten: den ABM-Vertrag einerseits – er soll verhindern, dass eine der beiden Seiten das nukleare Gleichgewicht des Schreckens durch ein Raketenabfangsystem stört –, und das SALT I-Abkommen anderseits, das die Anzahl der nuklearen Trägersysteme begrenzt.

Beide Abkommen leben vom gegenseitigen Vertrauen – und von gegenseitiger Kontrolle. Sie erlauben den Parteien, »nationale technische Aufklärungsmittel« einzusetzen, um die Gegenseite zu beobachten. Gemeint sind Satelliten, mit denen Abschussrampen gezählt werden können, oder Funkstationen, die Telemetriedaten bei Raketentests auslesen können. Normalerweise versuchen Staaten, genau solche Einblicke in das eigene Waf-

fenarsenal zu verhindern, hier sind sie aber sogar gehalten, es dem Gegenüber einfacher zu machen, Informationen zu sammeln. So dürfen laut Vertrag Telemetriedaten nicht mehr verschlüsselt werden.

Die Nutzung von Satelliten und Telemetrie zeigt, wie stark das Sammeln von Intelligence vom technischen Fortschritt beeinflusst wird. Dementsprechend löste die Entwicklung des Internets nicht nur eine Revolution der Kommunikationstechnologie aus, sondern machte eine neue Art der Informationsgewinnung möglich: die Cyberspionage. Angesichts der rasanten technischen Entwicklung hinkt das Recht jedoch hinterher im Umgang mit dem virtuellen Spionagefeld.

Aus Spionen werden Hacker.

Obwohl das Internet ein globales Gut par excellence darstellt, ist es gegenwärtig keinen spezifischen völkerrechtlichen Regelungen unterworfen. Die technischen Aspekte des Netzes werden sogar von privaten Organisationen reguliert. So verwaltet zum Beispiel die »Internet Corporation for Assigned Names and Numbers« (ICANN) die so genannten Top-Level Domains. Für die Regulierung der Webinhalte und der virtuellen Tätigkeiten der Webnutzer gilt dann wiederum das nationale Recht.

Für die Cyberspionage hat das zwei Folgen: Zum einen sind potentielle Cyberspione im World Wide Web schwer zu orten und noch schwerer zu belangen. Der physische Zugriff auf diese Personen ist folglich nur begrenzt möglich. Er erfordert Kooperation mit dem Aufenthaltsstaat des Nutzers, was bei staatlicher Cyberspionage sicher nicht erfolgversprechend ist. In Konsequenz erleichtert das Internet damit Spionage »von zuhause aus«.

Zum anderen konzentrieren sich Staaten aufgrund der schwierigen Zugriffsmöglichkeiten auf Spione selbst auf die Abwehr virtueller Spionageversuche. Die eigenen Ressourcen werden durch immer aufwendigere Cybersecurity-Systeme geschützt – die Nato zum Beispiel gründete im Jahr 2008 zu diesem Zweck das »Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence« in Estland. Aus diesen zwei Gründen führt die Cyberspionage in gewissem Sinne zu einer Entkopplung von Territorialität und Spionage: Die zu Hackern gewordenen Spione betreten zu keinem Zeitpunkt ihre Zielländer. Damit löst sich das grundsätzliche Dilemma von Intelligence zwar nicht, aber es wird in einen Bereich verlagert, in dem das Völkerrecht bislang nicht wirkt.

Das internationale Recht bietet also auf Intelligence-Fragen keine eindeutigen Antworten. Darin wird sich auch so bald nichts ändern, Intelligence bleibt relativ. <<

Quellen und Links:

Bericht der *BBC* vom 17. August 2010 zum Fall Anna Chapman

»Open Skies«-Vertrag vom 24. März 1992

Der *Spiegel* vom 4. Oktober 1971 über die Ausweisung sowjetischer Spione aus London

Zeit für neue Ansätze

von Max Bornefeld-Ettmann

Zwei Verbände kümmern sich maßgeblich um die Interessen der Soldaten und der Reservisten: der Deutsche BundeswehrVerband und der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. Im Zuge der Strukturreform der Streitkräfte gewinnen die Reservisten an Bedeutung – sie sollen eine aktivere Rolle spielen. Das kann auch an den Verbänden nicht vorbeigehen. Aus der Gewerkschaft der Soldaten und der Lobby der Reservisten sollte ein neuer gemeinsamer Verband werden.

>> Bundeskanzlerin Angela Merkel bekundete Ende September 2010, dass der Reserve in der neuen Bundeswehr eine größere Bedeutung zukommen wird. In einer gemeinsamen Erklärung der Präsidien von CDU und CSU, deren zentrale Punkte die Kanzlerin vorstellte, heißt es, die Bundeswehr sei auf gut ausgebildete und motivierte Reservisten angewiesen. Wörtlich sagte Merkel: »Die Reservistenverbände müssen gestärkt werden, denn die Bundeswehr muss weiterhin in der Gesellschaft fest verankert bleiben.«

Entsprechend wird in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vom 27. Mai 2011 festgehalten: »Reservisten sind unentbehrlicher und künftig noch wichtigerer Bestandteil der Bundeswehr. Sie werden, wo immer möglich, die aktive Truppe verstärken und selbst im Einsatz die Durchhaltefähigkeit erhöhen. Die Vielfalt ihrer zivilberuflichen und weiteren persönlichen Qualifikationen ermöglicht dabei auch den kurzfristigen, krisenbezogenen Einsatz von Reservisten in einem breiten Aufgabenspektrum und un-

Illustration: mmo

terstützen die Streitkräfte im Bedarfsfall beim Aufbau neuer Fähigkeiten.«

Schon seit einer Reihe von Jahren steht die Freiwilligkeit im Mittelpunkt für ein Engagement als Reservist. Der ausscheidende oder ausgeschiedene Soldat, aber auch der »ungediente« Bürger, der sich bei der Bundeswehr als Reservist einbringen will, muss deutlich ein »Ich will!« zum Ausdruck bringen. Er sucht sich eine »militärische Heimat«, also eine Bundeswehreinheit oder militärische Institution, von der Kompanie bei den Fallschirmjägern bis zur Führungsakademie der Bundeswehr oder dem Verteidigungsministerium, in der er seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend Verwendung findet. Das verlangt Bestimmtheit und Beharrlichkeit, zahlt sich aber aus. Im Idealfall verläuft die Reservistenkarriere parallel zur beruflichen Karriere – und Gesellschaft, Arbeitgeber und Reservist profitieren auf vielfältige Weise. Der »aktive Reservist« wird dabei innerhalb der Bundeswehr als Soldat auf Zeit, nicht als Reservesoldat wahrgenommen. Er ist Teil der aktiven Truppe und bringt willkommene (Zusatz-)Fähigkeiten und Expertise aus seinem Berufsleben ein, die in der Bundeswehr nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung stehen oder nur temporär gefordert sind, eben der »Aufbau neuer Fähigkeiten«.

Parallel dazu betreut der »Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr« im hoheitlichen Auftrag die deutschen Reservisten und fungiert als Bindeglied zwischen Militär und Reservist. Das einzelne Mitglied beziehungsweise der interessierte Reservist bekommt einen Ansprechpartner und wird in die jeweilige lokale Reservistenkameradschaft aufgenommen. Die professionelle Betreuung ist dabei allerdings oft weder zielgruppen- noch adressatengerecht. Zur entsprechenden Orientierung und Fokussierung fehlen Umfragen zu Interessen, Neigungen oder Fähigkeiten von Mitgliedern und übrigen Reservisten. Die letzte dieser Art, die akademischen Mindeststandards genügte, stammt aus dem Jahr 1972. Gängige Standards für ein zweckmäßiges »Reporting«, wie sie mittlerweile auch bei den meisten Nichtregierungsorganisationen üblich sind, sucht man ebenfalls vergeblich.

»Reservisten sind künftig noch wichtigerer Bestandteil der Bundeswehr.«

Laut den VPR erfüllen die Reservisten über ihren Einsatz in der Bundeswehr hinaus »eine unverzichtbare Bindefunktion« als »Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft, als Staatsbürger mit Uniform«, was sowohl der Nachwuchsgewinnung als auch der gesellschaftlichen Einbindung der Streitkräfte zugute komme. Für beide Rollen des Reservisten – Soldat im Einsatz im In- und Ausland sowie als Mittler – spielt der Reservistenverband eine zentrale Rolle und wird darum mit 14 Millionen Euro (2011) aus dem Verteidigungsetat alimentiert.

Gerade die Mittlerfunktion zur Bundeswehr ist aber im Reservistenverband nicht deutlich ausgeprägt, noch weitaus weniger existieren belastbare Schnittstellen in die Privatwirtschaft in nennenswertem Umfang. Zwar findet sich auf seiner Homepage ein Verweis auf die Übersicht freier Reservisten-Dienstposten der Bundeswehr. Und es gibt ausgewählte Hinweise, wo gerade Reservisten für Wehrübungen gesucht werden. Aber weder die hauptamtlichen noch die ehrenamtlichen Leistungsträger des Reservistenverbands suchen gezielt den Schulterschluss, um regional oder fachlich bestehende Lücken bei der Bundeswehr mit leistungsfähigen Reservisten zu füllen. Der Reservist, der sich um einen guten Kontakt zur aktiven Truppe bemüht, findet sich so in einer Parallelstruktur wieder, die weder mit der Bundeswehr noch mit der tatsächlichen Reserve der Streitkräfte zu tun hat.

Angesichts der aktuellen Strukturreform mit ihrer geplanten massiven Verkleinerung der Bundeswehr gewinnen die Reservisten als flexible Personalreserve der Bundeswehr deutlich an Bedeutung. In Zukunft werden mehr und mehr aktive Reservisten gebraucht. Das gilt für den Aufbau neuer Fähigkeiten genauso wie für den Heimatschutz inklusive der sogenannten zivil-militärischen Zusammenarbeit, abgekürzt »ZMZ/Inland«. Reservisten im Berufsleben bilden eine große, bislang fast unerschlossene Gruppe qualifizierter und gut vernetzter Multiplikatoren.

Jetzt ist es an der Zeit, die Reservisten mit der aktiven Truppe in einen direkten Austausch zu bringen. Denn die Reservisten sind Teil der Bundeswehr. Ihre Fähigkeiten werden gebraucht. Sie haben einen Platz in der Bundeswehr, der ihren individuellen und zivilberuflichen Fähigkeiten entspricht. >>

Wir brauchen eine Kultur des Einsatzes von Reservisten.

Der BundeswehrVerband, der zu Recht auch als Gewerkschaft der Soldatinnen und Soldaten verstanden wird, ist ein effektives Sprachrohr der Militärangehörigen und ihrer Belange in Bundeswehr und Gesellschaft. Er unterhält eine bundesweit funktionsfähige Organisationsstruktur, mit der die des Reservistenverbands fusioniert werden kann. Mit Mitgliederbefragungen und Regionalkonferenzen kann eine solche Zusammenlegung vorbereitet werden. Beides wären auch Instrumente für künftige Abstimmungen und eine Interessensynchronisation.

Kostenersparnisse und Skaleneffekte liegen auf der Hand. Mehr noch geht es aber darum, dass Reservist und aktiver Soldat sich als Teil einer Institution begreifen. Die Rolle des Reservisten wird in der Strukturreform aufgewertet. Streiten aktive Soldaten und Reservisten in einem gemeinsamen Verband für ihre Interessen und wirken unmittelbar zusammen, wertet das die Reservisten entsprechend auf.

Fazit: Bislang haben wir keine Kultur des Einsatzes von Reservisten als Spezialisten in der aktiven Truppe. Schaffen wir sie. <<

Max Bornefeld-Ettmann *ist Politologe und arbeitet im Politikfeld Außen- und Sicherheitspolitik.*

Deutscher BundeswehrVerband

Mitglieder:	circa 208.000
Truppenkameradschaften:	circa 1.000
hauptamtlich Beschäftigte:	circa 180
Personalkosten:	keine Angaben
Gesamtetat:	keine Angaben

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr

Mitglieder:	circa 124.000
Reservistenkameradschaften:	circa 2.400
hauptamtlich Beschäftigte:	235
Personalkosten:	10,5 Millionen Euro
Gesamtetat:	keine Angaben; Zuwendung aus dem Bundeshaushalt: 13,6 Millionen Euro

alle Zahlen für 2009. Quellen: Beschlüsse 18. Hauptversammlung DBwV, Sachbericht VdRBw 2009, Bundeshaushalt 2011

Quellen und Links:

Verteidigungspolitische Richtlinien vom 27. Mai 2011

Gemeinsame Erklärung der Präsidien von CDU und CSU vom 27. September 2010

Beschlüsse der 18. Hauptversammlung des Deutschen BundeswehrVerbands vom 27. November 2009

Bericht über das »2. Forum Reserve« des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr vom 27. Mai 2009

Die vielen Gesichter des vormaligen Doktors zu Guttenberg

von Stefan Stahlberg und Marcus Mohr

Foto: Bundeswehr / Xaver Habermeier

»Gilt die neue mediale Aufmerksamkeit für Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg der Person oder seinem Ressort?«, fragte *ADLAS* vor etwas über einem halben Jahr. Heute könnte man antworten: »Hoffentlich nur der Person, damit sich die Bundeswehr wieder von der Affäre mit ihm erholen kann.«

Ein Minister ist zurückgetreten, er hat seinen akademischen Titel verloren und sich aller Mandate entledigt. Rein formal ist die Sache erledigt. Der Nachfolger hat sich eingelebt und die Affäre ist bereits Schnee von gestern. Oder doch nicht? Hat es diesen Karl-Theodor zu Guttenberg überhaupt gegeben? Und wenn ja, wie viele?

>> Die Enttäuschung hält immer noch an, und der am Ruf der Wissenschaft und der Politik angerichtete Schaden ist auch noch nicht behoben. Formal mit dem Rücktritt des vorigen Bundesverteidigungsministers abgeschlossen, ist die »Causa Guttenberg« emotional längst nicht ausgestanden. Während die Prüfungskommission der Universität Bayreuth nun ganz offiziell beim Freiherrn »vorsätzliches Täuschen« festgestellt hat, könnte man meinen, immerhin die Schuldfrage wäre geklärt. Zwei Kommentare zeigen beispielhaft die Facetten der vergangenen »Plagiatsaffäre«: Heribert Prantl stellt in der *Süddeutschen Zeitung* fest, dass Karl-Theodor zu Guttenberg alle geblendet habe, tatsächlich jedoch als Verteidigungsminister nichts habe leisten können. Und Michael Stürmer befindet in der *Welt* zu Recht, dass die die Bayreuther Kommission versagt habe, denn sowohl der Doktorvater als auch die Zweitgutachter bleiben wohl verschont.

Wie soll man mit diesem, durch die Plagiatsaffäre um Karl-Theodor zu Guttenberg, verlorenen Vertrauen – sowohl in die Politik als auch in die Wissenschaft – nun umgehen? Ist es nur ein Einzelfall oder exemplarisch für den Zustand der »Berliner Republik«? Haben wir alle, die Autoren

eingeschlossen, uns blenden lassen? Lässt sich der Politiker vom Wissenschaftler trennen?

Einerseits stand Guttenberg vor seinen Soldatinnen und Soldaten und schickte sich an, eine bisher nie dagewesene Reform der Bundeswehr durchzuführen – andererseits hat er nicht nur einen »plagiatsähnlichen Zustand« in seiner Dissertation herbeigeführt, sondern bewusst getäuscht. Mit letzterem hat er das Vertrauen der Wähler zum Politiker nachhaltig gestört und zahlreichen Doktoranden einen Sack Schrauben ins Gesicht geschmettert.

Wollen wir ihn dekonstruieren. Mindestens drei Identitäten, nicht eine, dieses Menschen stehen in Frage: der Politiker, der Wissenschaftler und der Kamerad.

Wenn wir dabei von »Identität« sprechen, reden wir immer über ein Subjekt in der Vergangenheit – zum Beispiel von einem »Doktor zu Guttenberg«. Er wurde 2007 von der Universität Bayreuth promoviert. In diesem Falle wurde die Identitätskonstruktion des Wissenschaftlers durch die Aberkennung des akademischen Titels vier Jahre später nur umso deutlicher. Die bis dahin von ihm und von der Gesellschaft angenommene »Identität« dürfen wir ihm für die Gegenwart und die Zukunft nicht mehr zuschreiben. Sie ist – Vergangenheit.

Etwas anderes der Politiker, der »Minister zu Guttenberg«: Seit 2002 war der Christsoziale aus Oberfranken Mitglied des Bundestages. Seine politische Karriere führte ihn sieben Jahre später in die Bundesministerriege. Nun mag man schlussfolgern, dass wir den damaligen miserablen Wissenschaftler und den heutzutage (immer noch) recht beliebten Politiker nicht als ein und dasselbe Subjekt betrachten dürfen. Genau das hat, mit Einschränkungen, die Kanzlerin auch getan, als sie sagte, sie hätte »keine wissenschaftliche Hilfskraft eingestellt«.

Doch das Problem ist, dass sich das Vertrauen zu einem Politiker gerade aus seiner Transparenz speist – aus einer Identität, von der wir hoffen und vermuten, dass der Politiker in der jeweiligen Legislaturperiode, für die er gewählt wurde, auch weiterhin für sie einsteht. Aber wenn ein enttäuschter sozialdemokratischer Bürgermeister zur NPD wechselt, wird deutlich, zu welchen Umbrüchen gerade politische Menschen in der Lage sind. Genauso wurde ein grüner Bundesaußenminister vereidigt, der einstmals Polizisten verprügelt und sie mit Steinen beworfen hatte. Solche rein politischen »Identitätsneukonstruktionen« sind bisweilen schwer nachzuvollziehen. Den wenigsten werden sie abgenommen.

Karl-Theodor zu Guttenberg enttäuschte Akademiker, Wähler und Soldaten.

Dabei bedarf es zum Ministerjob keiner Promotion. Und ob der Wähler und Bürger einen Karl-Theodor zu Guttenberg weiterhin für ministrabel gehalten hätte, liegt auch daran, wie dieser selbst mit seiner alten wissenschaftlichen »Identität« umgeht. Und auf die hier vorgeschlagene Dekonstruktion hätte eine annehmbare Neukonstruktion folgen müssen: Ein Guttenberg, der sich nicht nur dazu äußert, seinen Ministerjob gern, zielstrebig und mit vollem Verantwortungsbewusstsein zu leben, sondern der sich auch vollumfänglich zu seiner wissenschaftlichen Unfähigkeit bekannt und umgehend sämtliche akademische Konsequenzen aus seinem Versagen gezogen hätte, einem solchen Politiker hätte man möglicherweise langsam wieder vertrauen können. Der angestrengte Versuch, Gras über die Sache wachsen zu lassen, bewirkte nur das Gegenteil.

Guttenbergs Entschluss, zur Privatperson zu werden, jetzt eine Auszeit im Ausland zu nehmen, ist nun sicher eine richtige Konsequenz: Abstand nehmen vom politischen Scherbenhaufen und dem akademischen Feld der Schande, die er hinterlassen hat. Ob dem einstigen »shooting star« der Konservativen ein Comeback beschert sein wird, darf bezweifelt werden: Die Berliner Republik wird sich ohne ihn fortentwickeln. Möglicherweise ist langfristig sein Nachfolger doch das bessere Kanzlermaterial.

Vom vorigen Verteidigungsminister bleiben aber nicht nur ein verwüstetes politisches Haus und eine blamierte Universität Bayreuth, sondern auch verletzte Gefühle zurück. Vom »Kamerad zu Guttenberg« sind besonders die Soldaten der Bundeswehr enttäuscht. War der junge Stabsunteroffizier der Reserve auf einen dezidiert uncharismatischen Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt gefolgt, eroberte Guttenberg mit seinem Elan die Herzen der Soldaten, zumal die der jüngeren, umso schneller. Er war es, der zuerst die

Tatsache vom »Krieg« ausgesprochen und den Kämpfern in Afghanistan aus der Seele gesprochen hat. Vergessen übrigens, dass der blasse Franz Josef Jung immerhin gewagt hatte, das Wort »Gefallene« wieder in den Mund zu nehmen.

Gebrochene Herzen heilen in der Regel wieder.

Bisweilen wie verlassene Liebhaber klagen heute Soldaten über den Abgang des Reservegebirgsjägers. Kein Wunder: Ihnen hat der »Minister zu Guttenberg« etwas vorgespielt, was sich im Nachhinein hohl anfühlen muss. Jetzt nagt die Frage an den Gemütern der Uniformierten, ob der »Kamerad zu Guttenberg«, der so gut bei der Truppe ankam, ihnen nicht auch nur etwas vorgemacht hat. Der Spin der Berliner Republik ist mit ihm jedenfalls in der Bundeswehr angekommen – inklusive des ausnahmsweise jubelnden deutschen Boulevard-Leitmediums. Nach Guttenberg bleiben für die *Bild*-Zeitung nur wieder die Skandale in der Bundeswehr.

Letzteres ist für die Truppe nun die schlimmste anzunehmende Ausgangslage: Ausgerechnet unmittelbar vor dem größten Umbau seit ihrem Bestehen fehlt der Bundeswehr ihr, bis zur Affäre um seine Doktorarbeit, stärkstes Zugpferd in der Medienlandschaft und mithin in der öffentlichen Meinung. Der »Werbeträger zu Guttenberg« hat jetzt ein Imagevakuum hinterlassen, das Thomas de Maizière, der nüchterne, preußische Bürokrat, nur bedingt ausfüllen kann. Integer und über jeden Zweifel erhaben ist Guttenbergs Nachfolger – aber reicht das aus, um genügend Freiwillige für einen Dienst zu werben, dessen voriger Dienstherr dermaßen enttäuscht hat? Reicht es aus, um eine Armee aus karriereverunsicherten Zeit- und Berufssoldaten in der deutschen Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit weiterhin zu verankern?

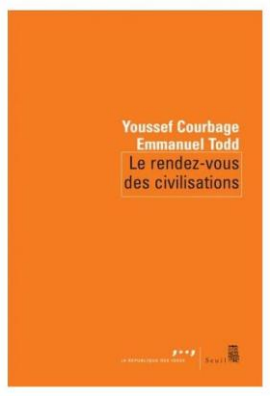
Gebrochene Herzen heilen in der Regel wieder. Zumindest beim ersten Mal. Und mit ein bisschen Fortune wird es de Maizière, der nicht nur wie ein Gegenentwurf zu seinem Vorgänger scheint, sondern ein mit allen Wassern gewaschener Amtschef ist, gelingen, die Bundeswehrreform trotz schlechter Vorzeichen erfolgreich umzusetzen. Wir wünschen ihm dieses Glück. Ob sich aber die Berliner Republik von der Affäre Guttenberg erholen wird, das sei bis zur nächsten Bundestagswahl dahingestellt. <<

Quellen und Links:

Kommentar von Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* vom 6. Mai 2011

Kommentar von Michael Stürmer in der *Welt* vom 6. Mai 2011

Vorhersehbare Überraschung



Während Europas Medien und Politiker Klischees vom Orientalen pflegten, fand südlich des Mittelmeers einer der massivsten Bevölkerungsumbrüche der letzten Jahrzehnte statt. Zwei Bücher, die des Soziologen Gunnar Heinsohn sowie der Demographen Youssef Courbage und Emmanuel Todd, hatten diese Entwicklung beschrieben und auf die sich anbahnende Revolution in der arabischen Welt hingewiesen – vergeblich. Im Nachhinein scheinen ihre Erkenntnisse nicht mehr neu, aber es lohnt sich, sich diese wieder zu vergegenwärtigen.

>> Der arabische Frühling kam plötzlich. Im Gegensatz zum europäischen Frühjahr begann er bereits im Winter, am 17. Dezember 2010, als nach der Selbstverbrennung eines von der Polizei schikanierten Kleinhändlers der tunesische Volksaufstand in der Kleinstadt Sidi Bouzid begann. Es wurde schließlich eine ganze Region, die man für eingeschlafen und rückständig hielt, die aus einem teils über 40 Jahre währenden Winterschlaf erwachte: Seit 1987 war Zine el-Abidine Ben Ali Staatsoberhaupt Tunesiens, Muhammad Hosni Mubarak herrschte in Ägypten seit 1981, der libysche »Revolutionsführer« Muammar al-Gaddafi über sein Land sogar seit 1969.

Andererseits hatten auch andere bei der einschläfernden Unterdrückung mitgespielt. Europas Kurzsichtigkeit erlaubte es ihm nicht, die Entwicklungen des Arabischen Aufbruchs wahrzunehmen. »Es war unser Bild vom Orient und vom Orientalen: rückständig und veränderungsunwillig, bestenfalls patriarchal und schlimmstenfalls islamistisch«, meinte Karin Gothe in der *Süddeutschen Zeitung* im Mai 2011.

So wundert es nicht, dass zwei Bücher, die diese Entwicklung nicht nur erklären sondern auch vorausgesagt haben, hierzulande kaum zur Kenntnis genommen worden sind. Zum einen das 2003 erschienene »Söhne und Weltmacht« vom Soziologen und Gründer des »Instituts für Xenophobie- und Genozidforschung« an der Universität Bremen Gunnar Heinsohn. Zum anderen »Die unaufhaltsame Revolution« von Emmanuel Todd und Youssef Courbage, beides Forscher am französischen »Institut national d'études démographique«, aus dem Jahr 2007. Sowohl Gunnar Heinsohn als auch Emmanuel Todd und Youssef Courbage entwickeln Konflikttheorien anhand demographischer Daten und hatten bereits vor Jahren auf das Unruhepotenzial beziehungsweise auf den kulturellen Umbruch in den arabischen Gesellschaften hingewiesen.

Für Heinsohn ist der »youth bulge«, also der überdurchschnittlich hohe Anteil an Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren in einer Gesellschaft, Hauptgrund für Unruhen, Terror, Krieg und Aufstände in der Welt. Diese Entwicklung lässt sich heutzutage besonders gut in den arabischen Ländern wiederfinden. Wir haben es nämlich in dieser Region mit mehrheitlich jungen und gleichzeitig gut qualifizierten Menschen zu tun. Nur konnten die arabischen Gesellschaften dieser Jugend bislang keine Perspektiven bieten.

Alphabetisierung auf europäischem Niveau

In der Tat befinden sich die Staaten des Maghreb durch ihr schnelles Bevölkerungswachstum unter einem immensen internen Druck, wie Heinsohn festhielt. Innerhalb von weniger als 40 Jahren hat das Königreich Marokko seine Bevölkerung mehr als verdoppelt (von 14 Millionen Einwohnern im Jahr 1967 auf 31 Millionen 2002), ebenso Ägypten (von 30 Millionen auf 71 Millionen im gleichen Zeitraum) und Tunesien (von 4,6 auf 9,8 Millionen). Libyen hat seine Bevölkerungszahlen inner-

halb einer Generation sogar mehr als verdreifacht (von 1,7 Millionen auf 5,3 Millionen). Wenn in einem Land ein solch massiver Anstieg von Jugendlichen zu verbuchen ist, kann es für seine sozialen Infrastrukturen schwierig werden, Bildungs- und Arbeitsplätze in genügender Anzahl anzubieten, ganz zu schweigen von einem ausreichend ausgebauten Gesundheitssystem. Dabei, so finden die Forscher, könne eine junge Bevölkerung in einem Land mit belastbarer Infrastruktur durchaus positiv sein; die Gesellschaft ist dynamischer und wirtschaftlich gesehen kann dies die Produktivität steigern. Bieten sich für Jugendliche, zumeist mehrheitlich gebildet und diplomiert, allerdings keine Zukunftsperspektiven, steigt die Wahrscheinlichkeit interner Konflikte. So in der arabischen Welt heutzutage.

Die Alphabetisierungsrate der jungen Männer liegt dort mit durchweg über 90 Prozent fast auf europäischem Niveau (außer Marokko mit nur 81 Prozent), nur die der jungen Frauen hängt noch hinterher. Die meisten haben die Schule erfolgreich besucht und wurden von einer Universität diplomiert. Doch leider findet diese gut ausgebildete Jugend keine ihren Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplätze. Immer wieder waren während des »Arabischen Frühlings« Bilder von Jugendlichen mit hoch gehaltenen Abschlüssen zu sehen, als ob sie sagen wollten: »Schaut her, ich habe eine Universitätsausbildung, aber diese Gesellschaft gibt mir keine Chancen und lässt mir keine Wahl, als mich zu erheben!«

Eine Arbeit und die daraus resultierenden finanziellen Ressourcen sind in den arabischen Gesellschaften nicht nur ein Garant für soziale Anerkennung. Sie ist auch der einzige Weg zu einer Partnerschaft und zur Familiengründung. Im Maghreb finden sich deshalb mehrheitlich frustrierte junge Männer, die in einer starren Gesellschaft vergeblich um Anerkennung kämpfen. Denn nicht nur die schwache Wirtschaft kann den Jugendlichen keine Perspektiven bieten, auch die politischen Strukturen sind starr und quasi hermetisch abgeriegelt für die Jugend aus dem Volk.

Schlag‘ nach bei Durkheim!

Die meisten Menschen in der arabischen Welt, gerade die Jüngeren, haben in ihrem ganzen Leben immer nur das gleiche Staatsoberhaupt gekannt. Als die heute 20-Jährigen auf die Welt kamen, waren Ben Ali, Mubarak und Gaddafi, ebenso wie Ali Abdallah Saleh im Jemen oder auch die Assads in Syrien bereits seit langem an der Macht. Politisch hat sich für diese Generation nichts verändert. Politische Teilhabe war in diesen Länder bisher nur möglich und das auch nur beschränkt, wenn man dem Herrscher-Clan angehörte. Diese aussichtslose Situation, sei es auf dem Arbeitsmarkt oder im politischen Leben, hat letztendlich viele auf die Straße getrieben und den »Arabischen Frühling« herbeigeführt.

Emmanuel Todd und Youssef Courbage heben hervor, dass die Geburtenzahlen in der muslimischen Welt in den letzten Jahrzehnten rapide zurückgingen. Brachte 1975 noch jede Muslima im Durchschnitt 6,8 Kinder zur Welt, so waren es 2005 »nur« noch 3,7 Kinder. Für die Demographen lässt sich dies am ehesten durch die Alphabetisierung erklären, denn wo Frauen schreiben und lesen lernen, gehen die Geburtenraten in der Regel schnell zurück. Dies ist nicht nur eine ökonomische Konsequenz sondern auch und vor allem auf einen Wandel in der Einstellung zur Familie zurückzuführen.

Im Jahr 1996 wurde in Marokko die Schwelle zur mehrheitlichen Alphabetisierung der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren überschritten – über 50 Prozent von ihnen können seither Lesen und Schreiben. In Ägypten war dies 1988, in Libyen 1978 und in Tunesien bereits 1975 der Fall. Dies hatte einen tiefgreifenden Wandel zur Folge. Die meisten islamischen Länder – abgesehen von Indonesien, Malaysia und diejenigen in Schwarzafrika – zeichneten sich durch einen niedrigen Status der Frauen aus, entsprechend der typischen arabischen Familienstruktur. Durch den Ausweg aus der Unmündigkeit, durch Alphabetisierung und Bildung, ändert sich auch die Erziehung der Kinder, was wiederum auf die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft zurückschlägt. Todd und Courbage weisen der Frau somit eine zentrale Rolle bei der gesellschaftlichen Entwicklung zu.

Durch die mehrheitliche Alphabetisierung der Bevölkerung bewegt sich eine Gesellschaft auf dem Pfad der Modernisierung. Der erhöhte Bildungsstand wirkt sich ebenso auf die Geburtenzahlen aus wie auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Doch wo Licht ist, gibt es auch Schatten. >>

Denn, so die beiden Demographen, der Weg zur Modernisierung berge eine gewisse Belastung für die menschliche Psyche. Nicht ohne Grund hatte sich der Urvater der französischen empirischen Soziologie, Emile Durkheim, in seinem »Selbstmord. Eine soziologische Studie« mit den Suizidraten in alphabetisierten Bevölkerungen auseinander gesetzt. Auf ihn nehmen Todd und Courbage Bezug: Während in Indien und China das Wirtschaftswachstum Hand in Hand mit den Suizidraten steige, so seien auch die Selbstmordanschläge in der arabischen Welt ein Beleg dafür, dass in einer Gesellschaft im Umbruch die Bereitschaft zum Freitod wächst. Denn der kulturelle Fortschritt wirke destabilisierend auf eine Bevölkerung. Die Autorität der, analphabetischen, Väter gerät durch die zunehmende Alphabetisierung der Söhne und der Frauen ins Wanken. Durch die Geburtenkontrolle sieht sich das traditionelle Familienbild zusätzlich erschüttert und die Beziehungen zwischen den Geschlechtern müssen neu definiert werden. Gesellschaften im Umbruch erfahren deshalb einen Orientierungs- beziehungsweise Werteverlust, die Soziologen sprechen auch von »Anomie«, dem Fehlen einer Ordnung.

Die Jugend in der arabischen Welt lehnt sich also nicht nur gegen die Unterdrückung durch das politische System an sich auf, sondern auch gegen ihre Unterdrückung im traditionellen Familiensystem, das sich in den politischen Strukturen gewissermaßen nur widerspiegelt.

Auch wenn die beiden Erklärungsansätze divergieren, so sind sich Heinsohn sowie Todd und Courbage zumindest in einem Punkt einig: Das Konfliktpotenzial ist in diesen Gesellschaften mittelfristig nicht von Bestand. Einerseits wird mit dem Trend zum Geburtenrückgang die Proportion der Jugendlichen in der Gesamtbevölkerung auch wieder zurückgehen, andererseits wird auch der revolutionäre Umbruch in der arabischen Gesellschaft ein Ende nehmen, wie er es auch in Europa fand. Der Ausgang bleibt allerdings noch ungewiss. So prophetisch konnten die Forscher nicht sein. **Jéronimo Barbin**

Jéronimo Louis Samuel Barbin *studiert Military Studies an der Universität Potsdam.*

Gunnar Heinsohn

»Söhne und Weltmacht. Terror im Aufstieg und Fall der Nationen«

Zürich (Orell Füssli) 2003,
191 Seiten, vergriffen
(als kostenloses E-Book bei PDF4eBook erhältlich).

Youssef Courbage und Emmanuel Todd

»Die unaufhaltsame Revolution. Wie die Werte der Moderne die islamische Welt verändern«
aus dem Französischen
»Le rendez-vous des civilisatons«

München (Piper) 2008,
218 Seiten, vergriffen
(ursprünglich Paris (Éditions du seuil) 2007).

Wissenschaft & Sicherheit Online

In der elektronischen Schriftenreihe des BSH erscheinen in unregelmäßigen Abständen Beiträge der Mitglieder sowie Beiträge, die im Rahmen von Veranstaltungen (Vortragsmanuskripte et cetera) entstanden sind. Außerdem veröffentlicht der BSH Texte seiner Partner und Förderer.

WiSi paper:

»Der US-amerikanische ›War on Terrorism‹. Bewertung, Handlungsoptionen, Ausblick«

von Carsten Michels

Die umfassende Studie befasst sich mit dem »War on Terror« als oberster Handlungsmaxime der Administration von George W. Bush seit September 2001. Der Beantwortung der zentralen Frage nach den Fehlern der US-Strategie gegen den globalen Dschihadismus und den Möglichkeiten langfristiger Erfolge gegen die Gewaltideologie lässt der Autor nicht nur eine Beschreibung von Maßnahmen folgen. Er stellt ihr eine umfangreiche Definition der häufig gehörten, selten explizit erklärten komplexen Begriffe von »Islamismus« und »Dschihadismus« voran. Wo liegen die Ursprünge der politischen Ideologie des Islamismus, wann wird sie zur transnationalen Idee? Und wie kann der Westen dieser modernen Form von ideologischem Terror – größte sicherheitspolitische Herausforderung des beginnenden 21. Jahrhunderts – am effektivsten begegnen?

Die Beiträge von Wissenschaft & Sicherheit Online sind kostenlos hier vom BSH zu beziehen. Die Redaktion sucht jederzeit weitere engagierte wissenschaftliche Arbeiten. Kontakt unter: wissenschaftundsicherheit@sicherheitspolitik.de

ADLAS
Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist das überparteiliche, akademische Journal des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) und ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen. <<

Der *ADLAS* erscheint quartalsweise und
ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber
Michael Seibold
Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion
Stefan Stahlberg (sts) (V.i.S.d.P.)
Wolfgang Alschner (wal), Sebastian Hoffmeister (hoff),
Dieter Imme (dim), Marcus Mohr (mmo) (CvD),
Michael Seibold (msei)

Layout
Marcus Mohr

Autoren
Mohamed Amjahid, Dorukhan Aras, Jéronimo Barbin,
Max Bornefeld-Ettmann, Hartmut Hinkens,
Sascha Knöpfel, Christian Kollrich, Marie Lüders,
Carl Martin, Nils Metzger, Otfried Nassauer,
Dominik Peters, Erik Poppe, Jost Wübbeke

Dank
Tjanc, Marc Cieszewski

Copyright
ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich, sie geben aber nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. <<

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. Unterstützt wird der BSH durch seine Mutterorganisation, den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. <<

Weitere Informationen zum BSH
und seinen Arbeitsgruppen gibt es unter
www.sicherheitspolitik.de.

***ADLAS* 2/2011** ISSN 1869-1684

Foto: Bundespolizei

Ausgabe 3/2011

SCHWERPUNKT

POLIZEI

Herausforderung ohne Grenzen